

DEMOKRATIE
SELBST
ARBEIT



ANALYSEN LIBERAL-
DEMOKRATISCHER
GESELLSCHAFTEN IM ANSCHLUSS
AN
MICHEL FOUCAULT

IWK

DEMOKRATIE. SELBST. ARBEIT. ANALYSEN LIBERAL-DEMOKRATISCHER GESELLSCHAFTEN IM ANSCHLUSS AN MICHEL FOUCAULT

<i>Cathren Müller / Ramón Reichert</i> VORWORT	2
<i>Ramón Reichert</i> DIE „GOVERNMENTALITY STUDIES“ Grundlagen- und Methodenprobleme.....	2
<i>Thomas Osborne</i> TECHNIKEN UND SUBJEKTE: VON DEN „GOVERNMENTALITY STUDIES“ ZU DEN „STUDIES OF GOVERNMENTALITY“	12
<i>Graham Burchell</i> HISTORISCHE SUBJEKTE: RASSEN, NATIONEN, KLASSEN. DIE GRENZEN LIBERALER REGIERUNGSRATIONALITÄT	17
<i>Thomas Lemke</i> GOVERNANCE, GOUVERNEMENTALITÄT UND DIE DEZENTRIERUNG DER ÖKONOMIE	25
<i>Martin Kornberger / Richard Weiskopf</i> L'USAGE DE FOUCAULT: MODERNE, POSTMODERNE UND ORGANISATION.....	30
<i>Ulrich Bröckling</i> VERMITTLUNG ALS BEFRIEDUNG. ÜBER MEDIATION	42
<i>Sebastian Reinfeldt / Richard Schwarz</i> „NAISSANCE DE LA BIOPOLITIQUE“. LIBERALISMUS UND BIOPOLITIK.....	51
<i>Wolfgang Pircher</i> DIE ERFINDUNG DES MARKTES.....	55
DIE AUTOREN / DIE AUTORIN	60

ISSN: 0020 - 2320

MITTEILUNGEN DES INSTITUTS FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

56. JAHRGANG 2001, NR. 2-3, öS 150,-

Linie des Blattes: Verständigung der Öffentlichkeit über die Arbeit des Instituts für Wissenschaft und Kunst sowie Veröffentlichungen von wissenschaftlichen Arbeiten, die damit in Zusammenhang stehen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der AutorInnen wieder und müssen nicht mit der redaktionellen Auffassung übereinstimmen.

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Institut für Wissenschaft und Kunst. Redaktion und Layout: Dr. Helga Kaschl. Lektorat: Dr. Eva Waniek, Ingrid Tomaszkiwicz. Alle: 1090 Wien, Berggasse 17/1, Telefon / Fax: (1) 317 43 42, E-Mail: iwk@homehobel.phl.univie.ac.at, Homepage: <http://homehobel.phl.univie.ac.at/~iwk>
Druck: Remaprint, 1160 Wien, Neulerchenfelder Straße 53, Telefon: (1) 403 89 26, E-Mail: rema@remaprint.at

VORWORT

Die vorliegenden *Mitteilungen des Instituts für Wissenschaft und Kunst* versammeln die überarbeiteten und teilweise ins Deutsche übertragenen Vorträge des am 23. und 24. März 2001 veranstalteten Symposiums: *Demokratie. Selbst. Arbeit. Analysen liberal-demokratischer Gesellschaften im Anschluss an Michel Foucault*. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Beschäftigung mit dem Forschungsansatz der „Governmentality Studies“, der sich seit den Neunzigerjahren zusehends in der Scientific Community etablieren konnte. Mit dieser neuen Forschungsrichtung soll ein neuartiger Methodenansatz und zugleich eine politische Kritikperspektive für einen eigenständigen gegenwartsdiagnostischen und interdisziplinären Theorieansatz innerhalb der Sozialwissenschaften entwickelt werden, der seinen Ursprung in Michel Foucaults Konzeption der Gouvernamentalität (*gouvernementalité*) findet. In der Zwischenzeit liegen bereits Hunderte Aufsätze und einige Monographien vor, in denen das Konzept der „Gouvernamentalität“ für eine soziologische Gegenwartsanalyse liberal-demokratischer Gesellschaften weitergeführt worden ist. In diesem Heft sind sowohl anwendungsorientierte als auch grundlagentheoretische Analysen versammelt. In den Gesellschaftsdiagnosen von *Ulrich Bröckling* und *Thomas Lemke* werden neue Anwendungsfelder erschlossen und die interdisziplinäre Themenvielfalt der „Governmentality Studies“ erkennbar. Ausgehend von einer Lektüre der Foucault'schen Vorlesungen zu Liberalismus und Neoliberalismus als Problematisierungen des Regierens widmet sich *Graham Burchell* der Frage, auf welcher Grundlage gegenwärtig kollektive politische Subjektivitäten möglich sein können. Wie der Beitrag von *Wolfgang Pircher* zeigt, kann eine Analyse der Quellentexte von Ludwig von Mises und Friedrich August von Hayek einer produktiven Auseinandersetzung mit Foucaults Interpretation des Liberalismus des 20. Jahrhunderts sehr förderlich sein. Ein zentrales Anliegen der Konferenz war es, die Auseinandersetzung mit Fragen der Methodenreflexion zu suchen und Probleme des sozialwissenschaftlichen Theorie- und Geltungsanspruchs der „Governmentality Studies“ in den Vordergrund zu rücken. Diese Aspekte bringen die Beiträge von *Martin Kornberger / Richard Weiskopf*, *Thomas Osborne*, *Ramón Reichert* und *Sebastian Reinfeld / Richard Schwarz* zum Ausdruck.

Cathren Müller / Ramón Reichert

RAMÓN REICHERT

DIE „GOVERNMENTALITY STUDIES“ Grundlagen- und Methodenprobleme

Im angloamerikanischen Raum, vorwiegend in Großbritannien, den USA, Australien und Kanada, konnte sich innerhalb der letzten zehn Jahre mit den „Governmentality Studies“ eine sozialwissenschaftlich ausgerichtete Forschungsrichtung akademisch etablieren, die das von Michel Foucault entwickelte Konzept der „Gouvernamentalität“ (*gouvernementalité*) für eine neue Kritik der politischen Vernunft liberal-demokratischer Gesellschaften in theoretischer, empirischer und kritisch-politischer Hinsicht weiterführen will.¹

Als Geburtsstunde dieser inhaltlich heterogenen Forschungsrichtung können die in den Jahren 1978 und 1979 von Foucault am Collège de France gehaltenen Vorlesungen zur „Geschichte der Gouvernamentalität“ (*histoire de la gouvernementalité*) gelten.² Der Begriff der „gouvernementalité“ ist dabei eine Wortschöpfung Foucaults und verknüpft die Komposita „gouverner“, und „mentalité“, die in der Literatur im allgemeinen mit „Regieren“ und „Denkweise“ (auch: „Denken“ oder „Rationalität“) übersetzt sind. Insofern Foucaults Vorlesungen zur „Gouvernamentalität“ unvollständig veröffentlicht und nur Teile von ihm selbst autorisiert wurden, soll hier nicht die pragmatische Weiterführung des Foucault'schen Konzeptes durch die „Governmentality Studies“ beurteilt werden,³ vielmehr soll untersucht werden, welche methodischen Probleme und grundlagentheoretische Fragen mit der Anwendung des Konzeptes verbunden sind.

Im Anschluss an die Vorlesungsreihen am Collège de France, in denen der Begriff des Regierens als Analyseinstrument für die Erforschung der Genealogie des modernen Staates fragmentarisch entwickelt wurde, entstanden zunächst in Frankreich Forschungsprojekte im Rahmen der vorlesungsbegleitenden Seminare,⁴ die sich mit den Formen des Regierens im 19. Jahrhundert beschäftigten.⁵ Doch erst der 1991 in den USA von Graham Burchell, Colin Gordon und Peter Miller herausgegebene Sammelband *The Foucault Effect. Studies in Governmentality*, der die bisherige Forschung zur Regierungsmentalität zusammenfassend vorstellte, initiierte eine systematische Anwendung des von Foucault vorgeschlagenen Begriffs, verbunden mit dem Anspruch, innerhalb der Sozialwissenschaften ein eigenständiges Forschungsprogramm zu etablieren.⁶ Die damit verknüpfte Festlegung „methodisch-theoretischer Prinzipien“⁷ und die Verfestigung der analytischen Instrumente zu einer „Methodik“ stößt allerdings innerhalb der Forschungsrichtung auch auf Kritik.⁸

In der Zwischenzeit liegen bereits Hunderte Aufsätze und einige Monographien⁹ vor, in denen überwiegend gegenwartsbezogene Aspekte des Regierens in sozialwissenschaftlicher Perspektive untersucht werden, und es lässt sich insgesamt eine Ausrichtung auf soziologische Gegenwartsanalysen, die meist auf der Grundlage empirischer Daten argumentieren, erkennen.¹⁰ Den wissenschaftlichen

Durchbruch des Forschungsprogramms sieht Mitchell Dean, selbst ein Vertreter der „Governmentality Studies“, mit den späten Neunzigerjahren gekommen und führt die damit fast zwanzigjährige Inkubationszeit auf Ereignisse außerhalb der Scientific Community zurück: „The present is marked by at least three major phenomena: The long-term recession of the ideal of the welfare state and the revitalization of the claims of a form of economic liberalism in liberal democracies; the collapse of really existing socialism (...) and the erosion of the claims of the liberal constitutional state (...).“¹¹ Anders als die französische Tradition stehen die angloamerikanischen „Governmentality Studies“ damit ihrer Selbsteinschätzung nach mit beiden Beinen in der prekär gewordenen Gegenwart und haben einen entsprechend diagnostischen Anspruch, der sich von geläufigen „fashionable neologisms“ unterscheiden soll, wenngleich Dean selbst die Nähe zu Gegenwartsdiagnosen Beckscher Prägung sucht.¹²

Als interdisziplinäre Forschungsrichtung nehmen die „Governmentality Studies“ Frage- und Problemstellungen aus Politik, Soziologie, Ökonomie, Statistik, Rechtswissenschaften, Philosophie, Pädagogik und der Geschichte der Humanwissenschaften¹³ auf. Die Gouvernamentalitätsliteratur hat bisher mit einem weiten Begriff von Regierung gearbeitet – ihre Themen umfassen die Regierung der Kindheit,¹⁴ die Regierung des Selbst,¹⁵ die Regierung der Schwangerschaft,¹⁶ die Regierung des sexuellen Missbrauchs¹⁷ und der sexuellen Belästigung,¹⁸ die Regierung des Genoms,¹⁹ die Regierung des Erlebniskonsums,²⁰ die Regierung der Firma,²¹ die Regierung der Stadt,²² die Regierung der Kriminalität,²³ die Regierung der nationalen und internationalen Ökonomien²⁴ – bis zur Regierung des Cyberspace.²⁵ Nach Dean schliesst die interdisziplinäre Heterogenität der „Governmentality Studies“ ihre theoretische Grundlegung aus.²⁶ Dieser Forschungsansatz ist jedoch auch innerhalb der Forschungsrichtung umstritten, insofern von Lemke eine intensivere Auseinandersetzung mit grundlagentheoretischen Problemen eingefordert wird.²⁷

Inzwischen werden die „Governmentality Studies“ auch in der deutschsprachigen Forschung rezipiert, wie der im letzten Jahr von Ulrich Bröckling, Susanne Krasmann und Thomas Lemke herausgegebene Sammelband *Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen* zeigt. Ausgehend von der bereits im Titel formulierten These der „Ökonomisierung des Sozialen“, wird auch hier der problemorientierte Gegenwartsbezug der „Governmentality Studies“ betont und zugunsten eines „methodischen Nominalismus“ von „ideologiekritischen“ und „realistischen“ Projekten abgegrenzt: „Diese Analyseform hat eine negative und eine positive Komponente. Die negative verweist auf eine Denaturalisierungsstrategie, die den reifizierenden Gebrauch von Kategorien aufzeigt. (...). Der zweite – positive – Analyseschritt zeigt das historisch-spezifische Netz von Kräfteverhältnissen, Interessen und Strategien auf, das jene Evidenzen ermöglicht und stabilisiert hat. (...). Dieser Nominalismus schreibt sich insofern in ein materialistisches Theorieprogramm ein, als es dabei gegen einen sozialwissenschaftlichen Realismus um die ‚Objektivierung der Objektivitäten‘ (Foucault) geht.“²⁸

Mit den „Governmentality Studies“ soll somit eine methodisch neue und zugleich kritische Position innerhalb der Sozialwissenschaften zur Geltung kommen, die ihren Ursprung in Michel Foucaults „Idee“ der Gouvernamentalität findet. Der Bezug auf Foucault hat dabei zwei Intentionen. Die erste hat philologischen Charakter und ist in diesem Sinne auf die Konjunkturen des wissenschaftlichen Feldes bezogen: So soll die insbesondere für den deutschsprachigen Raum konstatierte philosophisch-akademische Rezeption Foucaults abgelöst werden durch eine historisch orientierte sozialwissenschaftliche Interpretation und Weiterentwicklung. Zum anderen soll der Regierungsbegriff, insofern er das Scharnier zwischen abstrakt gedachten politischen Rationalitäten und den „Technologien des Selbst“ bildet, die analytisch aufgefundene Regierungsmentalität einer Kritik zugänglich machen, die jenseits der Dichotomie von Freiheit und Zwang argumentieren kann. Dieser letztgenannte Punkt verbindet denn auch Methode und historische These: Die „neoliberale“ Regierungsmentalität beruht auf der „Freiheit“ der Subjekte und zielt auf ihre Selbstbestimmung und Autonomie ab, sie konstituiert diese Freiheit statt sie zu „instrumentalisieren“.²⁹ Der Rekurs auf Foucault dient damit in einem weiteren Sinne der Entwicklung einer Kritikperspektive, die der Foucault'schen These der Produktivität der Macht Rechnung trägt und diese Produktivität auf das Zusammenspiel von politischen Rationalitäten und Selbsttechnologien innerhalb einer Regierungsmentalität zurückführt. Die Foucault'sche Machtanalytik der „Regierungsmentalität“ liberal-demokratischer Gesellschaften wurde jedoch nur in Grundzügen entwickelt, insofern ist eine unproblematisierte „Anwendung“ seiner begrifflichen Instrumente nicht einfach möglich. Die Leitbegriffe bedürfen deshalb der theoretischen Reflexion, die in den „Governmentality Studies“ bisher weitgehend vernachlässigt wurde; eine Vernachlässigung, die umso schwerer wiegt, als ein „eigenständiges theoretisches Profil der Gouvernamentalitätsstudien“³⁰ behauptet wird. In diesem Beitrag wird daher für die Diskussion von Grundlagenfragen argumentiert. Diese grundlagentheoretische Problematisierung setzt aber auch eine Auseinandersetzung mit dem Theoriepostulat voraus und sollte sich nicht durch die Installation des Foucault'schen Werks als *master theory* immunisieren, wie es bisweilen den Anschein hat.

Von einer theoriegeschichtlichen und systematischen Darstellung des Foucault'schen Regierungsbegriffs und seinem Stellenwert innerhalb der Analytik der Macht und einem Überblick über die Kritik am Konzept der Gouvernamentalität wird hier abgesehen.³¹ In den folgenden Abschnitten werden zwei Aspekte untersucht, die meines Erachtens für die theoretische Argumentation und forschungsstrategische Profilierung entscheidend sind: Ausgehend von einer erkenntnistheoretischen Bestimmung der forschungsleitenden Begriffe und Grundthesen, sollen, insofern soziologische Aspekte in den Gouvernamentalitätsstudien überwiegen, die sozialwissenschaftlichen Geltungsansprüche der Theorie der „Gouvernamentalität“ problematisiert werden. Im ersten Teil wird der Begriff der „Regierung“, die Methoden der Foucault-Rezeption und schließlich das Forschungsprogramm der „Gouvernamentalität“ problemati-

siert. Im zweiten Teil wird das Verhältnis von abstrakten politischen Rationalitäten („gouverner“) und der sozialen Praxis des „Alltags“ (mentalité) untersucht, dessen Analyse in den „Governmentality Studies“ von zentraler „theoretischer Bedeutung“³² ist.

DER BEGRIFF DER „GOUVERNEMENTALITÄT“

Am 1. Februar 1978 eröffnet Foucault seine Vorlesungsreihe zur Genealogie des historisch-politischen Diskurses unter dem Titel *La gouvernementalité*,³³ eine Vorlesung, die für die Begründung methodischer Legitimität der „Governmentality Studies“ eine zentrale Referenz ist. Die 1978 in *Aut-Aut* und im darauf folgenden Jahr in der englischen Zeitschrift *Ideology and Consciousness* publizierte Übersetzung der Vorlesung von Foucault unter dem Titel *On Governmentality* bildet für eine Reihe von Soziologen, Politikwissenschaftlern und Historikern ideengeschichtlich den Anfang der „Governmentality Studies“ und ihren Urtext.³⁴ Auch der im Jahr 2000 publizierte Sammelband *Gouvernementalité der Gegenwart* veröffentlicht den Text Foucaults in einer Neuübersetzung.³⁵ In der Einleitung bestimmen die Herausgeber/innen den Text als die „wichtigste systematische Ausarbeitung des Gouvernementalitätskonzepts in seiner historischen und analytischen Abgrenzung zu Souveränitäts- und Disziplinarmechanismen“.³⁶ Aufgrund seines Stellenwerts für die Konzeption des Regierungsbegriffs sollen im Folgenden einige problematische Aspekte dieses Textes und seiner Beziehungen zu den „Governmentality Studies“ erörtert werden.

Der Begriff der Regierung („le gouvernement“) wurde von Foucault in den 1978 am Collège de France gehaltenen Vorlesungen als „Leitfaden“³⁷ der Analyse der „Genealogie des modernen Staates“³⁸ entwickelt. Ab der vierten Vorlesung ist es explizit die „Geschichte der Gouvernementalität“,³⁹ die eine neue Machtanalyse ermöglichen soll. Foucault zeigt dort begriffsgeschichtlich auf, wie sich erst im 18. Jahrhundert das geläufige Verständnis von Regieren oder Führen, die beiden Begriffe werden synonym verwendet, als exklusiv staatliche Praxis durchsetzt. Bis dahin bezog sich der Begriff der Regierung auf die Führung von Menschen im Allgemeinen. Er konnte sich auf die Führung der Seele, der Familie oder der Kinder ebenso beziehen wie auf den Staat. Es ist diese weite Bedeutung des Begriffs, die Foucault nutzt, um das Verhältnis von Macht und Subjektivierung zu formulieren: Der Begriff sollte es ihm ermöglichen, zwischen Macht und Herrschaft zu unterscheiden und zum anderen Macht- und Herrschaftseffekte als Folgen zielgerichteten Handelns der Subjekte selbst zu verstehen. Die Vorzüge des Regierungsbegriffs stellt Foucault selbst so dar: „Vielleicht eignet sich ein Begriff wie Führung gerade Kraft seines Doppelsinns gut dazu, das Spezifische an den Machtverhältnissen zu erfassen. ‚Führung‘ ist zugleich eine Technik des Anführens anderer (...) und die Weise des Selbstverhaltens in einem mehr oder weniger offenen Feld von Möglichkeiten. Machtausübung besteht im Führen der Führungen und in der Schaffung der Wahrscheinlichkeit. (...). Regieren heißt in diesem Sinne, das Feld eventuellen Handelns der anderen zu strukturieren.“⁴⁰ Damit bezeichnet der

Begriff der Regierung bei Foucault eine bestimmte Art und Weise, in der Menschen auf sich selbst und andere einwirken, die man – würde ein soziologischer Begriff dafür gesucht werden – als strategisches Handeln fassen könnte. Die theoretische Differenzierung des Begriffs der Regierung bleibt bei Foucault allerdings vieldeutig, da Regierung als historisch begrenzte und spezifische Technologie der Macht,⁴¹ als Machtbeziehung als strategisches Spiel⁴² und gleichermaßen als soziale Tatsache oder anthropologische Konstante⁴³ behauptet wird.

Mit dem neuen „Leitbegriff“ der „Gouvernementalität“ stellt Foucault aber auch ein neues Analysekonzept vor, das es ermöglichen soll, Regierung unter dem Aspekt ihrer politischen Rationalität und Regierungstechnologie allererst als Programm zu untersuchen. „Rationalität“ begreift Foucault nicht als einen Bereich der Vernunft oder eine wie immer geartete Vernünftigkeit, sondern als die regelhafte Hervorbringung von Verfahren, Programmen sowie Schemata des Wahrnehmens und Urteilens. Politische Rationalitäten suchen Realität herzustellen, indem sie bestimmte Bereiche herausgreifen und sie entsprechend ihrer eigenen Regeln problematisieren. Foucault schlägt vor, zu untersuchen, „wie Rationalitätsformen sich selbst in Praktiken oder Systemen von Praktiken einschreiben und welche Rolle sie in ihnen spielen. Denn es ist wahr, dass es keine ‚Praktiken‘ ohne eine bestimmte Rationalitätsordnung (régimé de rationalité) gibt. Statt sie jedoch an einem Rationalitätswert auszurichten, möchte ich sie entlang zweier Achsen untersuchen: der Achse der Kodifikation-Präskription einerseits (wie sie ein Komplex von Regeln, Erträgen, Mitteln zu einem Zweck etc. formt) und der Achse der wahren oder falschen Formulierung andererseits (wie sie ein Gegenstandsfeld bestimmt, über das es möglich ist, wahre oder falsche Sätze zu bilden).“⁴⁴

Zusammenfassend nennt Foucault drei Kriterien der „Gouvernementalität“: „Unter Gouvernementalität verstehe ich die Gesamtheit, gebildet aus den Institutionen, den Verfahren, Analysen und Reflexionen, den Berechnungen und den Taktiken, die es gestatten, diese recht spezifische und doch komplexe Form der Macht auszuüben, die als Hauptzielscheibe die Bevölkerung hat, als Hauptwissensform die politische Ökonomie und als wesentliches technisches Instrument die Sicherheitsdispositive hat. Zweitens verstehe ich unter ‚Gouvernementalität‘ die Tendenz oder die Kraftlinie, die im gesamten Abendland unablässig und seit sehr langer Zeit zur Vorrangstellung dieses Machttypus, den man als ‚Regierung‘ bezeichnen kann, gegenüber allen anderen – Souveränität, Disziplin – geführt und die Entwicklung einer ganzen Reihe spezifischer Regierungsapparate einerseits und einer ganzen Reihe von Wissensformen andererseits zur Folge gehabt hat. Schließlich glaube ich, dass man unter ‚Gouvernementalität‘ den Vorgang oder eher das Ergebnis des Vorgangs verstehen sollte, durch den der Gerechtigkeitsstaat des Mittelalters, der im 15. und 16. Jahrhundert zum Verwaltungsstaat geworden ist, sich Schritt für Schritt ‚gouvernementalisiert‘ hat.“⁴⁵

Den Begriff der Regierung behauptet Foucault 1. als politische Rationalität, 2. als distinkten Machttypus und 3. als historischen Prozess. Regierung und Regierungstechnolo-

gien bestimmt Foucault als ein „diskursives Feld“, darin die herrschende Politik „rationalisiert“ wird. Mit dem Versuch, das „Phänomen“⁴⁶ der Gouvernamentalität innerhalb der „großen Ökonomien der Macht im Abendland“⁴⁷ einzuordnen, argumentiert Foucault überwiegend ideengeschichtlich: Die Dominanz des Regierens, das „seit dem 18. Jahrhundert eine feste Reihe bildet“,⁴⁸ solle etwa die „Rationalität“ oder die „Mentalität“ einer Epoche kennzeichnen, die im Werk kanonischer Autoren erfunden oder ausgedrückt wird. Der im kanonischen Text auftauchende Begriff drückt soziale Transformationen aus. Die „feste Reihe“ bildet jedoch kein Kriterium für die Serialisierung eines Analysekorpus, sondern mit ihr ist das historische Kontinuum der Mentalität gesetzt. So taucht die Idee der „Gouvernamentalität“ in privilegierten Texten, den Programmen, einfach „auf“: „Ein Ausdruck, der übrigens im 18. Jahrhundert wichtig war, macht dies sehr schön deutlich. Für Quesnay ist eine gute Regierung eine ‚ökonomische Regierung‘; bei Quesnay taucht erstmals diese Vorstellung von einer ökonomischen Regierung auf“.⁴⁹ Behauptet wird die faktische Einheit eines Problems, dass nicht explizit formuliert sein muss. Es zeigt sich im „Auftauchen“, wobei ungeklärt ist, ob das Problem als Gegenstand der Erfahrung vorgefunden wird, oder ob es nicht ein Moment der Deutung enthält. Angenommen wird ein historischer Verlauf oder eine Entwicklungslinie, darin ein und dasselbe Problem „auftaucht“ und von zeitgenössischen Autoren als solches zum Ausdruck gebracht wird, ein und dieselbe Fragestellung von einem privilegierten Autor „erstmals“ wahrgenommen wird, um von einem anderen Autor in entscheidender Wendung reformuliert zu werden und schliesslich als kohärentes „Problem“ eine „Mentalität“ oder eine „Denkweise“ manifestiert. Im Autor als Zeitgenosse, der eingebettet in seine Epoche ist, kann der Wechsel der Machttypen entdeckt werden, wobei dem Autor auch *vice versa* zugestanden wird, dass sein Werk Einfluss ausgeübt hat auf eine Epoche oder auf eine Gesellschaft. Schliesslich werden mit der Herrschaft der Idee, nämlich der Idee der Gouvernamentalität, Periodisierungen vorgenommen: Einordnungen in „Jahrhunderte“ und „Zeitalter“, Brüche oder Einschnitte, die durch Periodisierungen oder Schulen lesbar werden, oder Kontinuitäten eines Problems von einem Jahrhundert zu einem anderen Jahrhundert: „wir leben im Zeitalter der Gouvernamentalität, die im 18. Jahrhundert entdeckt wurde“.⁵⁰

Bereits 1974, also vier Jahre bevor Foucault mit der „Gouvernamentalität“ sein neues Forschungsvorhaben skizziert, erschien in Frankreich der Sammelband *Faire de l'histoire* (dt. Mentalitäten-Geschichte. Zur historischen Rekonstruktion geistiger Prozesse, 1989), darin Historiker wie Peter Burke, Roger Chartier, Jaques Le Goff und Michel Vovelle Methodenprobleme der Mentalitäten-Geschichtsschreibung⁵¹ kontrovers diskutieren respektive das Mentalitäten-Konzept hinsichtlich seiner Tauglichkeit zur Analyse historischer Prozesse in Frage stellen. So galt der Begriff der „Mentalität“ bereits in den akademischen Debatten der frühen Siebzigerjahre in seinem polysemantischen Gebrauch als umstritten und vage – als ein „Modebegriff“, wie er beispielsweise von Le Goff bezeichnet wurde.⁵² In den Folgejahren wurde der Mentalitätsbegriff von zahlreichen

Kritikern in methodischer, aber auch in forschungspolitischer Hinsicht von führenden Historikern wie Claudia Honnegger,⁵³ Arlette Farge,⁵⁴ Geoffrey Lloyd,⁵⁵ Jacques Rancière⁵⁶ und Michel Vovelle⁵⁷ einer grundlegenden Problematierung unterzogen. Bevor die – in den Geschichtswissenschaften bereits seit langem kontroversell diskutieren⁵⁸ – Mentalitätskonzepte für die soziologische Analyse adaptiert werden, wären Grundlagenprobleme des Mentalitätsbegriffs zu klären: *Erstens* die mit dem Mentalitätsbegriff verknüpfte Konzeptualisierung einer *gemeinsamen* Alltagspraxis, die eine klassenneutrale Vereinheitlichung impliziert und mit der die traditionellen Konzepte von „Weltanschauung“ und „Zeitgeist“ übernommen werden. Deans Forschungsprogramm knüpft explizit an das Mentalitätskonzept der *Annales*-Schule an und setzt in der Folge den Begriff des zeitgenössischen Menschen („our desires, aspirations, interests and beliefs“⁵⁹) anstelle den der Klasse.⁶⁰ *Zweitens* die generelle Tendenz, dass mit der Theorie der kollektiven Mentalitäten die traditionelle Ideengeschichte wieder etabliert werden könne, wenn eine Mentalität einer bestimmten historischen Periodisierung (Epoche, Strömung, Stil) zugeordnet wird.⁶¹ In beiden Fällen ist den gemeinsamen Mentalitäten ein *konstitutives* Vermögen zugeschrieben, das in sich selbst begründet ist. Von „Mentalität“ kann daher immer nur in ihrem „Auftauchen“ für eine Bestandsaufnahme des roh Gegebenen gesprochen werden. Damit sind aber sozial differenzierende Aspekte der Autorisierung und Officialisierung von bestimmten „Mentalitäten“ ausgeblendet und nachgerade die sozialen Bedingungen ihrer „Wirksamkeit“, die man „eigentlich“ behauptet hat, zu untersuchen.

Foucault verwendet den Begriff der Regierung in verschiedenen Bezügen, wobei oft unklar ist, ob der Begriff der Regierung auf empirische Sachverhalte einer möglichen sozialen „Wirklichkeit“, auf handlungstheoretische Aussageelemente in „Programmen“ als strategische Spiele bezogen ist, oder gar einem sozialontologischen Substantialismus das Wort redet, wie es Foucault in einem Interview zur „Sorge um sich“ nahe legt: „...ich glaube, dass es keine Gesellschaft ohne Machtbeziehungen geben kann, sofern man darunter Strategien begreift, mit denen die Individuen das Verhalten der anderen zu lenken und zu bestimmen versuchen.“⁶²

Mit der Tendenzaussage, dass die „Techniken des Regierens wirklich zum einzigen politischen Einsatz und zum einzigen realen Raum des politischen Kampfes und der politischen Gefechte geworden sind“,⁶³ immunisiert Foucault mit dem Bezug auf eine Ontologie des einen und einheitlichen Raumes den Begriff des politischen Kampfes. Dies impliziert aber auch, dass die Programme vom politischen Kampf ausgenommen sind. Dadurch werden die Programme *unumstritten* als eine transzendente Wirkmacht idealisiert, die die soziale Welt strukturieren. Mit der Argumentation, dass die Ökonomie der Macht auf der intelligiblen Regulation des Sozialen beruht, verweist Foucault auf bewusst oder unbewusst gegebene oder eingehaltene „Rechtsregeln“ oder „Führungstechniken“, die es gestatten sollen, „innerhalb der Machtspiele mit dem geringsten Aufwand an Herrschaft zu spielen“.⁶⁴ Hiermit geht Foucault von einer zerebralen Effizienz des Sozialen aus, die sich in der Praxis effizienter Lenkung, Führung der anderen und der Praxis

des Selbst verwirklicht, wodurch der Geschichte wieder ein optimistisches Moment eingeschrieben wird.

Die Annahme eines teleologischen Prinzips der „Ökonomie der Macht“ ist insofern problematisch, weil damit eine kontinuierliche Effektivierung und eine sich stetig steigende Ökonomisierung der Macht angenommen wird, wobei die einander widerstreitenden Programme und Technologien in ein agonales Verhältnis der Behauptung und Verdrängung gesetzt sind. Auch in den Texten der *Governmentality Studies* werden die Programme des Regierens und die Technologien des Führens, die für eine bestimmte Epoche oder eine Denkschule gelten sollen, häufig in ihrer wechselseitigen Konkurrenz- und Kampfbeziehung („Erfolg“ versus „Scheitern“) beurteilt. Dies hat zur Folge, dass die behaupteten „Transformationen“, „Brüche“ und „Einschnitte“ ausschließlich als Analogie zur natürlichen Selektion formuliert werden können, gerade so, als ob das Selektionsprinzip der Programme und Technologien evident wäre und bloß von der „richtigen“ Perspektive aus beobachtet werden müsse. Dadurch wird erneut ein Fortschritt der Geschichte unterstellt, der den „Sieg“ oder die „Niederlage“ von politischen Rationalitäten in sich trägt und bedingt, den Programmen selbst aber äußerlich bleibt und deshalb erst in der theoretischen Schau des „Gouvernementalisten“ erkennbar wird. Die damit verbundene Setzung von Grund und Folge, Sieg und Niederlage der Programme und der Technologien des Regierens führt konsequent wieder das Moment der Kausalität der Geschichte ein, wodurch der historische Prozess zur Abfolge von Ideen wird.

Bei Foucaults Konzeption der „Gouvernementalität“ finden sich bereits zahlreiche Belege dafür, dass der Anspruch der „Archäologie“, nämlich eine Alternative zur ideengeschichtlichen Methode zu formulieren, weitgehend verloren gegangen ist: So spricht Foucault von einem spezifischen Problem des Regierens der Bevölkerung, das „endlich außerhalb des juristischen Rahmens der Souveränität gedacht, reflektiert und erwogen werden konnte“. ⁶⁵ Dieses „Problem des Regierens“, das sich „endlich“ behauptete und gegen andere Probleme durchsetzte, ist eine spezifische Weise der „Idee“ der „Gouvernementalität“, die dem Bezug positiver Aussagen gegenüber transzendent bleibt, jedoch das gesamte Feld der positiven Aussagen und materialen Gegenstände und Praktiken „seit dem 18. Jahrhundert“ strukturieren soll. Dadurch führt Foucault in seiner späten Rückwendung zur Ideengeschichte in die Geschichte ein optimistisches Moment wieder ein: Die Fortführung und Ablöse spezifischer Machttypen und Technologien des Regierens, die, losgelöst von historischen Kontexten, als unabhängige Wesenheiten in der Geschichte einfach auftauchen, aber insgeheim miteinander verbunden sind und Wirkungen aufeinander haben.

Mit der kritiklosen Übernahme der synthetischen Vereinheitlichung der Geschichte durch Foucault entstehen bereits in den Grundannahmen und Ausgangsfragestellungen der „Governmentality Studies“ Probleme. Der Geltungsanspruch methodischer Legitimierung wird oft im *argumentum ad hominem* vorgebracht: „Wie Foucault zeigte...“, „Im Anschluss an Foucault“, „Mit Foucault...“. Zur Legitimation epistemischer Geltungsansprüche werden nicht nur Thesen

und Begriffe, sondern auch Periodisierung und Quellenwahl dogmentheoretisch vorausgesetzt. In zahlreichen Textpassagen der „Governmentality Studies“ finden sich Hinweise auf die konventionelle Herstellung von Geschichte, wie sie bei Foucault selbst anzutreffen ist. Der von Foucault nicht einsichtig gemachte Umgang mit Periodisierungen der Geschichte wird in vielen Studien reproduziert; oft sind es ideengeschichtliche Setzungen, welche den souveränen Überblick des Historikers betonen: „Der Liberalismus des 19. Jahrhunderts, von dem an dieser Traum in jenen Nationen aufgegeben wurde, die sich als liberale Demokratien bezeichneten.“ ⁶⁶ Damit wird eine soziale oder politische „Strömung“ behauptet, die einen allgemeinen Wesenszug enthält und eine Gesellschaft allgemein gültig und allumfassend beeinflusst. Von Foucault werden aber oft nicht nur theoretische Analysekatoren übernommen, sondern auch „vollständig“ begründete Grundthesen, die als selbstevidentes Axiom gesetzt sind: „Wie ist Regieren möglich? Das macht das Prinzip der Begrenzung aus, das für Regierungshandeln gilt, sodass die Dinge am besten gedeihen, in Übereinstimmung mit der Vernunft des Regierens, und ohne Intervention.“ ⁶⁷ Aus diesem „Grundsatz“ folgern Miller und Rose ihre eigene „Begründung“: „Aus diesem Grund haben wir das Erfordernis einer Analyse der indirekten Herrschaftsmechanismen, die in liberalen demokratischen Gesellschaft so wichtig sind, behauptet.“ ⁶⁸ Die „faktische“ Setzung kann jedoch die *Konstitution* bestimmter „Machttypen“ oder „Gesellschaftsformen“ nicht plausibel machen.

POLITISCHE RATIONALITÄT UND SOZIALE PRAXIS

Für die Gouvernementalitätsanalyse ist „Regieren“ ein Leitbegriff von zentralem theoretisch-methodologischen Stellenwert. Die Möglichkeit, den Begriff des Regierens überhaupt für eine soziologische Gegenwartsdiagnose anzuwenden, wird in der Gouvernementalitätstheorie darin erachtet, den Bezug zwischen „abstrakter politischer Rationalität“ und den „empirischen Mikrotechniken des Alltags“ ⁶⁹ plausibel zu machen.

Zwischen den Programmen der politischen Rationalität und der sozialen Praxis vermitteln die „Technologien“. Technologien können materiale Artefakte wie architektonische Bauwerke, ⁷⁰ Visualisierungstechniken der Aufzeichnung, ⁷¹ Techniken der Kontrolle und Überwachung von Arbeitsprozessen, ⁷² Selbsttechniken der Lebensführung, moralische Techniken der Formung von Wünschen, Interessen und Meinungen, ⁷³ soziale Techniken wie das „Total Quality Management“ ⁷⁴ oder diskursive Techniken wie die Beschwörung der „Gemeinschaft“ oder der „Nation“ ⁷⁵ sein. Technologien sollen nach der Bestimmung von Peter Miller und Nikolas Rose die „idealen Schemata“ des Regierens in soziale „Realität“ überführen. ⁷⁶ In ihrem 1990 veröffentlichten Aufsatz *Governing economic life* bestimmen sie Technologien dementsprechend als „die tatsächlichen Mechanismen (...), durch die Autoritäten versucht haben, das Verhalten, Denken, Entscheiden, Streben anderer zu formen, zu normalisieren und zu instrumentalisieren, um die Ziele zu erreichen, die sie als wünschenswert betrachten.“ ⁷⁷ Das Problem des Verhältnisses von politischer Rationalität und politischer

Technologie auf Fragen der „Implementierung“ zu beschränken, evoziert aber das Bild einer undifferenzierten sozialen Welt, in die sich die Programme lediglich „einschreiben“ müssten. Diese Annahme unterstellt einen impliziten Funktionalismus der Programme, wonach sich die Funktionalität der Programme in ihrer Einsetzung in eine soziale Wirklichkeit erweisen soll. Das methodologische Problem, wonach die Programme „einfach so“ oder „irgendwie“ mit der sozialen Praxis in Verbindung stehen sollen, kann aber nicht dadurch gelöst werden, dass sich die Studien infolgedessen auf eine Beschreibung der Programme beschränken.

Um von einer „Entsprechung“⁷⁸ sprechen zu können, muss von einer kommensurablen Beziehung zwischen politischen Rationalitäten und sozialer Praxis ausgegangen werden, d. h.: es muss bereits ein *gemeinsamer* sozialer Raum vorausgesetzt sein, *damit* sich Programme, Technologien und soziale Praktiken überhaupt aufeinander beziehen können. Die Methodenfrage einer *zureichenden* Strukturbeziehung von Programm und sozialer Praxis und das davon abgeleitete Methodenproblem der *angemessenen* „Übersetzung“ ist letztlich sekundär; denn bevor die möglichen Technologien der „Übersetzung“, der „Umsetzung“ oder der „Entsprechung“ in die eine oder andere „Richtung“ als sozialwissenschaftliche Methode formuliert werden, wäre erst zu klären, ob und unter welchen Voraussetzungen überhaupt von einer „Beziehung“ gesprochen werden kann. Dem Problem der „Übersetzung“ oder der „Umsetzung“ inhärent das Problem der *Gültigkeit* bestimmter Regeln, die nur *innerhalb des Geltungsbereiches* der jeweiligen Übereinkunft geklärt werden kann. Wenn die Voraussetzungen, auf denen die objektive Gültigkeit beruhen soll, für die Programme nicht zutreffen können, kann daher im Geltungsbereich intersubjektiver Regierbarkeit die strikte Allgemeingültigkeit der Programme nicht einfach vollzogen, d. h. umgesetzt, werden.

Methodologisch ist mit der Kohärenz und Konsistenz der politischen Programme für die Strukturierung gesellschaftlicher Wirklichkeit eine Einschränkung des Untersuchungsgegenstandes auf textuelle Manifestationen des Sozialen, also Diskurse, verbunden.⁷⁹ Diese Einschränkung wird häufig so zum Beispiel bei Miller und Rose,⁸⁰ Dean⁸¹ und zuletzt in der Einführung zur *Gouvernementalität der Gegenwart*⁸² mit einem methodischen Nominalismus begründet beziehungsweise argumentativ verknüpft: Das Wissen, das zum Beispiel in politischen Programmatiken, Management- und Versicherungstexten oder der psychologischen Literatur generiert wird, interpretieren die „Governmentality Studies“ nicht als einfach „gegebene“ oder „natürliche“ Repräsentation von Wirklichkeit,⁸³ sondern als ihre Konstruktion und Problematisierung entsprechend der Regeln des Diskurses, der sich ihrer annimmt: „The object of our studies, then, is not the simple empirical activity of governing, but the art of government. (...) An analysis of government is not a ‚sociology of rule‘.“⁸⁴

Doch alleine in der normativen Setzung eines nominalistischen Forschungsprogramms, das seine Kontur nur durch die Zurückweisung eines naiven sozialwissenschaftlichen Realismus erhält, für den gesellschaftliche Realität

faktisch als „determiniert“ gedacht wird, ist die Methodenreflexion der Gouvernementalitätstheorie entscheidend eingeschränkt. Denn die Beschränkung auf einen „reinen“ Nominalismus lässt das Erkenntnisproblem unberücksichtigt, dass es der Begriff selbst ist, der als hypostasierte „Realität“ gesetzt sein kann.⁸⁵ Wenn die Programme der politischen Rationalität als begriffliche Wirklichkeit gesetzt werden, und „die freien Setzungen des Verstandes (...) in der Art von *Dingen* angeschaut werden, die uns umgeben und die wir passiv hinzunehmen haben“,⁸⁶ ergeben sich methodische Unschlüssigkeiten: Erstens werden die begrifflichen Wirklichkeiten der Programme als „einfache“ oder „letzte“ Begründungen eines „theoretischen Selbstbewusstseins“⁸⁷ hingenommen und die „freien“ Setzungen des Verstandes als „Material“ der Analyse aufgefasst. Das methodologische Kernproblem der „Gouvernementality Studies“ besteht darin, dass das „Material“ der Analyse als „frei“ gesetzt gilt und damit immer schon jeglicher Erkenntnisbedingung äußerlich vorausgesetzt wird. Zweitens wird der begrifflichen Wirklichkeit das Kausalprinzip einer „faktisch“ bestimmbaren und empirisch überprüfaren Wirkmächtigkeit zugrundegelegt. Mit dem Begriff der „Konstitution“⁸⁸ wird dafür argumentiert, dass die Programme eine bestimmte „soziale Realität“ schöpferisch hervorbringen. Mit der *Setzung des Begriffs als Realität* ist es schliesslich möglich, dem „positiven Wissen des zu Regierenden“⁸⁹ die unumschränkte Konstitutionsmacht sozialer Wirklichkeit zuzuschreiben und wissenschaftlich zu legitimieren. So gehen Miller und Rose davon aus, in den Programmen ließen sich die „tatsächlichen Mechanismen“⁹⁰ wiederfinden, die die sozialen Praktiken regulieren. Diese Erkenntnis gelingt Miller und Rose aber nur, weil sie sich einer Taktik bedienen, die Bourdieu in seiner Kritik des Strukturalismus als „schleichenden Übergang vom Modell der Realität zur Realität des Modells“⁹¹ bezeichnet hat. Behauptet man die Konzeption von Programmen als „idealisierte Schemata“,⁹² die als eine „Art Selbstreflexion der Führenden auf die Ziele und Mittel der Führung“⁹³ verstanden werden können, kann daraus geschlossen werden, dass der Praxis die Intelligibilität des Regierens entgeht. Die Grundlage für die Konstitution der Praxis bildet nach Miller und Rose die Sprache, „durch die Felder des Regierens erfasst, denkbar und verwaltbar gemacht werden. (...) Sprache, so kann man sagen, bietet einen Mechanismus, um Wirklichkeit bestimmten Arten von Handlungen zugänglich zu machen.“⁹⁴ Diese der „Sprache beim Regieren“⁹⁵ zuerkannte Macht zur Konstitution sozialer Wirklichkeit läuft auf den Geltungsanspruch eines universalen Theoriesolipsismus hinaus, womit das Steuerungsideal einer theoretischen Autorität suggeriert wird, die sich ganz aus sich selber bestimmt. In diesem Sinne schrumpft die soziale Welt, in der die Programme entstehen und in der sie praktisch werden sollen, zu einem je schon einerseits *transparenten* und andererseits *stabilen* Mikrokosmos, dessen Parameter lediglich benannt werden müssen, um ihn vollständig zu beschreiben.

In dieser Perspektive erhält die „Gouvernementalität“ einen hierarchischen Richtungssinn, worin sich die aktiv-schöpferische „Rationalität“ der Programme die materiellen und alltäglichen Praktiken aneignet, sie kolonisiert und

schließlich im Abstraktionsprozess überhaupt erfindet und entstehen lässt.⁹⁶ Angenommen wird, dass „Rationalität“ als operativer Begriff auf den *tieferen Sinn* und *theoretischen Zusammenhalt* der gesellschaftlichen „Machtverhältnisse“, „Kräfteverhältnisse“, „Praktiken“, „Programme“ oder „Technologien“ verweist. Die Macht, das Soziale zu konstituieren, soll nun alleine von den Programmen selbst hervorgebracht werden, die „neue Sektoren von Wirklichkeit“⁹⁷ entwickeln und „neue Existenzbereiche dem Handeln zugänglich machen“⁹⁸. Die privilegierte Instanz der Programme wird theoretisch mit den Kriterien der Konstitution, die die Kohärenz und das Kausalprinzip der Programme voraussetzt, (re-)produziert. Mit der unterstellten Konstitutionsmächtigkeit der Programme wird jedoch ein schwerwiegendes metaphysisches Problem transportiert, weil die abstrakten Programme und Theorien grundsätzlich als einheitliches *Tätigkeitssubjekt* verstanden werden. Die Tathandlung, der „diskursive Mechanismus“,⁹⁹ muss indes aus gutem Grunde mysteriös bleiben, denn wie kann ein abstraktes Programm selbst handeln?

Wenn hingegen der Anspruch besteht, die Technologien des Selbst nicht als bloße Ausführung überindividueller Normen oder als passive Aneignung zu verstehen, ist es notwendig, einen differenzierten Begriff sozialer Praxis zu entwickeln, um nach dem Gebrauch fragen zu können, der in der Praxis von den „Angeboten“ politischer Programme gemacht wird. Wenn das Verhältnis von politischer Rationalität und Führung der Regierten und des Selbst nicht als determiniertes Zwangs- oder Gewaltverhältnis verstanden werden soll, sondern als strategische Machtbeziehung, die offen bleibt für ihre Umkehrung oder Veränderung, dann muss der Beitrag, den die Akteure zur Konstituierung bestimmter Formen der Regierung leisten, auch differenziert werden. Der in der Gouvernementalitätstheorie entwickelte Begriff der „Führung“ geht von der Möglichkeit der Subjekte aus, im Rahmen eines offenen Machtspieles einen mehr oder weniger schöpferischen Entwurf des Regierungshandeln zu entwickeln. Denn Regierungsmentalität kann sich nur da ereignen, wo ein reflektierendes Subjekt in die Machtspiele der Fremd- und Selbstführung eintritt. Wenn diese These gelten soll, dann muss Freiheit für die Wirksamkeit von Machtbeziehungen konstitutiv sein. Wenn aber Mitchell Dean fordert, dass „Regieren“ notwendig die Existenz von lebenden Menschen, die handeln können, weil sie frei sind, voraussetzen muss, argumentiert er realistisch und relativiert seine nominalistische Position: „Government presupposes the existence of subjects who are free in the primary sense of living and thinking beings endowed with bodily and mental capacities“.¹⁰⁰ Nach Dean können „alle Formen menschlichen Verhaltens“¹⁰¹ auf Probleme des Regierens bezogen werden. In der Argumentation begründet Dean die Bedingung der Möglichkeit des Regierens mit einer Anthropologie, darin die zum Regieren erforderliche Freiheit menschlichen Fähigkeiten als Naturtatsache entspringt. Die das Regieren notwendig bedingende Möglichkeit macht Dean von einer grundlegenden Wesensbestimmung des Menschlichen abhängig, nämlich von der Freiheit des Handelns. Diese Freiheit versteht Dean als Wesenseigenschaft des Menschen, die in ihrer psycho-physiologi-

schen oder sozialen Gegebenheit einfach vorgefunden werden kann. Diese Grundannahme steht aber im Widerspruch zum diskursanalytischen Forschungsprogramm der „Governmentality Studies“. Schliesslich wird mit der allgemein-optimistischen Beurteilung der reflexiven Möglichkeiten des „self-government“ das Naheverhältnis zur soziologischen Gegenwartsdiagnostik der „Reflexive Modernization“¹⁰² offenkundig: „(...) those ‚moral forces‘ that enhance our capacities for self-government (...) thus enhances human capacity for the reflexive practice of liberty (...)“.¹⁰³

Mit vielen anderen sozial- und kulturwissenschaftlichen Theorien der Gegenwart teilen die „Governmentality Studies“ die Annahme eines *sozialen Konstruktivismus*.¹⁰⁴ Die These einer regelhaften Hervorbringung sozialer Realität durch Diskurse verweist auf eine wissenschaftliche Konjunktur, wie sie auch in dem erbittert geführten Hegemoniestreit zwischen Natur- und Kulturwissenschaften zum Ausdruck kommt. Folgt man dem gegenwartsdiagnostischen Anspruch der „Governmentality Studies“, so wird „das“ Soziale nicht einfach nur als Begriff vorgefunden, sondern muss auch in den Untersuchungen forschungspraktisch in einer diskursiven Praxis behauptet und hergestellt werden. Folglich tragen die „Governmentality Studies“ auch Verantwortung dafür, *wie* über „das“ Soziale, das es gegenwärtig gibt, befunden wird. In dieser Hinsicht kann vielleicht künftig das theoretische Kernstück der „Governmentality Studies“, die rationale und technologische Konstitution empirischer Alltagspraktiken, als mehr als nur eine methodische Reflexionsübung innerhalb einer jungen Forschungsrichtung diskutiert werden.

ANMERKUNGEN:

Ich möchte Cathren Müller für die kritische Lektüre und die großzügigen Korrekturarbeiten meines Textes sehr herzlich danken.

- 1 Einen systematischen Vergleich bietet Dean 1999, einen kritischen Überblick gibt Lemke 2000. Vgl. den bei Suhrkamp erschienenen Sammelband: *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen* (Bröckling / Krasmann / Lemke 2000), der aktuelle Arbeiten der deutschen Gouvernementalitätsstudien vorstellt und darüber hinaus eine Genealogie der Forschungstradition sowie einen aktuellen Bezug der Forschungsschwerpunkte und -methoden herstellt.
- 2 Vgl. Lemke 2000
- 3 Thomas Lemke (1997) ist die ausführlichste Untersuchung der unveröffentlichten Schriften Foucaults zu verdanken.
- 4 A. a. O., S. 17
- 5 Donzelot 1984; Ewald 1986; Defert 1991; Procacci 1993; Pasquino 1991
- 6 Gane / Johnson 1993
- 7 Lemke 2000, S. 31
- 8 Vgl. dazu den Beitrag von Thomas Osborne „Techniken und Subjekte: Von den ‚Governmentality Studies‘ zu den ‚Studies of Governmentality‘“ im vorliegenden Heft.
- 9 Vgl. Burchell / Gordon / Miller 1991; Gane / Johnson 1993; Barry / Osborne / Rose 1996; Dean / Hindess 1998; Dean 1999; Bröckling / Krasmann / Lemke 2000
- 10 Bröckling / Krasmann / Lemke 2000, S. 18; vgl. Überblick bei Dean 1999, S. IX
- 11 Dean 1999, S. 1

- 12 So entwickelt Dean in Anlehnung an Beck (1986) ein Konzept des „reflexive government“, Dean 1999, S. 176 ff.
- 13 Dean 1999, S. IX
- 14 Bell 1993
- 15 Vgl. exemplarisch: Rose 1988, 1990, 1992, 1996; Cruikshank 1993
- 16 Weir 1996
- 17 Bell 1993
- 18 Minson 1993
- 19 Lemke in Bröcklin / Krasmann / Lemke 2000, S. 227-264
- 20 Legnaro 2000, S. 286-314
- 21 Miller / O'Leary 1987
- 22 Hunt 1996
- 23 Krasmann 2000, S. 194-226
- 24 Miller / Rose 1994
- 25 Baddeley 1997
- 26 Dean hält die problemorientierte Interdisziplinarität der „Governmentality Studies“ mit einer grundlagentheoretischen Reflexion für unvereinbar, vgl. Dean 1999, S. IX: „If studies of government form a new sub-discipline across the human sciences, it is not as a theory-based one“.
- 27 Lemke 2000, S. 40-44
- 28 A. a. O., S. 21
- 29 Zur Konstituierung und Verfasstheit der Freiheit in liberal-demokratischen Gesellschaften vgl. Rose 1999
- 30 Lemke 2000, S. 31
- 31 Vgl. theoriegeschichtlich Lemke 1997, Neubauer 1999, Hunt / Wickham 1994, Simons 1995; vgl. kritisch Gordon 1991; O'Malley / Weir / Shearing 1997; Lemke 2000.
- 32 Lemke 2000, S. 40
- 33 Mit dem Begriff der „governmentalität“ verortet Foucault das „Auftauchen“ der Regierungsliteratur in der polemischen Auseinandersetzung mit Machiavelli. Foucault widmet sich in dieser Vorlesung der Literatur über das Regieren vom 16. bis zum 18. Jahrhundert entlang der Rezeption Machiavellis // *Principe* und führt eine Reihe von italienischen Quellentexten an. Hierbei wird Machiavellis // *Principe* als ein zentraler „Abstossungspunkt“ bestimmt, „im Verhältnis zu dem, im Gegensatz zu dem und durch dessen Verwerfung die Regierungsmentalität ihren Ort bestimmt“ (Foucault 2000, S. 42).
- 34 Foucault 1979, S. 5-22. Erstveröffentlichung einer Mitschrift der Vorlesung in italienischer Sprache in: *Aut-Aut* 167-168, 1978, S. 12-29. In dem von Burchell / Gordon / Miller herausgegebenen Sammelband: *The Foucault Effect. Studies in Governmentality* (1991) erschien der Text in überarbeiteter Fassung.
- 35 Foucault 2000. Am 14. Oktober 1989 veröffentlichte die *taz* erstmals den Text in gekürzter Fassung in einer Übersetzung von Thierry Chervel.
- 36 Lemke / Krasmann / Bröckling 2000, S. 36
- 37 Foucault 1978, S. 719. Die von Foucault abgehaltenen Vorlesungen sind weitgehend unveröffentlicht und nur teilweise autorisiert. Einen systematischen Überblick und eine vollständige Bibliographie der unveröffentlichten Vorlesungen sowie eine theorie- und werkgeschichtliche Einführung in das Konzept der „Gouvernementalität“ und eine Diskussion ihres Stellenwerts innerhalb der Foucault'schen Analytik der Macht wurde erstmalig von Thomas Lemke in der 1997 publizierten Arbeit „Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität“ sehr umfassend und materialreich vorgelegt. In dieser Arbeit, aber auch in darauf folgenden Publikationen Lemkes wurde der Begriff der Regierung als Analyseinstrument und Forschungsprogramm vorgestellt und problematisiert.
- 38 Foucault, Vorlesung vom 5. April 1978, zitiert nach Lemke 1997, S. 143
- 39 Lemke 1997, S. 144
- 40 Foucault 1987, S. 255
- 41 Foucault 2000, S. 41 ff.
- 42 Foucault 1992, S. 40
- 43 Foucault 1985, S. 25
- 44 Foucault, Table round du 20 mai 1978 (Gespräch mit A. Farge, A. Fontana, J. Léonard, M. Perrot u. a.), zitiert nach Lemke 1997, S. 146
- 45 Foucault 2000, S. 64
- 46 A. a. O., S. 66
- 47 Ebenda
- 48 A. a. O., S. 64
- 49 A. a. O., S. 49
- 50 Foucault 2000, S. 65
- 51 Wissenschaftsgeschichtlich ist der mentalitätshistorische Ansatz mit der Entwicklung der französischen Annales-Schule verknüpft, vgl. zur Geschichtsschreibung der Annales einführend: Honegger 1978; Lüdtke 1989; kritisch: Lloyd 1990; Vovelle 1990.
- 52 Le Goff 1989, S. 18
- 53 Honegger 1978
- 54 Farge thematisiert den Begriff des „Ereignis“ als Analyse-kategorie im Rahmen historiographischer Forschung und problematisiert entlang dieser Fragestellung die synthetische Leistung des Historikers. Siehe 1997, S. 15-27.
- 55 Lloyd zeigt die mit dem Mentalitätenbegriff verknüpften Substantialisierungen historischer Prozesse auf, siehe 1990, insbesondere S. 1-13, S. 135-147, S. 155-56
- 56 Ranciere 1996, S. 53-68
- 57 Vovelle 1990
- 58 Vgl. die Kritik von Carlo Ginzburg an der Mentalitätsgeschichte bei Bloch und Febvre, Ginzburg 1979
- 59 Dean 1999, S. 11
- 60 A. a. O., S. 16 f.
- 61 Vgl. a. a. O., S. 19
- 62 Foucault 1985, S. 25
- 63 Foucault 2000, S. 66
- 64 Foucault 1985, S. 25
- 65 Foucault 2000, S. 59
- 66 Miller / Rose 1994, S. 68
- 67 Foucault 1986, Space, Knowledge and Power, zitiert nach Miller / Rose 1994, S. 68f.
- 68 Miller / Rose 1994, S. 69
- 69 A. a. O., S. 40
- 70 Rabinow 1989
- 71 Miller / O'Leary 1987, S. 235-265
- 72 Rose 1990
- 73 Dean 1999, S. IX
- 74 Bröckling 2000, S. 131-167
- 75 Miller / Rose 1994
- 76 A. a. O., S. 54-108
- 77 A. a. O., S. 66
- 78 Lemke über den Begriff der politischen Rationalität, ausgehend von Foucaults Arbeitsthese: „Eine politische Rationalität ist nämlich kein reines und neutrales Wissen, das die zu regierende Realität re-präsentiert, sondern stellt selbst bereits eine *intellektuelle Bearbeitung der Realität* (H. v. A.) dar, an der dann politische Technologien ansetzen können. Darunter sind Apparate, Verfahren, Institutionen, Rechtsformen etc. zu verstehen, die es erlauben sollen, die Objekte und Subjekte einer politischen Rationalität *entsprechend* (H. v. A.) zu regieren.“ Lemke 2000, S. 32 f.
- 79 Vgl. die Kritik von Lemke 2000, S. 40-44
- 80 Miller / Rose 1994, S. 64
- 81 Dean 1999, S. 22

- 82 Bröckling / Krasmann / Lemke 2000, S. 21: „Zunächst zeichnen sich die Gouvernementalitätsstudien durch eine nominalistische Perspektive aus.“
- 83 Ebenda
- 84 Dean 1999, S. 18
- 85 Vgl. a. a. O., S. 31 f: „The literature on governmentality eschews a sociological realism that simply describes or analyses what exists (...)“
- 86 Cassirer 1994, Vorrede, S. V
- 87 Ebenda, vgl. diesbezüglich den kritischen Einwand von Lemke: „In der Gouvernementalitätsliteratur werden politische Rationalitäten häufig als widerspruchsfreie und homogene Entitäten aufgefasst, während politischen Technologien dann die Funktion zugeschrieben wird, Programme in die Realität zu „übersetzen“. Lemke 2000, S. 43
- 88 Dean 1999, S. 10
- 89 Miller / Rose 1994, S. 64
- 90 A. a. O., S. 56
- 91 Bourdieu 1987, S. 75
- 92 Miller / Rose 1994, S. 65
- 93 Lemke 2000, S. 43
- 94 Miller / Rose 1994, S. 65
- 95 Ebenda
- 96 Dean 1999, S. 65
- 97 Miller / Rose 1994, S. 64
- 98 A. a. O., S. 64f
- 99 A. a. O.,
- 100 Dean 1999, S. 13
- 101 Im genauen Wortlaut: „(...) government entails any attempt to shape (...) aspects of our behavior (...)“, Dean 1999, S. 10
- 102 Beck / Giddens / Lash 1995
- 103 Dean 1999, S. 37
- 104 Vgl. Hacking 1999
- Burchell, Graham / Gordon, Colin / Miller, Peter (Hg.): *The Foucault Effect. Studies in Governmentality*. Harvester Wheatsheaf, London 1991
- Burchell, Graham: Liberal government and techniques of the self. In: *Economy and Society* (22) 3, 1996, S. 267-82
- Burkardt Albrecht: „Am Leben gescheitert?“. Die Kritik der Mentalitätsgeschichte in Frankreich und der Alltag. In: *Berliner Geschichtswerkstatt 1994*, S. 59-77
- Cassirer, Ernst: Das Erkenntnisproblem in der Philosophie und Wissenschaft der neueren Zeit. Wissenschaftliche Buchgemeinschaft, Darmstadt 1994.
- Cruikshank, Barbara: Revolutions within: self-government and self-esteem. In: *Economy and Society* 22 (3), 1993, S. 327-44
- Dean, Mitchell / Hindess, Barry: *Governing Australia: Studies in Contemporary Rationalities of Government*. Cambridge University Press, Melbourne 1998
- Dean, Mitchell: Governmentality. Power and Rule in Modern Society. Sage, London 1999
- Dean, Mitchell: Governing the unemployed self in an active society. In: *Economy and Society* (24) 4, 1995, S. 559-583
- Defert, Daniel: „Popular Life“ and Insurance Technology. In: Burchell, Graham / Gordon, Colin / Miller, Peter (Hg.): *The Foucault Effect. Studies in Governmentality*. Harvester Wheatsheaf, Hemel Hempstead 1991
- Donzelot, Jacques: L'invention du sociale. Essai sur le déclin des passions politique. Seuil, Paris 1984
- Donzelot, Jacques: Die Förderung des Sozialen. Übersetzt von Alfred Berlich. In: Schwarz, Richard (Hg.): *Zur Genealogie der Regulation. Anschlüsse an Michel Foucault*. Decaton, Mainz 1994, S. 109-160
- Ewald, François: *L'Etat Providence*. Grasset & Fasquelle, Paris 1986
- Farge, Arlette: De la souffrance. In: Dies.: *Des lieux pour l'histoire*. Seuil, Paris 1997, S. 15-27
- Febvre, Lucien: Sensibilität und Geschichte. Zugänge zum Gefühlsleben früherer Epochen. In: Honegger, Claudia (Hg.): *Schrift und Materie der Geschichte. Vorschläge zu einer systematischen Aneignung historischer Prozesse*. Suhrkamp, Frankfurt am Main 1978 (frz. Orig. in: *Annales d'histoire sociale* 3,1941, S. 5-20), S. 313-334
- Foucault, Michel: On governmentality. In: *Ideology and Consciousness* 6 (1979), S. 5-22
- Foucault, Michel: *Freiheit und Selbstsorge. Interview 1984 und Vorlesung 1982*. Hg. v. Helmut Becker u. a., Materialis, Frankfurt am Main 1985
- Foucault, Michel: *Die Sorge um sich. Sexualität und Wahrheit*, Bd. 3. Suhrkamp. Frankfurt am Main 1986
- Foucault, Michel: Das Subjekt und die Macht. In: Dreyfus Hubert L. / Rabinow, Paul: *Michel Foucault: Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik*. Athenäum: Frankfurt am Main 1987, S. 243-261
- Foucault, Michel: *Was ist Kritik?* Merve, Berlin 1992
- Foucault, Michel: Die Gouvernementalität. In: Bröckling, Ulrich / Krasmann, Susanne / Lemke, Thomas: *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2000, S. 41-67
- Foucault, Michel: Sécurité, territoire et population. In: *Annuaire du Collège de France, année 1977-1978*. Wiederveröffentlicht in: Defert, Daniel / Ewald, François (Hg.): *Dits et Ecrits 1954-1988*. Gallimard, Paris, Bd. 3, S. 719-723
- Gane, Mike / Johnson, Terry (Hg.): *Foucault's New Domains*. Routledge. London / New York 1993
- Ginzburg, Carlo: Der Käse und die Würmer. Die Welt eines Müllers um 1600. Campus, Frankfurt am Main 1979
- Gloy, Klaus: Sprachnormen I. Linguistische und soziologische

- Analysen. Problemata fromann holzboog, Stuttgart 1975
- Gordon, Colin: Governmental rationality. An Introduction. In: Burchell, Graham / Gordon, Colin / Miller, Peter (Hg.): *The Foucault Effect. Studies in Governmentality*. Harvester Wheatsheaf, London 1991
- Hacking, Ian: Was heißt ‚soziale Konstruktion‘? Zur Konjunktur einer Kampfvokabel in den Wissenschaften. Fischer, Frankfurt am Main 1999
- Hermanns, Fritz: Sprachgeschichte als Mentalitätsgeschichte. Überlegungen zu Sinn und Form und Gegenstand historischer Semantik. In: Gardt, Andreas / Mattheier, Klaus J. / Reichmann, Oskar (Hg.): *Sprachgeschichte des Neuhochdeutschen. Gegenstand, Methoden, Theorien*. Niemeyer, Tübingen 1995
- Honegger, Claudia (Hg.): Schrift und Materie der Geschichte. Vorschläge zu einer systematischen Aneignung historischer Prozesse. Suhrkamp, Frankfurt am Main 1978
- Hunt, Alan / Wickham, Gary: Foucault and Law: *Towards a Sociology of Law as Governance*. Pluto, London 1994
- Hunt, Alan: Governing the City. Liberalism and Early Modern Modes of Governance. In: Barry, Andrew / Osborne, Thomas / Rose, Nikolas: *Foucault and Political Reason. Liberalism, Neo-Liberalism and Rationalities of Government*. Routledge, London / New York 1996, S. 167-188
- Krasmann, Susanne: Gouvernamentalität der Oberfläche. Aggressivität (ab-)trainieren beispielsweise. In: Bröckling, Ulrich / Krasmann, Susanne / Lemke, Thomas: *Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2000, S. 194-226
- Larner, Wendy: Neo-liberalism. Policy, Ideology, Governmentality. In: *Studies in Political Economy* 63 (August 2000)
- Legnaro, Aldo: Subjektivität im Zeitalter ihrer simulativen Reproduzierbarkeit: Das Beispiel des Disney-Kontinents. In: Bröckling, Ulrich / Krasmann, Susanne / Lemke, Thomas: *Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2000, S. 286-314
- Le Goff, Jacques: Eine mehrdeutige Geschichte. In: Raulff, Ulrich (Hg.): *Mentalitäten-Geschichte. Zur historischen Rekonstruktion geistiger Prozesse*. Wagenbach, Berlin 1989, S. 18-32
- Lemke, Thomas: Neoliberalismus, Staat und Selbsttechnologien. Ein kritischer Überblick über die *governmentality studies*. In: *Politische Vierteljahresschrift* 41/1 2000, S. 31-47
- Lemke, Thomas: Die Regierung der Risiken. Von der Eugenik zur genetischen Gouvernamentalität. In: Bröckling, Ulrich / Krasmann, Susanne / Lemke, Thomas: *Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2000, S. 227-264
- Lemke, Thomas: Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernamentalität. Argument, Berlin / Hamburg 1997
- Lloyd, Geoffrey E. R.: *Demystifying mentalities*. University Press, Cambridge 1990
- Lüdtke, Alf (Hg.): *Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen*. Campus, Frankfurt am Main 1989
- Miller, Peter / O'Leary, Timothy: Accounting and the construction of the governable person. In: *Accounting, Organizations and Society* 12 (3), 1987, S. 235-65
- Miller, Peter / Rose, Nikolas: Das ökonomische Leben regieren. In: Schwarz, Richard (Hg.): *Zur Genealogie der Regulation. Anschlüsse an Michel Foucault*. Deaton, Mainz 1994, S. 54-108
- Minson, Jane: Questions of conduct. Sexual Harassment, Citizenship and Government. Macmillan, London 1993
- O'Malley, Pat / Weir, Lorna / Shearing, Clifford: Governmentality, Criticism, Politics. In: *Economy and Society* 26(4), 1997, S. 501-517
- Neubauer, John (Hg.): *Cultural History after Foucault*. Gruyter, New York 1999
- Pasquino, Pasquale: Criminology: The Birth of a Special Knowledge. In: Burchell, Graham / Gordon, Colin / Miller, Peter (Hg.): *The Foucault Effect. Studies in Governmentality*. Harvester Wheatsheaf, London 1991, S. 235-250
- Procacci, Giovanna: Gouverner la misère. La question sociale en France 1789-1848. Seuil, Paris 1993
- Rabinow, Paul: French Modern. Norms and Forms of the Social Environment. MIT Press, Cambridge MA 1989
- Rancière, Jacques: Le concept d'anachronisme et la vérité de l'historien. In: *L'Inactuel* 6, Herbst 1996, S. 53-68
- Raulff, Ulrich (Hg.): *Mentalitäten-Geschichte. Zur historischen Rekonstruktion geistiger Prozesse*. Wagenbach, Berlin 1989
- Rose, Nikolas: Calculable minds and manageable individuals. In: *History of the Human Sciences*, Vol. 1, Heft 2, 1988, S. 179-200
- Rose, Nikolas: Governing the Soul. The Shaping of the Private Self. Routledge, London / New York 1990
- Rose, Nikolas: Governing the enterprising self. In: Paul Heelas / Paul Morris (Hg.): *The Values of the Enterprise Culture*. Routledge, London / New York 1992, S. 141-64
- Rose, Nikolas: *Inventing Our Selves. Psychology, Power, and Personhood*. Cambridge University Press, Cambridge 1996
- Rose, Nikolas: *Powers of Liberty*. Cambridge University Press, Cambridge 1999
- Sellin, Volker: Mentalität und Mentalitätsgeschichte. In: *Historische Zeitschrift* 241, 1985, S. 555-598
- Simons, Jon: *Foucault & the Political*. Routledge, London / New York 1995
- Vovelle, Michel: History of Mentalities, History of Resistances, or the Prisons of the Longue Durée. In: Ders.: *Ideologies and Mentalities*. Polity Press, Cambridge, 1990 (frz. Orig. 1982), S. 154-176
- Weir, Lorna: Recent developments in the government of pregnancy. In: *Economy and Society* 25 (3), 1996, S. 372-92

THOMAS OSBORNE

TECHNIKEN UND SUBJEKTE: VON DEN „GOVERNMENTALITY STUDIES“ ZU DEN „STUDIES OF GOVERNMENTALITY“

Der folgende Beitrag ist bedauerlicherweise kein konstruktiver, schöpferischer oder gar empirischer Beitrag zu den *Studies of Governmentality*, vielmehr handelt er von dem Ethos, das diese Studien prägt. Im ersten Teil möchte ich mich *gegen* die Idee der *Governmentality Studies* wenden oder wenigstens gegen die Idee, die *Studies of Governmentality* in ein festgelegtes Methodenset zu verwandeln, das, in Textbüchern zusammengefasst, StudentInnen ausgehändigt wird. Ein Leitmotiv dieses Vortrags könnte deshalb lauten: „*Studies of Governmentality*“ *ja*, „*Governmentality Studies*“ *nein*. Im zweiten Teil werde ich mich Fragen der *Gouvernementalität* des moralischen Lebens in dem offenbar neoliberalen Zeitalter wie dem unseren zuwenden. Ich werde für eine moralisch-ethische Position plädieren, die – vielleicht paradoxerweise – dazu führt, uns überhaupt gegen Ethiken als solche zu wenden.

1. GEGEN GOVERNMENTALITY STUDIES

Im Unterschied zu den *Studies of Governmentality* stehen die *Governmentality Studies* aus meiner Sicht für eine Art von *Soziologismus*, der als Gesellschaftstheorie oder Theorie sozialer Prozesse in Konkurrenz zur Soziologie tritt. Die *Governmentality Studies* scheinen eine Art von Soziologie anzustreben, eine umfassende Beschreibung gesellschaftlicher Trends und Entwicklungstendenzen. Das Problem scheint mir dabei zu sein, dass eine Aneignung des Foucault'schen Werkes durch die positiv-empirischen Sozialwissenschaften nicht so einfach möglich ist – weder deskriptiv noch normativ. Um das Foucault'sche Erbe von jeglicher Form des *Soziologismus* abzugrenzen, was nicht heißt, dass Foucaults Werk nicht Teil der Humanwissenschaften ist, genügt es vielleicht daran zu erinnern, dass seine Arbeit immer an ein bestimmtes Prinzip und an ein bestimmtes Erkenntnisinteresse gebunden war: Erstens das Prinzip methodologischer Unzeitgemäßheit, zweitens sein Interesse an einer Art Beobachtung zweiter Ordnung der Denksysteme. Beides liegt scheinbar auf der Hand, jedoch wird beides nur zu oft von jenen vergessen beziehungsweise vernachlässigt, die Foucaults Erbe durch Formen des *Soziologismus* zu normalisieren suchen.

Zunächst zur Unzeitgemäßheit – ein offenbar nietzscheanisches Thema: In Bezug auf *was* kann ein solches Denken unzeitgemäß genannt werden? Eine Antwort liegt, so glaube ich, wohl darin, dass das Unzeitgemäße Foucaults nicht politischer oder kritischer Art war und noch weniger soziologisch (wie zum Beispiel Interpretationen der Modernisierung als „eisernes Gehäuse“, die wir aus soziologischen Lesarten Max Webers kennen), sondern dass Foucaults Denken in einem *anthropologischen* Sinn unzeitgemäß genannt werden kann. Die Deutschen blicken natürlich auf eine eher unerfreuliche Tradition philosophischer Anthropologie zurück, die auf eine wesensmäßige Unvoll-

kommenheit des „Menschen“ konzentriert war. Foucaults Anthropologie kennt diesen unerfreulichen Zug nicht: Sie ist historisierend und stellt die Frage der Formbarkeit der menschlichen Vermögen in den Mittelpunkt. Dieser Frage entsprechend, wendet Foucault eine Art spekulativen Empirismus an, eine hypothetische Haltung des *Als-Ob*, die darauf hinausläuft, Menschen so zu behandeln, als seien sie *potenziell* unendlich formbar, und diejenigen Machtformen empirisch zu untersuchen, die diese Formbarkeit in der Vergangenheit hervorgebracht haben; jene Vergangenheit im Übrigen, der „wir Modernen“ vielleicht zu entkommen trachten. Foucault ging es um die Geschichte menschlicher Ontologien; um die Vermögen, die Menschen in sich selbst und mit anderen geschaffen haben, um die Fähigkeiten, durch die Menschen regiert wurden und mit denen sie andere regierten.

Dies mag der Grund sein, warum die Versuche, in die Arbeiten Foucaults verschiedene Soziologismen hineinzulesen, immer ein wenig unangebracht wirken, was nur durch jene Lesarten wettgemacht wird, die in Foucault eine Art irrationalen Postmodernisten sehen wollen. Das soll nun nicht heißen, dass die Arbeiten Foucaults soziologisch irrelevant wären, es heißt nur, dass bei diesem Prozess die Originalität Foucaults verloren geht oder verschoben wird. Die neueren Veröffentlichungen zu den *Governmentality Studies*, die gegenwärtig in Großbritannien und Australien wie Pilze aus dem Boden schießen, scheinen ein solcher Fall zu sein. Dort stehen der Liberalismus und „das Soziale“ thematisch im Vordergrund, und ungeachtet der interessanten Arbeiten, die diese Perspektive hervorgebracht hat, hat es doch dazu geführt, dass sich Anhänger und Kritiker Foucaults gleichermaßen in sinnlose Grabenkämpfe verstrickten. Beide scheinen zu glauben, dass Foucault eine Art *Soziologie* des Liberalismus entwickeln wollte. Wie Nikolas Rose aber darlegt, war Foucaults Interesse an diesem Thema bewusst unzeitgemäß. Gegen die „Offensichtlichkeit“ des Liberalismus gerichtet, ging es darum, die Neuartigkeit des Liberalismus als eine Technologie der Freiheit zu untersuchen und zu problematisieren. Es ging gerade nicht um den Nachweis, dass Gesellschaften wie die unsere „liberale Gesellschaften“ waren oder sind, sondern darum zu zeigen, dass jener politischen Rationalität, die wir Liberalismus nennen, eine konstruktive Logik des Regierens innewohnt. Weit davon entfernt, den Begriff der Regierung zu verabschieden oder eine einfache Systematik „negativer Freiheit“ zu entwickeln, enthielt der frühe Liberalismus tatsächlich ein neues und konstruktives Modell des Regierens, das die Freiheit selbst zu einer Regierungstugend machte.¹

In diesem Sinne versuchten die *Studies of Governmentality*, die sich mit dem Liberalismus beschäftigten, nicht eine Theorie des Liberalismus und seiner verschiedenen Phasen zu entwickeln, sondern beschäftigten sich mit der Frage, in welcher Hinsicht bestimmte Programme in ihren

Zielen als liberal gelten können: es ging also um ihre „Programmatisierung“. ² Weder ging es um eine Billigung des Liberalismus noch darum, liberale oder gar neoliberale Konzeptionen der Freiheit zu unterstützen. Der springende Punkt war vielmehr das Ausmaß, in dem die Freiheit zunehmend als ein den Zielen des Führens zugängliches Vermögen betrachtet wurde, zu bestimmen. Das heißt zu untersuchen, wie aus der Freiheit als abstraktem Ziel des Regierens eine praktische Ressource werden konnte. ³

Wie so oft bei Foucault soll auch der Neologismus *Gouvernementalität* als diagnostisches Instrument dienen; er markiert eine bestimmte Form der Unterscheidung zwischen Gegenwart und Vergangenheit: Die Gegenwart soll gerade nicht auf eine bestimmte historische oder soziologische Konfiguration reduziert werden, wie es einige Theoretiker heute tun, wenn sie leichtfertig von „Formen des Regierens“ reden. Aber tatsächlich unterlegen einige Arbeiten aus der Gouvernementalitätsliteratur-Industrie der Geschichte des Regierens eine veritable evolutionäre Logik, die in soziologistischer Manier vom Stadium der „Polizey“, über den Liberalismus und den Wohlfahrtsstaat zum Neoliberalismus mechanisch fortschreitet. ⁴ Im Gegensatz dazu ist die beste Verwendung des Gouvernementalitätsbegriffs die *weise* Verwendung: Das soll heißen, eine Verwendung, die nicht ein Erklärungsmodell ist, sondern eine Art sanfter, wenn nicht provokativer, wirksamer konzeptueller Hebel, um neue Denkweisen zu entwickeln, vertraute Wege zu verlassen, manche zu demontieren und andere zu erneuern. Anstatt also ein neues Empire zu errichten, sollte diese Art der Forschung ganz bewusst ein Provisorium bleiben. Hier ist Sinn für das Unzeitgemäße, für anthropologische Unterbrechung alles: Es geht um ein spekulatives Denken über die Regierung unserer Fähigkeiten und Vermögen und nicht um die Produktion lehrbuchfähiger Aussagen über das Funktionieren von Gesellschaften im Allgemeinen. Man tut den *Studies of Governmentality* Gewalt an, wenn man sie im Namen einer allzu zeitgemäßen soziologistischen Pädagogik interpretiert und zum Teil einer „Schule“, eines „Ansatzes“, eines politischen Kalküls oder – schlimmer noch – zu einem Instrument von „Theorie“ werden lässt. Wir sollten deshalb skeptisch sein gegenüber den *Governmentality Studies* als Projekt des *Empirebuilding* in den Sozialwissenschaften, weil es auch die „Methoden“ schlicht nicht gibt.

Ein zweites Problem, das einer soziologischen Aneignung Foucaults entgegensteht, war seine Beschäftigung mit den Systemen des Denkens. Foucault betrachtete das Denken als eine technische Fertigkeit des Menschen, mit seiner Umwelt zu interagieren. In diesem Sinne ist Technik, hier folgt Foucault vielleicht seinem Mentor Georges Canguilhem, selbst eine anthropologische Fähigkeit. Foucaults Arbeit kreiste immer um das technische „Auftauchen“ kohärenter Denksysteme. Wie wir wissen, bezeichnete Foucault sich selbst am *Collège de France* als Historiker der „Denksysteme“. Auch wenn Foucaults Werk nicht einfach in einer Soziologie der Ideen aufgeht, war er doch so etwas wie ein Technologieshistoriker; jemand, der mehr an der *Erfindung* interessiert war als an der Fortführung, Routinisierung und Anwendung verschiedener Technologien. Man könnte auch sagen, jemand, der der Entdeckung technischer Innovatio-

nen mehr Aufmerksamkeit schenkte als ihrer Implementierung. Die Betonung der „Systeme“ scheint damit durchaus angemessen: Foucault interessierte das Denken soweit es systematisch war und sich auf nicht-zufällige Weise autonomisiert hatte.

Systematisierung. Wenn wir in Begriffen des Systems denken, könnte man zum Beispiel Foucaults brillante Analyse der klinischen Medizin als eine frühe Form der Komplexitätstheorie verstehen, angewandt auf die Epistemologie der Denksysteme. Ich erwähne dies hier nur, weil ich weiß, dass man sich im deutschsprachigen Raum mit solchen Dingen beschäftigt.

Die medizinischen Systeme des frühen 18. Jahrhunderts hatten in der Medizin zu einer Phase des Ungleichgewichts geführt, dem eine schnelle Übergangsphase gegen Ende des Jahrhunderts folgte, in der unterschiedliche Gegenstände durch einen autokatalytischen Prozess (bestimmte Formen der medizinischen Aufmerksamkeit, Fokussierung auf die Autopsie und bestimmte Formen der Unterweisung in einer bestimmten Institution, der Klinik) zu einem neu „auftauchenden“ epistemischen System zusammengeführt wurden; ein System, das in sich bereits eine bestimmte Vision medizinischen Fortschritts enthielt. Diese Medizin der Klinik war eine Art „technologisches Netz“, ein System einzelner Elemente, das selbsterhaltend aus seiner Umgebung entstand. Weil die Dinge so komplex sind, gibt es hier keine Abstraktionen: Denksysteme haben nichts von der toten Gewichtigkeit einer Ideengeschichte. Eine Analyse der Denksysteme muss auf die Institutionen bezogen sein, auf die komplexen Bedingungen der wirklichen Welt. Nichtsdestotrotz ist die so entstandene Beobachtung eine Beobachtung zweiter Ordnung. Man beobachtet, wie das System beobachtet, und in diesem Sinne wird davon ausgegangen, dass das System funktioniert; die klinische Medizin wird bei ihren eigenen Begriffen genommen. Mit anderen Worten: man versucht nicht, die Leistungen der klinischen Medizin zu beurteilen oder sie nach Art der sozialwissenschaftlichen Disziplinen, die die Prinzipien ihrer Erklärungen immer in der Gesellschaft finden, der Realität aufzudrängen. Im Zentrum der Beschreibung steht vielmehr die Technologie selbst, etwa in der Art wie die Technikgeschichte technologische Erfindungen wie jene der Dampfmaschine beschreibt. Das Auftauchen einer Technologie gehört zur Ordnung der Ereignisse und wird eher von der Angebots- als von der Nachfrageseite analysiert. Foucault ist geradezu besessen von solchen Ereignissen in der Geschichte des Denkens.

Subjektivität. Ebenso verhält es sich mit der *Gouvernementalität* und der Frage der Subjektivität, die damit so oft verbunden wird. Das Wort „Mentalität“ in „*Gouvernementalität*“ ist dabei entscheidend. Denn sobald Subjektivität ins Spiel kommt, geht es nicht um eine Geschichte der Subjektivität als solche, sondern um eine Analyse der Ereignisse in der Geschichte der *Technologien* der Subjektivität. Es geht also um eine Problematisierung der Bereiche der Subjektivität und gleichzeitig um die Problematisierung der Interventionsmittel in diesen Bereichen. Dies ist letztlich auch der Sinn des beliebten Beispiels vom Panoptikum: Es besagt nicht, dass wir immer und überall durch Strafapparate re-

giert werden, sondern dass ein solches Ding wie das Panoptikum ein Ereignis des Denkens ist, das im Bereich des Regierens etwas Neues möglich machte. Es ist keine „Realgeschichte“ der Subjektivität, wir sind nicht ausschließlich „panoptische“ Subjekte, was auch immer das heißen könnte, aber möglicherweise sind wir Subjekte in einer Welt, in der der Panoptizismus ein möglicher Aspekt der Verfahren der Macht ist.

Hierin liegt auch letztlich der Sinn meiner Unterscheidung zwischen „Studies of Governmentality“ und „Governmentality Studies“. Erstere verfahren nominalistisch und sind, im Grunde genommen, eine Übung in der Geschichte des Denkens. Letztere ähneln eher einer realistischen politischen Soziologie auf der Suche nach genau jenen mehr oder weniger gesetzmäßigen Generalisierungen unserer Gegenwart, von denen uns die erstgenannten gerade zu befreien versuchen! Es gibt keine „liberale“ oder „neoliberale“ Subjektivität als solche. Als Subjekte werden wir von allen möglichen Formen der Subjektivität durchkreuzt. Und natürlich versorgen uns Liberalismus wie Neoliberalismus mit – um mit Deleuze zu sprechen – „Fluchtlinien“ der Subjektivität, denen wir folgen können oder die uns folgen; Fluchtlinien unter vielen natürlich, aber nichtsdestoweniger Fluchtlinien.

Tatsächlich lässt sich behaupten, dass im Werk Foucaults keinerlei Annahmen über das Wesen der Subjektivität formuliert werden, abgesehen von der Bemerkung, Subjektivität sei etwas, auf das mittels verschiedener Technologien eingewirkt werden kann. Mit anderen Worten: was hier entwickelt wird, ist eher eine Geschichte technologischer Ereignisse, denn eine Geschichte der Subjektivität an sich. Nicht, dass eine solche Geschichte der technologischen Ereignisse irrelevant wäre für „das, was wirklich geschieht“, aber der Bezugsrahmen ist dabei das Denken selbst. Andererseits: wenn wir uns handelnd auf Realität beziehen, ist dieses Handeln zutiefst vermittelt durch das Denken selbst, so sehr, dass wir vielleicht sagen sollten, dass wir uns in unseren Handlungen eher auf das Denken als direkt auf die Realität beziehen. Insofern ist dieser Ansatz zwar nicht gleichgültig gegenüber jenen Fragen, die die Sozialwissenschaften zuvorderst beschäftigen, aber er hat einen anderen Ausgangspunkt, der als solcher respektiert werden sollte. Andernfalls entsteht vermutlich eine Art symmetrischer Spaltung, wobei die Soziologen die unzureichende Berücksichtigung des Sozialen in den Studies of Governmentality beklagen und diejenigen, die sich mit Gouvernementalität beschäftigen, der Soziologie mangelndes Interesse an Fragen des Regierens vorwerfen. Und das, obwohl beide Forschungen – vom unbekümmerten Amalgam Governmentality Studies einmal abgesehen – gänzlich unterschiedliche Dinge tun. *Vive la difference!*

Damit deutlich wird, worum es hierbei geht, genügt es vielleicht, sich noch einmal an das „Verschwinden des Sozialen“ zu erinnern, von dem die Theoretiker der Gouvernementalität so oft sprechen. Dieser Begriff hat, so sollte man meinen, einen sehr spezifischen, eng umgrenzten Bezug: Und zwar das Verschwinden des Sozialen als ein Terrain der Regierungstechnologien. Eine Schlüsselstellung nimmt hierbei der Liberalismus ein. Die liberalen Regie-

rungsmechanismen des 19. Jahrhunderts postulierten eine Sphäre des Sozialen, die idealiter von den Eingriffen des Staates unabhängig war. Die Autonomie dieser sozialen Sphäre ist zumindest mit dem Auftauchen des Neuen Liberalismus (New Liberalism) am Ende des Jahrhunderts im Verschwinden begriffen, im Sinne einer Linie, die sich von Beveridge bis zum Wohlfahrtsstaat ziehen lässt, und über die das Soziale mit der Regierung des Staates verknüpft wurde. Nicht wenige haben argumentiert, dass der Neoliberalismus das Soziale erneut aus dem Bereich des Regierungshandelns entlässt: ein Versuch des Regierens mit anderen Mitteln.⁵ In diesem Sinne mag es zutreffen, dass wir uns, sei dies nun gut oder schlecht (zweifelloos ist es schlecht), jenseits des Sozialen befinden. Aber der Schluss von diesem Verständnis des Verschwindens des Sozialen als einem zentralen Objekt des Regierens, zu der Behauptung, dass es das Soziale in einem analytischen – oder sogar moralischen – Sinne nicht mehr gibt, ist ein schlichter Kategorienfehler. Es mag eine Art Fehler sein, mit dem die Governmentality Studies gut leben können, nicht aber die Studies of Governmentality. Diese ersetzen die Soziologie nicht – auch wenn sie sie natürlich komplizieren.

2. GEGEN ETHIKEN

Ich wende mich nicht gegen Studies of Governmentality, es sind nur die Governmentality Studies, die mir in eine Sackgasse zu führen scheinen. Studies of Governmentality sollen das vorhandene Repertoire der Sozialwissenschaften ergänzen, es aber nicht ersetzen. Ihre Neuerung besteht in ihrem Versuch, Begriffsgeschichte und Sozialgeschichte zu integrieren und nicht darin, beide unterschiedslos zu identifizieren.⁶ In diesem Sinne ist es den Studies of Governmentality um die Historizität der Ereignisse innerhalb einer Geschichte der Regierungstechnologien zu tun. Und damit sollten sie auch nicht als Teil einer übergeordneten Methodologie (welcher Art auch immer) verstanden werden, sondern als singuläre, diskontinuierliche Forschungsarbeiten: begrenzt, empirisch, hoffentlich maßvoll, aber auch – sofern sie ihre Arbeit gut machen – *unzeitgemäß*, also in einer kontingenten und fragenden Weise auf die Gegenwart bezogen.

Das Unzeitgemäße dieser Forschungen erweist sich üblicherweise daran, dass sie in uns Unbehagen und Unsicherheit über Dinge auslösen, die auf den ersten Blick ganz harmlos und selbstverständlich erscheinen. Die Arbeit von Barbara Cruikshank zur Geschichte der Technologien der Subjektivität – und hier insbesondere zur Gouvernementalität der Selbstachtung – ist ein wunderbares Beispiel dafür.⁷ Etwas, das ganz privat zu sein scheint, das von unten kommt, das Empowerment ist und den Idealen und Praktiken der Freiheit dient, stellt sich als eine der Schlüsseltechnologien heraus, mit denen einige der reichsten Menschen der Weltgesellschaft versuchen, ihre Lebensführung zu regieren. Es ist in diesem Zusammenhang unwichtig, ob tatsächlich alle Menschen es tun und ob es funktioniert, noch weniger, ob die Subjektivität der Menschen vollständig von diesen Werten bestimmt wird. Diese Fragen spielen für die Technologiegeschichte eine Rolle und in diesem Sinne ist

die Arbeit Cruikshanks nicht wirklich soziologisch. Und dennoch *ist* Selbstachtung ein Ereignis in der Geschichte der Technologien der Subjektivität.

Der springende Punkt ist hier vielleicht die Freiheit. Das Unzeitgemäße der Studies of Governmentality liegt häufig – nicht immer – darin, das etwas, das zunächst der Freiheit dienlich scheint, kritisiert und problematisiert wird und auf diese Weise zweideutig, wenn nicht unmöglich, gemacht wird. Es zeigt sich, dass diese Forschung nicht geradlinig und in einem nomologischen Sinn befriedigend arbeitet, wie man an der Arbeit von Nikolas Rose in *Powers of Freedom* sieht.⁸ Aus soziologischer Sicht mag es so scheinen, als würde Rose entweder die These vertreten, dass wir immer freier und freier werden, oder aber dass es nur so aussieht, als ob wir immer freier und freier würden, dies in Wirklichkeit aber nur der Ausdruck einer perfiden List der Macht ist. Tatsächlich ist die These von Rose eine ganz andere und vielleicht subtilere: Es ist schlicht so, dass Freiheit heutzutage eine ambivalente Angelegenheit geworden ist, Freiheit ist selbst Teil unserer Regierungsmentalität geworden. Je nachdem kann das gut oder schlecht sein. Jedenfalls liegen wohl jene falsch, die auf einen maßgeblichen Zuwachs an „positiver Freiheit“ hoffen. Zumindest für manche von uns ist Freiheit gleichermaßen Teil unseres anthropologischen Schicksals wie unserer politischen Hoffnungen. Dies ist kein allgemeiner Tatbestand, der für alle Orten und Zeiten gilt, sondern hat den Status eines Ereignisses, das einmal einsetzte und weiterhin nachwirkt. Roses Blick gehört mit Bestimmtheit zur Klasse der Beobachtungen zweiter Ordnung. Er beobachtet die Beobachtung der Expertisen, der Autoritätsformen, der Untersuchungen. Das heißt, er schreibt eine Geschichte der Technologien der Subjektivität, was eine realistische, philosophische oder normative Analyse aber nicht ausschließt beziehungsweise die Frage, wie die Freiheit sein könnte, wäre sie etwas anderes als heute. Eine Geschichte der Technologien der Subjektivität behandelt die Dinge lediglich anders, auf eine weniger normative, aber vielleicht irritierendere und sozusagen brauchbarere Weise.

Kann man zur zeitgenössischen Subjektivität noch etwas sagen? Ich möchte meinen Beitrag beschließen, indem ich recht knapp jene ethischen und vielleicht auch politischen Aufgaben benenne, die uns in unserem mutmaßlich neoliberalen Zeitalter, sei es ein Neoliberalismus der Rechten oder ein Neoliberalismus dessen, was von der Linken noch übrig ist, erwarten.

Unter neoliberalen Bedingungen gerät die Freiheit selbst zunehmend zu einer Technologie. Wenn die Rede von der neoliberalen Gouvernementalität Sinn machen soll, dann nur, wenn man sie als eine Regierungsweise versteht, die die Macht der „Beauftragten“ eher als die mutmaßlichen „Quellen“ der Macht zu aktivieren sucht, seien diese „Beauftragten“ nun Ärzte, Manager oder was auch immer. Dies bedeutet, dass Freiheit einmal mehr eine Frage der Netzwerke der Freiheit ist, in die unsere Existenz eingebunden ist. Dies ist natürlich keine absolute Freiheit, was auch immer diese sein könnte, aber es sind Netzwerke des Vertrauens, des Risikos, der Wahl. Netzwerke, die uns einladen, die Unwägbarkeiten unseres Lebens durch Unternehmertum und Akte freien Willens zu überwinden. Ist dies

nicht ein veritables eisernes Gehäuse der Freiheit? Die Idee der Freiheit ist untrennbar mit unserem Selbstsein verbunden, gleichzeitig aber ist diese Freiheit in gewissem Sinne auch postsubjektiv, posthuman, insofern das Subjekt nicht das letzte Ziel der Freiheit ist, sondern vielmehr eine ihrer Modalitäten, etwas, durch das die Arbeit der Freiheit hindurchgeht. In diesem Sinne hat Freiheit nichts mit Gemeinschaft oder Individuen zu tun, sondern mit *Kontrolle* und bringt deshalb vielleicht Systematizität (im kybernetischen Sinn), Feedback, und Eliminierung des Rauschens mit sich.⁹ Wie Norbert Wiener sagt, hat die Kybernetik ihren Ursprung nicht zuletzt im Wort *regieren*. Freiheit hat ihren Preis: *kontinuierliche Beobachtung*. Wo immer die Freiheit in unserem neoliberalen Zeitalter auftaucht, gibt es Beobachtung, Audit, Regulierung der Normen. Mit anderen Worten: Formen der Freiheit, die uns in das ganze Kontinuum akzeptabler Formen der (Selbst-)Führung (ökonomisch, finanziell, pädagogisch) einbinden.

Was können wir tun, sofern wir an unserem Wunsch festhalten, diese Verpflichtung zur Freiheit zu überwinden? Gibt es ein *Außerhalb* dieser Freiheit? Gibt es einen Ort für eine andere Freiheit? Wir finden diesen Ort sicher nicht durch den Rückzug in Subjektivismen oder gar im Delirium des poststrukturalistischen Postsubjektivismus, aber – merkwürdig genug – vielleicht im Widerstand gegen die Ethik der Freiheit selbst – im Antisubjektivismus. Vielleicht handelt es sich dabei um ein negatives Prinzip der Freiheit, das uns vom Selbst befreien soll. Ich bin mir nicht sicher, ob dies im Sinne Foucault'scher Einsichten ist oder nicht, jedenfalls aber meint dieser Antisubjektivismus gerade nicht Selbstsorge als Praxis der Freiheit, sondern eine bestimmte *Vernachlässigung des Selbst*. Das würde bedeuten, dass die politischen Fragen, die wir uns stellen, nichts mehr damit zu tun haben, wer wir sind, sondern nur noch mit dem, was wir brauchen oder *wollen*. Die politische Aufgabe sollte es sein, das Politische von Fragen der Subjektivität und der Subjektivierung zu *lösen*, sei es die geistlose Subjektivierung im Namen der Rasse und der ethnischen Identität oder die Identifikationen beeinflussbarer Intellektueller, die partikulären Ideologien verpflichtet sind.

In eben jenem Sinne, in dem Foucault davon sprach, dass das Ziel einer Geschichte der Sexualität nicht sein sollte, uns *durch* Sexualität zu befreien, sondern vielmehr *von* ihr, sollte Politik nicht der Königsweg zu unserem Selbst sein, sondern so radikal wie möglich von diesem abgekoppelt werden. Dies ist leichter gesagt als getan! Aber die Untersuchungen zur Genealogie unserer moralischen Freiheiten, die Arbeiten zu unserer moralischen Platzierung durch verschiedene Formen neoliberaler und anderer Regierungsmentalitäten könnten bereits ein Teil der vielleicht vergeblichen Anstrengung sein. Und auch wenn wir besessen sind von der Frage, wer wir sind, die weitere Reflexion darüber, wer wir vielleicht hätten sein können, ist kein „Ausweg“. Dieser kann nur sein, beide Fragen gleichermaßen zu verwerfen. Denn wie D. H. Lawrence sagte, sterben wir vielleicht noch an unserer Selbstbezüglichkeit.

Aus dem Englischen von Cathren Müller

ANMERKUNGEN:

- 1 Vgl. Michel Foucault: *Governmentality* (1978). In: Graham Burchell / Colin Gordon / Peter Miller (Hg.): *The Foucault Effect. Studies in Governmentality*. Chicago 1991, S. 87-104, deutsche Übersetzung aus dem Französischen in: Ulrich Bröckling / Susanne Krasmann / Thomas Lemke (Hg.): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt am Main 2000, S. 41-67
- 2 Vgl. Andrew Barry / Thomas Osborne / Nikolas Rose (Hg.): *Foucault and Political Reason. Liberalism, Neo-Liberalism and Rationalities of Government*. Chicago 1996
- 3 Vgl. Nikolas Rose: *Towards a Critical Sociology of Freedom*. London 1992
- 4 Vgl. als Beispiel Mitchell Dean: *Governmentality. Power and Rule in Modern Society*. London 2000
- 5 Vgl. Nikolas Rose: *Inventing Our Selves. Psychology, Power, and Personhood*. Cambridge 1996
- 6 Zu den Schwierigkeiten eines solchen Unterfangens in Bezug auf die Geschichte der Grundbegriffe und die Sozialgeschichte vgl. Reinhart Koselleck: *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*. Frankfurt am Main 1979
- 7 Barbara Cruikshank: *The Will to Empower: Democratic Citizens and other Subjects*. Cornell 1999
- 8 Nikolas Rose: *Powers of Freedom. Reframing Political Thought*. Cambridge 1999
- 9 Vgl. Gilles Deleuze: Postskriptum über die Kontrollgesellschaften (1990). In: ders.: *Unterhandlungen 1972-1990*. Frankfurt am Main 1993, S. 254-262

LITERATUR:

- Barry, Andrew / Osborne, Thomas / Rose Nikolas (Hg.): *Foucault and Political Reason. Liberalism, Neo-Liberalism and Rationalities of Government*. Chicago 1996
- Burchell, Graham / Gordon, Colin / Miller Peter (Hg.): *The Foucault Effect. Studies in Governmentality*. Chicago 1991
- Cruikshank, Barbara: *The Will to Empower: Democratic Citizens and other Subjects*. Cornell 1999
- Dean, Mitchell: *Governmentality. Power and Rule in Modern Society*. London 2000
- Deleuze, Gilles: Postskriptum über die Kontrollgesellschaften (1990), in: ders., *Unterhandlungen 1972-1990*. Frankfurt am Main 1993
- Foucault, Michel: Die Gouvernementalität (1978). In: Bröckling, Ulrich / Krasmann, Susanne / Lemke, Thomas (Hg.): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt am Main 2000
- Koselleck, Reinhart: *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*. Frankfurt am Main 1979
- Osborne, Thomas: *Aspects of Enlightenment. Social Theory and the Ethics of Truth*. London 1998
- Rose, Nikolas: *Towards a Critical Sociology of Freedom*. London 1992
- Rose, Nikolas: *Powers of Freedom. Reframing Political Thought*. Cambridge 1999

GRAHAM BURCHELL

HISTORISCHE SUBJEKTE: RASSEN, NATIONEN, KLASSEN. DIE GRENZEN LIBERALER REGIERUNGSRATIONALITÄT

Was nun folgt, ist nicht viel mehr als eine Zusammenfassung beziehungsweise ein Auslegen von Verbindungslinien zwischen den von Michel Foucault 1979 gehaltenen Vorlesungen zum Liberalismus¹ und seiner früheren Vorlesungsreihe am Collège de France *Il faut défendre la société*² 1976. Die Vorlesungen aus diesem Jahr enthalten sehr viel mehr, als ich in diesem Rahmen berücksichtigen kann, und ebenso können noch weitere Verbindungen zu seinen späteren Vorlesungen aufgezeigt werden – was die „Biopolitik“ betrifft zum Beispiel. Bei meiner Betrachtung der früheren Vorlesungen möchte ich ein wenig Abstand nehmen von der Art und Weise, in der liberale und neoliberale Regierungsmentalitäten von einigen Kommentatoren und Kritikern Foucaults betrachtet wurden, und ich möchte versuchen, den Blick ein wenig zu erweitern und die Dinge ein bisschen komplizierter zu machen.

Den Hintergrund meiner Überlegungen bildet eine Frage oder, besser, eine Anzahl von Fragen, die ich fast naturgemäß nicht klar und präzise formulieren konnte und auf die ich keine Antworten habe. Ganz schematisch könnte man sagen, dass sich die Frage auf die möglichen Formen eines kollektiven politischen Willens bezieht, oder wenn man so will, auf kollektive politische Subjektivität in einem bestimmten Kontext, der grob durch eine gewisse Vorrangstellung „neoliberaler“ Regierungsrationalitäten gekennzeichnet ist. Welche kollektiven Formen des politischen Willens oder politischer Subjektivität sind heute möglich, und auf welcher Grundlage werden oder können solche Formen gebildet werden? Zunächst möchte ich einige Bemerkungen allgemeiner Art formulieren, um die Perspektive, die ich einnehme, deutlich zu machen.

I.

Es ist vielleicht überflüssig, darauf hinzuweisen, dass „Liberalismus“ und „Neoliberalismus“ in den Untersuchungen Foucaults keine Gesellschaftsformen charakterisieren, die Begriffe bezeichnen noch nicht einmal Regierungstypen. Foucault nimmt in seiner Analyse des Liberalismus eine besondere, gerichtete *découpage* des politischen Regierungsdenkens vor. Der Liberalismus, so sagt er, und hier meint er auch den „Neoliberalismus“, kann als „politische Rationalität“, als „ein Prinzip und eine Methode in der Ausübung des Regierens“, als eine „kritische“ „Regierungsrationalität“, die mit der Existenz der „Gesellschaft“ als Bedingung und Ziel des Regierens „einsetzt“, auf deren Basis und in deren Begriffen die Fragen der Notwendigkeit, der Methoden, Ziele und Grenzen des Regierungshandelns formuliert werden, verstanden werden. Foucault beschreibt den Liberalismus als ein:

„polymorphes und wiederkehrendes kritisches Instrument des Regierens (...) eine Form der kritischen Reflexion auf Praktiken des Regierens, die diesen Praktiken innerlich oder äußerlich sein kann.“³

Ich wiederhole diese inzwischen wohlvertrauten Formulierungen nur deshalb, weil ich auf einen sehr einfachen Punkt hinweisen möchte. Liberalismus ist, wie Foucault sagt, „eine der ständigen Dimensionen des politischen Lebens (...) eines seiner konstituierenden Elemente“ – was nahe legt, dass es noch weitere gibt. Der Liberalismus ist und war nie die einzige Regierungsrationalität. In seiner 1979 gehaltenen Vorlesung *Naissance de la biopolitique*, die in weiten Teilen der Analyse von Adam Fergusons *A History of Civil Society* gewidmet ist, unterscheidet Foucault zwischen drei möglichen Antworten auf die, wie er sagt, *unvermeidliche* Frage, wie die Ausübung politischer Macht reguliert, bemessen und begrenzt werden kann.⁴

Foucault bestimmt zuerst ein Modell der Regulierung politischer Macht durch die Klugheit des Herrschers, eine Klugheit, die auf Wahrheit gegründet ist. Das heißt, nach diesem Modell sollte die Ausübung politischer Macht durch eine Klugheit angeleitet werden, die auf einer sozusagen kosmo-theologischen Ordnung der Dinge ruhte, auf dem Wissen um die göttlichen und menschlichen Gesetze, um die Gebote Gottes und so weiter. Die kluge Regierung oder vielmehr der kluge Herrscher war jener, der im Einklang mit der solcherart bestimmten Wahrheit regierte. Foucault nimmt an, dass dieses an Wahrheit orientierte Regierungsmodell nicht aus der modernen Politik verschwunden ist, insofern der Marxismus eine Suche nach einer Gouvernamentalität war, die auf der Rationalität der Geschichte und ihrer allmählichen Offenbarung als Wahrheit beruhte.

Das zweite ist ein Modell des Regierens gemäß der Rationalität des Staates selbst als souveränes Individuum – *L'État c'est moi* – beziehungsweise gemäß der Rationalität dessen oder desjenigen, das oder der als souveränes Selbst anerkannt wird. Dies, so sagt Foucault, entspricht der Regierungsrationalität der Staatsräson. Auch hier weist Foucault wieder darauf hin, dass diese Form der Rationalität des Staats-Individuums nicht mit der modernen Politik aufhört. Es ist leicht, eine ganze Anzahl nationalistischer oder etatistischer Politiken zu finden, die von einer Rationalität des Staates als einer Art souveränen Individuum geprägt waren und sind.

Die liberale Regierungsrationalität schließlich führt die rationale Selbstführung der Regierten als neues Element in die Prinzipien der Regierungskunst ein, ohne jedoch dabei die beiden anderen Modelle der Regierungsrationalität oder Prinzipien der Ausübung politischer Macht vollständig abzulösen. Das heißt, die liberale Regierungsrationalität sucht, die Rationalität der Regierung auf die Rationalität der freien „ökonomischen“ Subjekte oder, allgemeiner, auf die interessierten Subjekte innerhalb des natürlich-historischen Rahmens einer „Gesellschaft“ oder „Nation“ zu gründen.

Interessanterweise bemerkt Foucault, dass das moderne „politische Leben“ – das Feld, in dem das Recht und die Fähigkeit zu regieren beansprucht wird und in dem Konflikte, Rivalitäten und Debatten zwischen jenen ausgetragen

werden, die diese Rechte und Fähigkeiten beanspruchen – selbst aus dem Wechselspiel zwischen den verschiedenen Weisen der Rationalisierung des Regierens entstanden ist, aus der Art und Weise, wie sie sich unterstützten, in Konflikte gerieten und aus den Debatten und Problemen, die die verschiedenen Rationalitäten hervorbrachten.

In diesem Sinne ist der Liberalismus für Foucault eine ständige „Dimension“ und ein „konstituierendes Element“ des modernen „politischen Lebens“, aber weder definiert er das politische Feld, in dem er funktioniert, noch erschöpft sich das Politische in ihm. Dies heißt nicht, die in Bezug auf die beiden anderen Modelle vergleichsweise Originalität und außerordentliche Erfindungsgabe des Liberalismus zu bestreiten. Vom 19. Jahrhundert an lassen sich unschwer eine ganze Reihe von Regierungstechnologien ausmachen – „Biopolitik“, Gesundheit, soziale Sicherheit, Erziehung, Ausbildung, Recht und Ordnung –, für die liberale beziehungsweise heutige neoliberale Formen der Problematisierung grundlegend waren. Auch lassen sich die Abstimmung verschiedener Technologien aufeinander und die Herausbildung systematischer Handlungsmodelle beobachten. Auch wenn es stimmt, dass Technologien spezialisierte Erfindungen im Hinblick auf bestimmte Probleme in verschiedenen Bereichen sind, sofern sie einen gemeinsamen Problembereich besetzen oder aus ihm entstehen, sind ihnen formale Eigenschaften gemeinsam, die sie dazu befähigen, füreinander als Modelle zu dienen. Modelle die, wenn man so will, angewandt, übernommen, kombiniert, verfeinert und exportiert werden können.

Wie auch immer, ein grundlegendes Prinzip der Foucault'schen Analyse, das ich hervorheben möchte, scheint mir jenes radikaler Äußerlichkeit gleichermaßen des, wenn man so will, „Entdeckungs-“ und „Anwendungskontextes“ zu sein. Als „Instrument der Kritik“, als „Regierungsrationalität“ ist der Liberalismus weder eine einfache Deduktion aus einer idealen Menge formaler Prinzipien, noch lässt er sich aus einem gegebenen Gesellschaftstyp ableiten. Als historische Problematisierungserfindung, als Ereignis des politischen Denkens ist der Liberalismus das Ergebnis eines genealogischen Prozesses, das eine Anzahl heterogener Elemente des Denkens und Handelns zusammenführt. Ebenso wenig lassen sich Regierungstechnologien aus einer formalen Essenz des Liberalismus ableiten, sondern sind genauso Erfindungen, die aus bestimmten Problematisierungen entstanden sind. Ein Beispiel: Foucault geht davon aus, dass das Auftauchen der „Biopolitik“ als Problem des Regierens, die Form einer „Herausforderung“ für den Liberalismus annahm.⁵ Es war nicht klar – und vielleicht ist es das immer noch nicht – inwiefern es eine eindeutig „liberale“ Lösung dieser Probleme geben könnte. Im Foucault'schen Sinne war der Liberalismus natürlich ein fundamentaler Bestandteil, Bevölkerung als ein Managementproblem oder eine Menge von Problemen des Regierens zu formulieren. Wie auch immer, die den Phänomenen eigenen, inhärenten Eigenschaften wurden zu *Problemen* des Liberalismus, ohne dass er die entsprechenden „Lösungen“ für sie anbot. Das heißt, die Techniken und Methoden, die tatsächlich zur Regierung von Gesundheit, Hygiene, der Geburtenrate, der Rassen und so weiter erfunden

wurden, konnten und wurden nicht aus dem „Liberalismus“ selbst abgeleitet. Zudem ist in keiner Weise geklärt, ob die durch den, wenn man so will, „realen Liberalismus“ entwickelten Lösungen tatsächlich so eindeutig „liberal“, „erfolgreich“ waren und nicht vielmehr unvorhergesehene, aber bedeutsame Effekte zeitigten, die schließlich eine Neuformulierung der liberalen Rationalität erforderten. Vielleicht ist dies alles selbstverständlich und bedarf nicht mehr der Erwähnung, aber ich wollte die Grenzen aufzeigen, innerhalb derer „Liberalismus“ und „Neoliberalismus“ aus meiner Sicht untersucht werden sollten.

II.

Ein interessantes Merkmal jener zwei Nachkriegsliberalismen – der deutschen Schule der Ordoliberalen und der amerikanischen „Neoliberalen“ –, die Foucault in seiner 1979 gehaltenen Vorlesungsreihe behandelt, scheint mir ein gewisser Antihistorismus oder anti-historischer Rationalismus zu sein. Eine vielleicht übertriebene Formulierung, die aber den wichtigen Unterschied zwischen diesen Liberalismen und dem frühen oder klassischen Liberalismus des 19. Jahrhunderts deutlich herausstellt.

Es stimmt, dass die beiden „modernen“ Formen des Liberalismus einen starken und expliziten Bezug zu bestimmten historischen Erfahrungen haben. Das von den deutschen Ordoliberalen formulierte Problem war wesentlich durch das Versagen des deutschen Liberalismus vor dem Krieg, die Erfahrung des Nationalsozialismus, den Zerfall des deutschen Staates und der deutschen Gesellschaft geprägt. Ihre Frage war, wie die Bildung eines neuen Staates, der durch die Tätigkeit des Marktes legitimiert sein sollte, möglich sein könnte. Die Ordoliberalen formulierten jedenfalls eine sehr spezifische Konzeption des Marktes. Für sie war der Markt nicht länger ein quasi-natürliches Objekt, über dessen Eigengesetzlichkeit und immanente Dynamik die Regierung zu wachen hat. Der Markt wurde wesentlich durch das Eingebundensein der Individuen in ein formales Spiel des *Wettbewerbs* – im Unterschied zum „natürlichen“ Spiel des Tausches – definiert. Das Spiel des Wettbewerbs bildete für die Ordoliberalen eine Art ideales oder formales Objekt, das nur unter ganz bestimmten durch die Regierung künstlich oder bewusst hergestellten Bedingungen existieren und seine Effekte zeitigen konnte.⁶

Für die amerikanischen Neoliberalen der Chicago Schule bildeten die Erfahrung der Politik des New Deal, die Planwirtschaft während des Krieges und die „keynesianische“ Politik der Demokraten den Ausgangspunkt. In ihren Augen hatten all diese Programme zwangsläufig schädliche Auswirkungen auf Ausmaß und Kosten des Regierens und auf die Ökonomie selbst. Man suchte – und dies ist wieder eine sehr grobe Vereinfachung von mir –, ein abstraktes Modell des systematischen Charakters ökonomischen Handelns für *jede* Handlung, die „Realität anerkennt“, zu verallgemeinern. Man versuchte, dieses „ökonomische“ Modell des Handelns zu formalisieren und seinen Geltungsbereich auch auf jene Sphären auszudehnen, die zuvor als nicht-ökonomisch galten und der bevorzugte Ort staatlicher Interventionen in der „Gesellschaft“ gewesen waren.⁷

An dieser Stelle möchte ich für einen Augenblick zum Ausgangspunkt meiner Überlegungen zurückkehren. In unterschiedlicher Weise verfolgen beide Formen des modernen Liberalismus eine Art der *Denaturalisierung* und *Dehistorisierung* des Objekts und des Ziels des Regierens. Beide scheinen auf diese Weise ein Element der Ungewissheit auf der Ebene der Mittel und Ziele einzuführen, „in deren Namen“ die Ansprüche, entsprechend einer „liberalen“ Rationalität zu regieren, erhoben werden. Anders gesagt, eine Ungewissheit in Bezug auf die kollektiven Formen politischen Willens beziehungsweise der kollektiven „Subjektivität“, in denen oder der sich die Regierten erkennen sollen. Ich spreche deshalb von Ungewissheit, weil man auch argumentieren könnte, dass für eine Regierung keinerlei Notwendigkeit besteht, sich auf eine übergeordnete kollektive Identität oder einen kollektiven Willen zu berufen, in deren Namen sie regieren. Die Tatsache jedenfalls, dass sich in Wirklichkeit alle Regierungsanwärter – in unterschiedlicher Weise und mit unterschiedlichem Effekt – auf ein solches Prinzip berufen, legt nahe, dass diese Dimension des „politischen Lebens“ mehr ist als nur ein Epiphänomen oder bloßer Zynismus. Für den Moment möchte ich nur festhalten, dass die modernen Formen des Liberalismus die Verbindung zwischen dem rationalen Prinzip der *Ausübung* des Regierens und dem übergeordneten Prinzip der kollektiven Identität, *in deren Namen* regiert wird, durchtrennt, geschwächt oder aber zumindest verwischt haben.

Ein wesentliches Merkmal des, wie ich es nannte, frühen oder klassischen Liberalismus – also jener Liberalismus, der gegen Ende des 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstand – war die Problematisierung des Regierens in Bezug auf etwas, das man sich als natürlich-historisches Objekt oder natürlich-historischen Bereich vorstellte, der seine eigenen quasi natürlichen Gesetze und eine ihm immanente historische Dynamik besäße. Dieses natürlich-historische Objekt, das heißt die *bürgerliche Gesellschaft*, die *Gesellschaft* oder die *Nation*, bildete für den Liberalismus den Horizont, das Ziel und den Zweck des Regierens, das Objekt, über dessen Existenz und immanente Finalität die Regierung zu wachen, für das sie Sorge zu tragen hatte und das sie unterstützen sollte. Der Liberalismus problematisierte also die Notwendigkeit, die Ziele, die Methoden und die Grenzen des Regierens sozusagen *im Namen der Gesellschaft oder der Nation*, im Namen ihrer spezifischen Natürlichkeit, Historizität und immanenten Finalität. In dieser „Gesellschaft“ oder „Nation“, die als das Prinzip kollektiver Identität angeboten wurde, sollten sich die Regierten wieder erkennen. Wie bereits erwähnt, und wie ich später noch zeigen werde, sind die Begriffe „Gesellschaft“ und „Nation“ offen für eine ganze Reihe verschiedener Inhalte und Bedeutungen. In der modernen oder „neoliberalen“ Rationalität fehlt genau dieses Merkmal, nämlich dass das Ziel des Regierungshandelns seinem Objekt bereits immanent ist. Diese Abwesenheit betrifft die Ausübung des Regierens und die kollektive Form politischer Subjektivität beziehungsweise des politischen Willens gleichermaßen. Wenn es also tatsächlich ein Prinzip kollektiver politischer Identität oder des politischen Willens geben muss, in dessen Namen Regierungen regieren und in denen sich die

Regierten wieder erkennen können, so stellt sich die Frage, welches heute die tatsächlichen und potenziellen Quellen solcher Prinzipien sein könnten und welche Verbindungen oder Allianzen sie mit der Regierungsrationalität in ihrer Ausübung, ihren Verfahren und Techniken eingehen.

Dies ist zu einem großen Teil eine empirische Frage und eine des politischen Experiments und der politischen Erfindungsgabe. Wie ich schon sagte, kann ich keine Antworten auf diese Frage anbieten, sofern es hier überhaupt etwas zu fragen gibt. Im Folgenden werde ich sehr kurz und schematisch die Formen, in der die „liberale“ Problematisierung der Gesellschaft beziehungsweise der Nation historisch mit einem solchen Prinzip kollektiver Identität oder kollektivem Willen verbunden waren, anhand eines Beispiels beschreiben. Ich werde mich dabei ausschließlich und sehr selektiv auf Foucaults Vorlesungsreihe aus dem Jahr 1976 stützen.

III.

In der Vorlesung zu Adam Ferguson⁸ bemerkt Foucault, dass die Bestimmung der „bürgerlichen Gesellschaft“, der „Gesellschaft“ und der „Nation“ als das natürlich-historische Objekt-Ziel der Regierung, das Problem der Ausübung politischer Macht umschreibt. Obgleich dieses Problem in Deutschland, Frankreich und England auf unterschiedliche Weise gefasst wurde, so schreibt er, gibt es einen gemeinsamen Referenzpunkt. Sehr allgemein sagt er, dass sich das Problem wie folgt darstellt: Gegeben, dass die Gesellschaft mit ihren intrinsischen, historisch entstandenen Machtformen bereits existiert, welche politisch-rechtliche Kodifizierung der Macht ist dann möglich und wie kann sie in Beziehung zu dieser bereits existierenden Gesellschaft funktionieren?

In Deutschland – und hierbei denken wir vielleicht an Hegel – stellte sich das Problem, so Foucault, als eines von bürgerlicher Gesellschaft und Staat. Der Staat erscheint entweder als in direkter Opposition zur bürgerlichen Gesellschaft stehend oder aber als selbstbewusste Realisierung und geschichtliche Enthüllung der Wahrheit und damit als das Ende der Geschichte. In England, sagt Foucault, war das Problem nicht die Beziehung von Staat und bürgerlicher Gesellschaft, denn in England betrachtete man den Staat nicht als Problem. Das Problem war vielmehr die Frage, ob jenseits der durch und innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft selbst entstandenen natürlichen Formen der „Selbst“-Regierung eine zusätzliche politische Regierung überhaupt nötig sei. In Frankreich schließlich stellte sich das Problem von Gesellschaft und politischer Macht, zumindest im 19. Jahrhundert, in Bezug auf die historische Rolle des Dritten Standes als Führer und Träger der französischen *Nation*. Dieser „französischen Linie“ möchte ich im Folgenden nachgehen.

Foucaults Unterscheidung zwischen Deutschland (Philosophie), England (politische Analyse) und Frankreich (historische Analyse) in Bezug auf die politische Objektivierung der „Gesellschaft“ beziehungsweise der „Nation“ erinnert, und vielleicht ist es tatsächlich eine bewusste ironische Abwandlung, an Lenins berühmte Bestimmung der drei Quellen und Bestandteile des Marxismus: deutsche Philosophie,

englische Politische Ökonomie und französischer Sozialismus.⁹

Im *Kommunistischen Manifest* schreiben Marx und Engels: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen“.¹⁰ In einem berühmten Brief an Weydemeyer rügt Marx die Kritiker der, wie er sagt, „Bourgeoisliteratur“ und empfiehlt ihnen, sich mit der vergangenen „Geschichte der Klassen“ durch die Lektüre der Werke von Thierry, Guizot und anderen vertraut zu machen.¹¹ Er schreibt:

„Was mich nun betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz der Klassen noch ihren Kampf unter sich entdeckt zu haben. Bürgerliche Geschichtsschreiber hatten längst vor mir die historische Entwicklung dieses Kampfes der Klassen (...) dargestellt.“¹²

Wenn wir uns einem der von Marx empfohlenen „bürgerlichen Geschichtsschreiber“ zuwenden, entdecken wir eine ganz ähnliche Verzichtserklärung. 1820 schreibt Thierry:

„Der Himmel ist unser Zeuge, (...), dass nicht wir als erste die schreckliche, düstere Wahrheit heraufbeschworen haben, dass es auf Frankreichs Boden zwei feindliche Lager gibt. Man muss es sagen, denn die Geschichte beweist es (...).“¹³

In der Tat finden wir bei Thierry, Guizot und anderen eine Geschichte der „Kämpfe“, jedoch hat sie einen etwas befremdlichen Klang. Im selben Absatz fährt Thierry fort:

„Wie sehr auch diese beiden *Urrassen* sich in physischer Hinsicht gemischt haben mögen, ihr ständig widersprüchlicher Geist lebt fort bis zum heutigen Tage in zwei *stets voneinander verschiedenen* Teilen der vermischten Bevölkerung (...).“¹⁴

Guizot, der im selben Jahr über die Französische Revolution schreibt, sagt:

„Die Revolution war ein Krieg, so wie ihn die Welt als Krieg zwischen fremden *Völkern* kennt. Seit dreizehn Jahrhunderten beherbergte Frankreich zwei *Völker*, ein *Siegervolk* und ein *Volk* der Besiegten (...) Franken und Gallier, Herren und Bauern, Adlige und Bürgerliche (...). Der Kampf tobte zu allen Zeiten, in allen Formen, mit allen Waffen (...).“¹⁵

In diesem Sinne finden wir bei den „bürgerlichen Geschichtsschreibern“ von Marx tatsächlich eine Geschichte des „Klassenkampfes“, aber dieser Klassenkampf ist überlagert von oder stellt sich dar als Kampf oder sogar *Krieg* zwischen „*Rassen*“, „*Nationen*“ oder „*Völkern*“.

Mit diesen Bemerkungen führen Thierry und Guizot einen politisch-historischen Diskurs, der in Frankreich zum ersten Mal Ende des 17. Jahrhunderts auftaucht, fort und verändern ihn. Dieser Diskurs war wesentlich durch Boulainvilliers eingeführt worden und brachte die Auffassung zumindest eines Teiles des französischen Adels zum Ausdruck, der seine Abstammung von den Franken herleitete. Seinen Höhepunkt erreichte dieser Diskurs zur Zeit der Französischen Revolution, in deren Folge er eine tiefgreifende Wandlung erlebte. Die Vorlesungen Foucaults von 1976 widmen der Form und Entwicklung dieses politisch-historischen Diskurses beachtlichen Raum. Im Folgenden möchte ich seine historische Flugbahn sehr knapp und selektiv nachzeichnen.

In *The Ancient Constitution*¹⁶ zeigt Pocock, dass bis etwa Ende des 17. Jahrhunderts das Studium der Vergan-

genheit ein Studium des Rechts war. Tatsächlich wurde in Frankreich bis zum 19. Jahrhundert Geschichte an den juristischen Fakultäten studiert und geschrieben. Allgemeiner gesagt, war Geschichte die Geschichte der Souveränität: ein Diskurs *über* die Souveränität, der *innerhalb* der Souveränität entwickelt wurde und wirksam war. Gegen Ende des 17. Jahrhunderts nun entstand in Frankreich ein neuer politisch-historischer Diskurs, der weder ein Diskurs über die Souveränität noch eine Funktion der Souveränität war. Sein Thema und die Probleme, die er aufwirft, konzentrieren sich um die Frage der Eroberung und Unterwerfung Galliens durch die Franken. Das Thema der Franken und Gallier war an sich nicht neu, jedoch beschwor die Thematisierung von Eroberung und Unterwerfung grundlegende Probleme des öffentlichen Rechts herauf. So wurde die „Eroberung“ Galliens durch die Franken noch im frühen Mittelalter durch den Mythos von den trojanischen Ursprüngen harmonisiert. Der Mythos von der trojanischen Abstammung der Franken diente als eine Lektion in öffentlichem Recht, insofern die Franken, die Söhne Trojas, als Erben des Römischen Reiches gelten konnten und der französische König dieselben Souveränitätsrechte wie die römischen Kaiser beanspruchen konnte, die ebenfalls von Troja abstammten. Der Mythos störte die bruchlose Kontinuität des Rechts nicht, die – unter Vermeidung realer Invasionen und Unterwerfungen – in Troja ihren Anfang nimmt und über einige Umwege schließlich den französischen König erreicht. Die Einführung einer *realen* fränkischen Invasion in Gallien, eines *Eroberungsfeldzuges*, geführt gegen Römer und Gallier, erschütterte nun diese Funktion des Mythos. Es war ein Verstoß gegen die Kontinuität des Römischen Imperiums, vor allem aber führte es das neue Thema und das neue Problem einer fundamentalen *nationalen Dualität* ein, eines Antagonismus, Kampfes und sogar permanenten Krieges zwischen zwei „Gesellschaften“ oder „Nationen“ als Basis des französischen Staates.

Foucault zufolge entsteht der neue historisch-politische Diskurs im Zusammenhang mit einem Problem politischer Erziehung: Wie sollte die Erziehung des Enkels des Königs, des Herzogs von Burgund, beschaffen sein? Welches Wissen braucht ein Fürst, um einen Staat regieren zu können?

Das zur Bewältigung dieser Aufgabe mobilisierte Wissen bildete eine Unmenge an Information über den „Zustand Frankreichs“¹⁷, gesammelt und zusammengetragen durch die administrative Maschinerie der absoluten Monarchie, das heißt von seinen *Verwaltern*. Die Aufgabe, die beiden Bände des Berichtes zu präsentieren, wurde einem Mitglied der Aristokratie überantwortet – Boulainvilliers –, der den Report durch einen kritischen Essay über die alte Regierung Frankreichs ergänzte.

Die Zielscheibe des Essays von Boulainvilliers ist das Macht/Wissen-Dispositiv der Staatsräson, das den Verwaltungsstaat und die absolute Monarchie miteinander verbindet. Boulainvilliers greift darin gleichermaßen das juristische Wissen der Gerichtshöfe und der Kanzlisten an, die lediglich die absolute Macht des Königs zurückspiegeln, und das Verwaltungswissen jener, die die rechtmäßige Position des Adels vis-à-vis dem König usurpiert haben. Er beschreibt das Wissen des Königs als ein durch die absolutistische

Verwaltung des Staates überwältigtes und bestimmtes Wissen, das heißt: durch das Wissen des absolutistischen Verwaltungsstaates von sich selbst. Tatsächlich ist die Behauptung, Boulainvilliers sei gegen dieses vom administrativen Know-How der *Verwalter* gesammelte Wissen, nicht ganz richtig. Viel eher re-interpretiert und verlagert Boulainvilliers die durch die Strukturen und Praktiken des Verwaltungsstaates erlangten Informationen und Analysen in einem *historischen* Zugang, der zu zeigen sucht, wie der König seinen illegitimen absolutistischen Status erwarb und wie der fränkischen Aristokratie ihre Rechte und ihre Macht sukzessive durch jene – die Gallier – entzogen wurden, die sie in der ursprünglichen Invasion des römischen Galliens unterworfen hatten, und die aber nun dabei waren, die Kirche, das Recht und die Verwaltung des Staates zu besetzen. Boulainvilliers schreibt die Geschichte Frankreichs als Geschichte des Kampfes zwischen zwei unterschiedlichen „Nationen“ – Franken und Gallier – wobei der Staat das historische Ergebnis dieses kontinuierlichen Kampfes und zugleich sein Instrument ist. Wie Foucault sagt, stellt die Geschichte Boulainvilliers ein genuines „Gegen-Wissen“ zur Verfügung, in dem Sinne, dass das Ziel dieser historischen Forschung darin besteht, den Adel mit dem Wissen auszustatten, das er braucht: *seinem* Wissen. Ein Wissen, das den Adel aufrütteln soll, indem es seine Erinnerung wieder erweckt und ihn zu politischem und historischem Selbstbewusstsein führt, damit der Adel wieder ein politisches Subjekt werden kann. Das historische Wissen wird bei Boulainvilliers zu einem Instrument des politischen Kampfes, das die Verbindung von königlicher Macht und Verwaltung löst und die Einheit von *Savoir* des Königs und Verwaltungskennntnis bricht, indem es sich selbst dazwischenschiebt.

Mit den „zwei Nationen“ führt Boulainvilliers ein Verständnis von „Nation“ ein, das sich deutlich von der vorherrschenden territorialen und juristischen Vorstellung unterscheidet, bei der die Nation in Grenzen eingeschlossen und in der juristischen Form des Staates enthalten ist. Die These Boulainvilliers deterritorialisiert und dejuridifiziert die Nation und man könnte sagen, sie „sozialisiert“ sie in gewisser Weise. In den Augen Boulainvilliers ist die Nation weder in der Rechtsform des Staates aufgehoben noch ist sie durch ein bestimmtes Territorium begrenzt. Die Nation ist vielmehr eine Art „Gesellschaft“ im Sinne eines spezifischen natürlichen Zusammenschlusses von Individuen mit ihrer eigenen Sprache, ihren eigenen Institutionen, Gebräuchen, Sitten und ihrem eigenen Gesetz. Gesetz allerdings nicht im Sinne der juristischen Kodifizierung der Staatssouveränität. Die fränkische Kriegeraristokratie, die in das römische Gallien einfiel und es eroberte, ist eine so verstandene Nation mit ihrer eigenen Psychologie und ihrem eigenen Charakter (der Ursprung der „blonden Bestien“ Nietzsches). Nationen sind insofern die Subjekt-Objekte der Geschichte oder, besser, bestimmter *Geschichten*, *ihrer* unterschiedlichen Geschichten, als Nationen in einer kontingenten und *äußerlichen* Beziehung zueinander stehen, die ihrem Wesen nach antagonistisch ist. „Nationen“ oder „Gesellschaften“ sind dem Staat äußerlich und führen ihre permanenten Kämpfe sowohl innerhalb eines einzelnen Staates als auch über die Staatsgrenzen hinweg, ihre Kämpfe werden mithilfe und in-

nerhalb von Institutionen, ökonomischen Beziehungen, Gesetzen, Sprachen und politischen Formen ausgefochten. Ihre Geschichte zu schreiben, heißt somit, die Wendepunkte des unendlichen Kampfes unter der ruhigen Oberfläche von Gesetz und Staat zu entziffern. Der Staat ist hier nicht mehr als ein historischer Ausdruck und ein Element dieses Krieges, ein Mittel, durch das der Krieg fortgesetzt wird.

Der Diskurs Boulainvilliers konstituiert eine Art politisch-historisches Kontinuum, das heißt ein Feld, in dem historische Analyse und politisches Kalkül dasselbe Objekt haben: die Kräfteverhältnisse in einem andauernden Krieg. Das historische Wissen wird zudem selbst durch dieses Kräfteverhältnis begründet und stellt einen Versuch dar, es zu beeinflussen. So kann es auch nicht oberhalb des Kampfes entstehen, ihn vermeiden oder umgehen, denn es wird von ihm getragen und funktioniert als ein Element, eine Waffe und eine Taktik innerhalb seiner. Mit Boulainvilliers ist die Geschichte

„(...) zu einem Wissen um Kämpfe geworden und entfaltet sich und funktioniert in einem Kraftfeld: Politischer Kampf und historisches Wissen sind von nun an nicht mehr zu trennen. (...) die Strategie und das zu diesen Kämpfen gehörende Kalkül [artikulieren sich] in einem historischen Wissen der Entzifferung und der Kräfteanalyse.“¹⁸

Diese „spezifisch moderne Dimension der Politik“ betrachtet Foucault als den Kern dessen, was er „Historismus“ nennt, bei dem

„das historische Wissen (...) zum Kampfelement werden konnte: zugleich als Beschreibung der Kämpfe und als Kampf-Waffe.“¹⁹

Die „Gesellschaft“, die „Nation“, die in diesem Diskurs auftaucht, ist, so Foucault, ein neues Subjekt der Geschichte. Ein neues Subjekt in dem doppelten Sinne, gleichzeitig das *sprechende Subjekt* und das *Subjekt der untersuchten Geschichte* zu sein. Diese neue politisch-historische Subjektivität, dieses Partisanensubjekt des politisch-historischen Diskurses und umkämpfte Subjekt des historischen Kampfes ist, wie Foucault sagt, ein wesentlicher Baustein in der Genealogie der revolutionären Frage der Nation, des Nationalismus des 19. Jahrhunderts und schließlich der Konzepte von Rasse und Klasse.

Mit dem Ende des 18. Jahrhunderts hat sich diese neue Form des historisch-politischen Diskurses über den Adel hinaus verallgemeinert und wird von allen Gruppen innerhalb des Staates – „Nationen“, Ständen und Klassen – als Waffe zur Durchsetzung ihrer Ansprüche eingesetzt. Der Diskurs funktioniert als eine Art taktisch polyvalentes Erkenntnisraster, das von den verschiedenen widerstreitenden Kräften genutzt wird. Wie François Furet bemerkt, berufen sich mehr als die Hälfte der unzähligen Pamphlete, die in der Zeit vor der Französischen Revolution entstanden sind und zirkulierten, auf die „Rechte der Nation“ und verwenden dabei die Form einer historischen Erzählung, die bei den Franken beginnt.²⁰ Als ein Ergebnis dieser Verallgemeinerung verzweigt sich der Diskurs mehr und mehr in komplexen Bearbeitungen des „Zwei-Nationen“-Themas der verschiedenen Kräfte. Ich möchte mich hier auf seinen Einsatz und seine Revision durch den Dritten Stand beschränken; eine Neuausarbeitung des Themas, die die Freiheit

vom Kriegsethos der Franken und den Absolutismus von den Römern loslöst.

Für den Dritten Stand sind nicht länger die Franken Boulainvilliers die Träger der Freiheit, und die Form, die die Freiheit annimmt, ist nicht länger jene der Ausübung von Herrschaft durch Eroberung einer Kriegsgesellschaft. Die Geschichte des Dritten Standes als Geschichte der *Stadt* macht die Gallier zu Trägern der Freiheit. Bei diesem Zugang werden die Städte zu den Bewahrerinnen der alten gallischen und römischen Freiheiten, und es ist die Stadt, in der der Dritte Stand zum Agenten von Reichtum, Wohlstand und Recht wird. Gleichzeitig erscheint Rom weniger imperial-absolutistisch denn *liberal*. Der Bezugspunkt ist nicht länger das imperiale Rom, sondern das Rom kommunaler Freiheiten.

Der Dritte Stand wird hier zu einem selbstkonstituierten historischen Subjekt nationalen Reichtums, der Wohlfahrt und des Rechts. Anfangs, so schreibt Foucault, nahm der Dritte Stand eine marginale Position im historisch-politischen Feld ein und neigte dazu, gegen den „Historismus“ zu opponieren: einerseits durch ein Programm aufgeklärten Despotismus', bei dem die königliche Macht im Namen der administrativen Expertise begrenzt sein würde und andererseits durch einen a-historischen Konstitutionalismus von Naturrecht und Gesellschaftsvertrag. Die Notwendigkeit, auf den verallgemeinerten politischen Einsatz der Geschichte durch den Adel zu antworten, verpflichtete nach Foucault den Dritten Stand, sich im historisch-politischen Feld zu positionieren. Der Dritte Stand überwindet seine marginale und benachteiligte Position in diesem Feld eher durch eine *politische* denn *historische* Fassung der „Nation“. Umgekehrt ermöglicht dies eine neue Art des historischen Diskurses.

Der Abbé Sieyès und sein berühmter Text *Qu' est-ce que le Tiers État?*, der am Vorabend der Revolution entstand, sind repräsentativ für diese Position. Folgt man Furet, so besteht der Geniestreich Sieyès' darin, die neue nationale Identität gerade rechtzeitig bestimmt zu haben.²¹ Man könnte sagen, dass man bei Sieyès so etwas wie eine *Nationwerdung* beobachten kann. Er schreibt:

„(...) der dritte Stand braucht nicht zu fürchten, in vergangene Zeiten zurückzugehen. Er braucht sich nur in das Jahr zurückzusetzen, das der Eroberung vorherging, und weil er heute stark genug ist, um sich nicht erobern zu lassen, wird ohne Zweifel sein Widerstand wirksamer sein. Warum sollte er nicht alle diese Familien in die fränkischen Wälder zurückschicken, die den närrischen Anspruch wahren, sie seien dem *Stamme* der Eroberer entsprossen und hätten ihre Rechte geerbt? Wenn die Nation dann *gereinigt* ist, wird sie sich, glaube ich, darüber trösten, dass sie sich jetzt nur als eine Zusammensetzung der Gallier und Römer zu betrachten hat.“²²

Abgesehen von dieser Referenz (bei gleichzeitiger Verwerfung), die Sieyès dem „rassischen“ und „nationalen“ Thema erweist, fügt er in diesem Diskurs, der sich in bestimmten Aspekten stark dem zur selben Zeit sich entwickelnden anglo-schottischen Diskurs zur bürgerlichen Gesellschaft annähert, dem Begriff der Nation etwas Neues hinzu. Er führt eine doppelte Anforderung ein, die Foucault die formalen oder rechtlichen Bedingungen und die substanziellen oder sozialen Bedingungen der Nation nennt.

Die rechtliche Bedingung ist einfach: ein Zusammenschluss von Individuen, die unter einem gemeinsamen Gesetz leben und von derselben Gesetzgebung repräsentiert werden. Weil hier kein Monarch benötigt wird, erfordert eine Nation in dieser Definition einerseits viel weniger als eine Monarchie. Durch die Forderung nach expliziten Gesetzen und einer Gesetzgebung aber verlangt diese Definition gleichzeitig sehr viel mehr als die Nation des Adels.

Viel wichtiger aber sind die substanziellen oder sozialen Bedingungen der Nation, das heißt die Bedingungen der wirklichen historischen Existenz einer Nation. Diese fallen in zwei Gruppen. Eine Nation erfordert erstens das Vorhandensein „privater Unternehmungen“ in Form von Landwirtschaft, Handwerk, Industrie, Handel, freien Künsten und so weiter. Zweitens bedarf eine Nation der „öffentlichen Funktionen“ in Form der Armee, der Justiz, der Kirche und der Verwaltung. Für Sieyès konstituieren diese substanziellen Bedingungen die immanenten realen historischen Voraussetzungen für die Existenz von Nationen. Ohne die Fähigkeit zur Unternehmung und zur Bildung von Funktionen kann eine Nation vielleicht formal oder juristisch existieren, aber sie wird keine *historische* Nation sein: Das „königliche“ oder „aristokratische“ Frankreich sind keine *realen* Nationen. Aber dennoch kann es eine *historische Nation* ohne die erforderlichen juristischen Bedingungen geben: sie wird dann *potenziell, virtuell* eine vollwertige historische Nation sein, nur juristisch *noch* nicht. Dies, so behauptet Sieyès, ist die Lage, in der sich der Dritte Stand am Ende des 18. Jahrhunderts befindet.

Nach Sieyès konstituiert *nur* der Dritte Stand die substanziellen Bedingungen für die Existenz der *französischen* Nation. *Nur und ausschließlich* der Dritte Stand garantiert die Existenz „privaten Unternehmertums“ und trägt neunzig Prozent der „öffentlichen Funktionen“. Noch fehlt ihm aber der formale juristische Status. Als Konsequenz dieser Abwesenheit der juristischen Bedingung zur Bildung einer Nation *muss sich der Dritte Stand mit dem Staat identifizieren*.

Der Dritte Stand ist somit *eine* Nation und er ist die einzige Nation, die *die* Nation konstituieren kann, weil sie die totalisierenden Funktionen des Staates garantiert und die staatliche Universalität herbeiführt. Der Dritte Stand beansprucht diesen Status auf der Grundlage der Virtualität der Zukunft in der Gegenwart und nicht unter Berufung auf ein vergangenes Recht. Die Funktionen staatlicher Universalität sind bereits durch eine de facto existierende Nation im Gesellschaftskörper gesichert, die nur noch der juristischen Anerkennung bedarf. Durch diese Bewegung, so Foucault, nimmt die Zeit im politischen Diskurs eine neue Form an.

Die „Nation“ wird bei diesem Zugang durch ihre vertikale Beziehung zu den Bedingungen ihrer Existenz konstituiert. Sie existiert auf einer vertikalen Achse, die von der de facto Nation zum Staat verläuft, von der Virtualität zur Realisation. Die Kraft einer Nation wird an der Virtualität des Staates gemessen, nicht an irgendwelchen „rassischen“ Eigenschaften: Die Kraft einer Nation hängt von ihrer Fähigkeit zur *étatisation* ab. Die spezifische Realität einer Nation besteht in ihrer selbstkonstituierenden Aktivität der „Staatswerdung“. Dieser Zugang scheint eine Rückkehr zur Geschichte des Staates als selbstrechtfertigende Erzählung

seiner Geschichte und Legitimität zu sein. Wie auch immer, dieser Diskurs unterscheidet sich von dem früheren Diskurs des Staates über sich selbst, zum Beispiel der Staatsräson. Was dieser Diskurs beschreibt, ist die Beziehung zwischen einer „Nation“ mit einer „staatlichen“ Virtualität und der tatsächlichen Totalität des Staates. Er ermöglicht eine progressive, lineare Geschichte, die von der Virtualität zur Realität, vom „nationalen“ Ganzen zur staatlichen Universalität fortschreitet. Es ist außerdem eine polarisierte Geschichte in Bezug auf die bedeutungsschwere, Ankunft und/oder Abreise verheißende Gegenwart. Schließlich ist es eine Geschichte, in der die Kräfteverhältnisse nicht länger als äußerliche Kriege existieren, sondern als *bürgerliche Beziehungen des „Kampfes“ internalisiert sind*.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts, so behauptet Foucault, werden wir Zeuge einer neuen Form des historischen Diskurses, der durch das Zusammenspiel, die Überlagerung und wechselseitige Anpassung zweier Erkenntnisraster geprägt ist. Der Ausgangspunkt des ersten Rasters ist der Krieg, die Eroberung und die Invasion und nimmt den Krieg als Prinzip historischer Erkenntnis. Das zweite Raster, Sieyès folgend, überdeckt das erste sehr schnell und ordnet es unter. Dieses Raster beginnt bei der Gegenwart und verleiht ihr einen privilegierten Status als der Moment, in dem die tatsächliche funktionale Totalität der Nation und die virtuelle Universalität des Staates gespalten sind. Die Gegenwart erscheint als der Moment der unmittelbar bevorstehenden Realisation des Universellen. Die Gegenwart ist ein enthüllender Moment und als solcher ein geeignetes Instrument der historischen Analyse.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts findet man beide Raster, die auch die von Marx erwähnten „bürgerlichen Geschichtsschreiber“ beeinflussten. Wie wir bei Augustin Thierry sehen, treten beide oft verbunden auf und werden gleichzeitig in ein und demselben Diskurs über Herrschaft und ursprüngliche Dualität auf der einen und Totalisierung durch das Auftauchen des Staates auf der anderen Seite eingesetzt: Thierry privilegiert das erste Raster des durch Invasion und Eroberung zerrissenen Ursprungs und darauf folgenden Jahrhunderten des Konflikts zwischen Siegern und Besiegten. Ebenso aber verwendet er das zweite Raster, in dem die Gegenwart eine Perspektive auf die Entstehung staatlicher Totalität und Versöhnung eröffnet.

Das Schlüsselproblem bei der Anpassung der beiden Raster aneinander, war die nach Foucault unvermeidbare Frage revolutionärer Gewalt im Moment der Versöhnung und Totalisierung: Wie kann aus einem jahrhundertalten gewaltsamen Konflikt etwas hervorgehen, das nicht die Fortsetzung des Krieges ist, sondern die Erschaffung einer Universalität, in der es keinen Krieg mehr gibt? Wie kommt es, dass nur eine der beiden widerstreitenden Gruppen die Trägerin der Universalität sein kann? Thierry versucht zu zeigen, wie aus einem ursprünglichen Dualismus ein universalistischer Monismus wird. Er findet seinen Ausgangspunkt in der Invasion. Die darauf folgende Geschichte kontinuierlichen Kampfes ist der Etablierung zweier unterschiedlicher ökonomisch-rechtlicher Typen geschuldet, die im Hinblick auf die Verwaltung und das Management des Staates zueinander in Konflikt traten.

Der *ländlich-feudale Gesellschaftstyp*, der aus der Eroberung hervorging, ist nach Thierry dem *städtischen Gesellschaftstyp* entgegengesetzt, der aus der gallo-römischen Gesellschaft hervorgegangen ist. Eroberung und Invasion bilden die erste Ursache eines Konfliktes zwischen *zwei Gesellschaften*, der manchmal militärische Formen annahm, in der Regel aber politisch-ökonomischer Natur war. Der Krieg selbst wird eher in Begriffen von Rechten und Freiheiten versus Privileg und Reichtum als in Begriffen von „Nationen“ oder „Rassen“ beschrieben. Thierry lässt zwei „Gesellschaften gegeneinander antreten, die beide einen Staat bilden wollen. Dieser Konflikt ist der Motor der Geschichte.

Thierry folgt dabei dem von Sieyès vorgezeichneten Weg. Nach Thierry gewinnt die städtische Gesellschaft durch die Wiedergeburt der Städte im zehnten und elften Jahrhundert die Oberhand. Die städtische Herrschaft ist nicht auf den Krieg gegründet, sondern auf ihre Fähigkeit, Reichtum zu bilden, ihre Fähigkeit, zu verwalten, auf ihre Lebensart, ihren Willen und ihre kreativen Antriebe. In diesem Zugang gibt es somit so etwas wie eine „Physiologie“. Das städtische Leben ist die Basis und die treibende Kraft auf dem Weg von der Lokalität zur Universalität. Universalität wird jedenfalls nicht durch Krieg und militärische Herrschaft erzwungen, sondern durch die Besetzung der konstitutiven Staatsfunktionen erreicht.

In dieser Perspektive erscheint revolutionäre Gewalt lediglich als ein militärisches Instrument in einem eigentlich *zivilen* Kampf, in dem der Staat gleichzeitig Einsatz und Schauplatz ist. Die revolutionäre Gewalt ist dabei der Moment, in dem der Dritte Stand *die* Nation wird und alle staatlichen Funktionen übernimmt, insbesondere die Funktion der Universalität, welche die Dualität des Krieges aufhebt. Thierry schreibt zu einem Zeitpunkt, als die Dualität der Nationen verschwindet und die Fähigkeit des Dritten Standes zur Universalität sich realisiert. In seinem Diskurs wird der Krieg als Instrument der historischen Analyse eingeschränkt beziehungsweise beseitigt. Der Krieg oder der militärische Konflikt sind nicht mehr als episodische oder instrumentelle Phänomene eines eigentlich bürgerlichen Kräfteverhältnisses. Herrschaft nimmt nicht länger einen zentralen Platz ein und die Kräfteverhältnisse werden stattdessen durch einen totalisierenden, universalisierenden Staat repräsentiert.

Wir finden hier vielleicht einen Hinweis auf die „deutsche“ Dimension bei Lenins Unterscheidung der drei Quellen und Bestandteile des Marxismus und Foucaults Beschreibung der verschiedenen Weisen, in denen politische Macht und „bürgerliche Gesellschaft“ im 19. Jahrhundert problematisiert wurden. Mit dieser Geschichtsschreibung, die die beiden Raster historischer Erkenntnis einsetzt und einander anpasst, taucht etwas auf, das wir Dialektik nennen können. Was später Geschichtsphilosophie werden wird, ist bereits in diesem Diskurs vorhanden: Die Gegenwart als der Moment, in dem das Universale sich in seiner Wahrheit zeigt. Wir können sagen, dass es hier eine „Autodialektisierung“ der Geschichte unabhängig von der Philosophie gibt. Es wird möglich, wie Marx in *Die deutsche Ideologie* zu sagen: „Wir kennen nur eine einzige Wissenschaft, die Wissenschaft der Geschichte.“²³

IV.

In dieser groben Zusammenfassung der Vorlesungen Foucaults von 1976 habe ich versucht, einiges von der Komplexität des politischen Feldes, in dem der „Liberalismus“ entstand und auf das er sich beziehen musste, sichtbar zu machen. Foucaults Vorlesungen dieses Jahres können, zumindest in Teilen, als eine Interpretation der „Genealogie“ des Raumes, in dem die liberale Fragestellung im 19. Jahrhundert entstand, gelesen werden. Im Speziellen wollte ich auf eine der Formen aufmerksam machen, in der die „Gesellschaft“ beziehungsweise die „Nation“ am Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts politisch objektiviert wurde. Wenn, wie ich vermute, die liberale Problematisierung im Namen einer natürlich-historischen Realität, der sogenannten „Gesellschaft“ oder „Nation“, stattfand, dann ist es auch richtig, dass die politische Objektivierung dieser „Gesellschaft“ und „Nation“ aus mehr als einer genealogischen Linie entstanden ist und eine ganze Bandbreite verschiedener Formen annahm, die selbst nicht oder zumindest nicht unbedingt „liberal“ waren. Es wird deutlich, wie diese „französische“ politische Objektivierung anderen politischen Rationalitäten verfügbar werden kann, die nicht liberal sind oder sogar in Opposition zum Liberalismus stehen und wie sich darüber hinaus eine „Politik“, eine liberale Rationalität an eine „staatliche“ Rationalität „im Namen“ der Nation oder der Gesellschaft anpassen beziehungsweise sich mit ihr verbünden kann.

Eine letzte Bemerkung: In meinen Schnelldurchgang durch Foucaults Vorlesungen von 1976 habe ich einen wichtigen Zug der Argumentation Foucaults ausgelassen, und zwar das Auftauchen des „bio-politischen“ Elements und seinen Platz in einer anderen „genealogischen Linie“, die am Ende des 19. Jahrhunderts zu Formen des „Staatsrassismus“ führt. Man kann eben nicht alles machen. Jedenfalls aber lässt sich sagen, dass die „Biopolitik“ sehr unvermittelt am Ende der Vorlesungsreihe eingeführt wird und ihre Verbindung zu den anderen Themen der Vorlesungen eher summarisch behandelt wird. Dies schmälert nicht die Gültigkeit und Wichtigkeit dieser Dimension, es weist lediglich auf ein weiteres Element hin, das der Bearbeitung bedarf, um die komplexe Gestalt des „politischen Lebens“ zu erfassen, die weit entfernt ist von der Vorstellung eines liberalen Triumphalismus im Raum der Regierungsrationalitäten.

Zu meiner Ausgangsfrage zurückkehrend, gewinne ich den Eindruck, dass das „moderne politische Leben“ nicht gerade erfolgreich darin war, Formen kollektiven politischen Willens oder kollektiver politischer Subjektivität auszubilden, die sich nicht auf jene Begriffe von „Gesellschaft“, „Nation“ oder „Rasse“ berufen, die im 18. und 19. Jahrhundert entstanden sind. Vielleicht ist dies die „falsche Frage“, aber welche anderen Grundlagen politischer Identität oder des politischen Willens sind vorstellbar und wie könnten diese in Rationalitäten zur effektiven Ausübung des Regierens eingebunden werden?

Aus dem Englischen von Cathren Müller

ANMERKUNGEN:

- 1 Michel Foucault: *Naissance de la biopolitique*. Paris 1979
- 2 Michel Foucault: *Il faut défendre la société*. Paris 1976 ; dt.: *In Verteidigung der Gesellschaft*. Frankfurt am Main 1999
- 3 Michel Foucault: *Résumé des cours*. Paris 1989, S. 110-119
- 4 Michel Foucault: *Naissance*. A. a. O., Vorl. vom 4. April
- 5 Michel Foucault: *Résumé*. A. a. O., S. 109
- 6 Michel Foucault: *Naissance*. A. a. O., Vorl. vom 2. Februar
- 7 A. a. O., Vorl. vom 28. März
- 8 A. a. O., Vorl. vom 4. April
- 9 W. I. Lenin: Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus (1913). In: ders.: *Werke Bd. 19*. Berlin 1977, S. 3-9
- 10 Karl Marx / Friedrich Engels: *Das Manifest der kommunistischen Partei (1872)*. Berlin 1989, S. 44
- 11 Karl Marx, Marx an Joseph Weydemeyer (5. März 1852) in: *MEW Bd. 28*, Berlin 1963, S. 504
- 12 Ebenda, S. 504 f.
- 13 Augustin Thierry: *Sur l'antipathie de race qui divise la nation française (1820)*, zitiert nach Leon Poliakov: *Der arische Mythos. Zu den Quellen von Rassismus und Nationalismus*. Hamburg 1993, S. 46 f.
- 14 Augustin Thierry: *Sur l'antipathie*. A. a. O., S. 47, Herv. Burchell
- 15 François Guizot: *Du gouvernement de la France depuis la Restauration et du ministère actuel (2. Auflage 1820)*. Zitiert nach Leon Poliakov: *Der arische Mythos*. A. a. O., S. 47, Hervorhebung Burchell
- 16 John G. A. Pocock: *The Ancient Constitution and the Feudal Law*. Cambridge 1957
- 17 Gemeint ist ein Bericht über den Zustand Frankreichs, den Ludwig XIV in Auftrag gab. Vgl. Michel Foucault: *In Verteidigung der Gesellschaft*. A. a. O., S. 149 f., Anmerkung 21
- 18 A. a. O., S. 198 f.
- 19 A. a. O., S. 199
- 20 Vgl. François Furet: *1789 – Jenseits des Mythos*. Hamburg 1989, S. 45
- 21 Vgl. A. a. O., S. 9
- 22 Abbé Emmanuel Joseph Sieyès: *Qu' est-ce que le Tiers État?* (Januar 1789). Zitiert nach François Furet: 1789. A. a. O., S. 9, Hervorhebung Burchell
- 23 Karl Marx / Friedrich Engels: *Die deutsche Ideologie*. In: *MEW Bd. 3*. Berlin 1969, S. 18

LITERATUR:

- Foucault, Michel: *Naissance de la biopolitique*. Paris 1979
 Foucault, Michel: *Résumé des cours 1970 – 1982*. Paris 1989
 Foucault, Michel: *In Verteidigung der Gesellschaft (1997)*. Frankfurt am Main 1999
 Furet, François: *Jenseits des Mythos (1978)*. Hamburg 1989
 Lenin, W. I.: *Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus (1913)*. In: ders., *Werke Bd. 19*. S. 3-9, Berlin 1977
 Marx, Karl: *Marx an Joseph Weydemeyer, (5. März 1852)*. In: *MEW Bd. 28*. S. 503-509; Berlin 1963
 Marx, Karl / Engels, Friedrich: *Die deutsche Ideologie (1845/46, dt. Erstveröffentlichung 1932)*. In: *MEW, Bd. 3*. Berlin 1969
 Marx, Karl / Engels, Friedrich: *Manifest der Kommunistischen Partei (1872)*. Berlin 1989
 Pocock, John G. A.: *The Ancient Constitution and the Feudal Law*. Cambridge 1957
 Poliakov, Leon: *Der arische Mythos. Zu den Quellen von Rassismus und Nationalismus (1971)*. Hamburg 1993

THOMAS LEMKE

GOVERNANCE, GOUVERNEMENTALITÄT UND DIE DEZENTRIERUNG DER ÖKONOMIE

„Für Quesnay ist eine gute Regierung eine ‚ökonomische Regierung‘; bei Quesnay taucht erstmals diese Vorstellung von einer ökonomischen Regierung auf, die im Grunde eine Tautologie ist – denn die Kunst des Regierens ist gerade die Kunst, die Macht in der Form und nach dem Vorbild der Ökonomie auszuüben. Doch wenn Quesnay von einer ‚ökonomischen Regierung‘ spricht, dann ist (...) das Wort ‚Ökonomie‘ bereits auf dem Weg, seine moderne Bedeutung anzunehmen, und genau in diesem Moment wird erkennbar, daß das eigentliche Wesen dieser Regierung, d. h. der Kunst, die Macht in der Form der Ökonomie auszuüben, das zum Hauptgegenstand haben wird, was wir heute Ökonomie nennen.“¹

Im Juni 2000 fand an der Universität Hamburg ein internationales Symposium statt, das die Wochenzeitung *DIE ZEIT* veranstaltete. Der Titel der Tagung, an der u. a. der deutsche Innenminister, der US-amerikanische Botschafter und der luxemburgische Premierminister teilnahmen, lautete: „Kunst des Regierens im 21. Jahrhundert“. Im Mittelpunkt stand dabei – ähnlich wie bei der Berliner Konferenz der vierzehn Staats- und Regierungschefs kurz zuvor – die Suche nach den Bedingungen und Voraussetzungen einer „guten Regierung“, von „good governance“ im Zeitalter eines globalisierten Kapitalismus, von europäischer Integration und der technologischen Revolution im Informations- und Kommunikationsbereich. In seinem Einführungsstatement umriss der damalige Chefredakteur Roger de Weck die Problemstellung:

„Von Machiavelli bis Montesquieu, von Cicero bis Kissinger – viele haben nachgedacht, wie sich besser regieren ließe. Heute stellt sich die Frage, was Regieren überhaupt sei: ob Politiker noch den Hauptanteil daran haben.“²

Auch Michel Foucault spricht in seinen letzten Arbeiten von einer „Kunst der Regierung“. Sein Konzept der Gouvernamentalität ist jedoch nicht der Suche nach den Bedingungen einer guten oder besseren Regierung, sondern der Analyse und Kritik verschiedener Regierungstechnologien verpflichtet. Foucaults umfassender Begriff von Regierung bezieht sich auf die Kunst der Menschenführung und erfasst das Zusammenspiel von Wissensformen, Machtstrategien und Subjektivierungsmodi. In dieser Perspektive bezeichnet Gouvernamentalität unterschiedliche Rationalitäten, Handlungsformen und Praxisfelder, die in vielfältiger Weise auf die Lenkung, Kontrolle, Leitung von Individuen und Kollektiven zielen und gleichermaßen Formen der Selbstführung wie Techniken der Fremdführung umfassen.

Im Folgenden möchte ich zunächst die Differenz zwischen Foucaults Konzept der Gouvernamentalität beziehungsweise den daran anschließenden Arbeiten und der Governance-Diskussion in der internationalen Politikwissenschaft und der politischen Soziologie deutlich machen. Dabei soll herausgestellt werden, welche kritischen Perspektiven die Gouvernamentalitätsanalytik im Unterschied zu konkurrierenden Konzepten für die Untersuchung neoli-

beraler Regierungsformen und kapitalistischer Restrukturierungsprozesse eröffnet. Im zweiten Teil werde ich – sehr skizzenhaft und verkürzt – der Frage nachgehen, inwieweit die Perspektive der Gouvernamentalität darüber hinaus zu einer komplexeren Analyse des Ökonomischen beziehungsweise der „Ökonomisierung des Sozialen“ beitragen kann. Diese Überlegungen haben einen vorläufigen und „explorativen“ Charakter, sie machen aber hoffentlich deutlich, worin mögliche Forschungsperspektiven der Gouvernamentalitätsanalytik aus meiner Sicht bestehen.

I.

Im Unterschied zu den hierarchischen, zentralistischen und dirigistischen Charakteren traditioneller (wohlfahrts-)staatlicher Steuerungsformen („government“) bezieht sich Governance auf dezentrale, netzwerkartige Formen der „Kontextsteuerung“ (Helmut Willke) und verweist auf eine grundlegende Veränderung korporativer Arrangements und funktionaler Repräsentationsmuster. Diese Verlagerung traditioneller Handlungsformen und Praxisfelder impliziert die Reorganisation der Staatsaktivitäten im weiteren politischen System ebenso wie eine Restrukturierung und Neudimensionierung des politischen Raums. Der Governance-Begriff bezeichnet also eine Transformation von Staatlichkeit, die sehr gut in der Definition zum Ausdruck kommt, die dem UN-Bericht *Our Global Neighbourhood* (1994) zugrunde liegt:

„Governance ist die Gesamtheit der zahlreichen Wege, auf denen Individuen sowie öffentliche und private Institutionen ihr gemeinsamen Angelegenheiten regeln. Es handelt sich um einen kontinuierlichen Prozeß, durch den kontroverse oder unterschiedliche Interessen ausgeglichen werden und kooperatives Handeln initiiert werden kann. Der Begriff umfaßt sowohl formelle Institutionen und mit Durchsetzungsmacht versehene Herrschaftssysteme als auch informelle Regelungen, die von Menschen und Institutionen vereinbart oder als im eigenen Interesse liegend angesehen werden.“³

An die Stelle des klassischen Primats offizieller Staatsapparate und souveräner Entscheidungsprozesse beim Management ökonomischer und sozialer Verhältnisse treten Politiknetzwerke, Partnerschaften und Verhandlungssysteme, in die eine Vielzahl von „zivilgesellschaftlichen“ Akteuren und privaten Trägern einbezogen sind. Darüber hinaus bezieht sich Governance auf die Ausdifferenzierung ehemals nationalstaatlich definierter Handlungsmuster und politischer Kompetenzen und ihre Verschiebung in supranationale Räume einerseits und der gleichzeitigen selektiven Stärkung regionaler und lokaler Staatsebenen andererseits.⁴

Jenseits dieser deskriptiven Ebene gehen in die Governance-Diskussion regelmäßig auch normative Implikationen und theoretische Prämissen ein. Ich möchte hier zwei Punkte herausgreifen, die mir besonders problematisch erschei-

nen. Der Governance-Begriff oder genauer: seine aktuelle Verwendungsweise suggeriert zum einen, dass die sich ausweitende Kluft zwischen Globalisierungsgewinnern und -verlierern durch „modernes“ oder „gutes Regieren“ überbrückt werden könne. Dieser Vorstellung liegt ein technokratisches Steuerungsmodell („one best way“) zugrunde, das nur noch neutrale oder rationale beziehungsweise sachbezogene Entscheidungen kennt, nicht aber strategische Optionen oder gar politische Alternativen. Zum anderen geht der Governance-Begriff von der harmonistischen Annahme aus, dass weder zwischen verschiedenen sozialen Gruppen und Klassen noch zwischen unterschiedlichen politischen Interessen und Zieldefinitionen grundsätzliche Konflikte oder Gegensätze bestehen. Kurz gesagt: die Armut der einen hat mit dem Reichtum der anderen nichts zu tun, und wirtschaftliches Wachstum, ökologische Nachhaltigkeit, politische Demokratie, soziale Solidarität, gesundes Wohnen etc. sind prinzipiell miteinander vereinbar – ohne die bestehenden politischen und sozialen Strukturen dabei radikal zu verändern.⁵

Meine These lautet, dass der permanente Rekurs auf Governance-Mechanismen in der sozialwissenschaftlichen und politisch-publizistischen Literatur integraler Bestandteil einer historisch-politischen Konjunktur ist, in der die Kritik am Neoliberalismus zum Vehikel seiner Restrukturierung geworden ist, wobei der selektiven Einbindung von sozialen Bewegungen, „zivilgesellschaftlichen“ Akteuren und Nicht-Regierungsorganisationen eine entscheidende Rolle zukommt. Lassen Sie mich dies kurz erläutern. Bis vor wenigen Jahren galten Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung als wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Credo. Angesichts zunehmender Massenarbeitslosigkeit, sich verschärfender internationaler Spannungen und wachsender sozialer Verelendung wurde schließlich die neoliberale Kritik am Wohlfahrtsstaat selbst einer kritischen Überprüfung unterzogen. Vom Papst über die Gewerkschaften bis hin zu den Parteien und Verbänden wurde „Neoliberalismus“ immer mehr zu einem Unwort. Bücher, die auf die katastrophalen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Folgen neoliberaler Politik verweisen, vor der „Globalisierungsfalle“⁶ warnen, den „Terror der Ökonomie“⁷ geißeln und das „Elend der Welt“⁸ dokumentieren, avancierten zu Bestsellern. Eine – vielfältig differenzierte – politisch-intellektuelle Kultur schrieb sich die Kritik des Neoliberalismus auf die Fahnen. Sie reichte von konservativen Kreisen, die soziale Desintegration und Individualisierungstendenzen beklagen, über die kommunitaristische Forderung nach der Stärkung der Verantwortung lokaler Gemeinschaften bis hin zu linken Intellektuellen, welche die Angst vor einem schrankenlosen und beschleunigten Kapitalismus umtrieb.

Inzwischen hat in vielen europäischen Staaten die Kritik an der so genannten „Herrschaft des Marktes“ sozialistisch oder sozialdemokratisch geführte Regierungen an die Macht gebracht. Allerdings ging mit den Regierungswechseln kein grundsätzlicher Politikwechsel einher. Offenbar können sich neoliberale Strategien und Zielsetzungen unter neuem Label („Dritter Weg“, „Neue Mitte“) relativ unabhängig von Parlamentsmehrheiten und Parteiprogrammen durchsetzen. Dies bedeutet jedoch umgekehrt nicht, dass

alles beim Alten bleibt; vielmehr signalisiert der Rekurs auf „(good) governance“ eine Verschiebung innerhalb der neoliberalen Regierungstechniken. Bleibt die neoliberale Politik von Produktivismus, Arbeitsdisziplin und Marktfetischismus im Grunde genommen unangefochten, so besteht das neue Moment in der Anstrengung, mit verstärkter politischer Moderation und vermehrtem Einsatz staatlicher Institutionen die Krisentendenzen und Konfliktpotenziale der traditionellen neoliberalen Mixtur von gesteigerter Warenförmigkeit, intensiver Konkurrenz und der Expansion des Unternehmensmodells einzudämmen. An die Stelle struktureller Anpassung, begleitet von einem minimalen Staatsinterventionismus, tritt die strategische Mobilisierung staatlicher Institutionen zur Subventionierung und Lenkung privaten Kapitals beziehungsweise der Stabilisierung von Marktbeziehungen – eine Transformation des Neoliberalismus, die Joachim Hirsch treffend als „nachhaltigen Neoliberalismus“ bezeichnet hat.⁹

Angesichts dieser „Modifizierung“ hegemonialer Regulationsformen und des Scheiterns prinzipieller Alternativen stellt sich die Frage, ob die vielfältige politische Kritik am Neoliberalismus auf einer unzureichenden Analyse des gesellschaftlichen Transformationsprozesses beruht. Schematisch lassen sich drei Grundannahmen unterscheiden, die sich in den vorherrschenden Kritikmustern immer wieder finden.¹⁰

Erstens wird der Neoliberalismus in ideologiekritischer Manier als ein interessengeleitetes, manipulatives „falsches Wissen“ von Ökonomie und Gesellschaft behandelt, das durch ein richtiges, wissenschaftliches oder emanzipatives Wissen zu ersetzen sei.

Zweitens beklagt die Kritik die Dominanz des Marktes, das Ausgreifen der Ökonomie in die Sphäre der Politik. Der Diagnose einer Rückbildung des Staates und des Verlusts politischer Handlungsspielräume entspricht die Forderung nach einer politischen und sozialen Einbettung der Marktmechanismen und der Zivilisierung eines unregulierten Kapitalismus.

Die dritte Kritiklinie richtet sich gegen die destruktiven oder repressiven Effekte der neoliberalen Praktiken. Angeführt werden in dieser Hinsicht vor allem die Entwertung traditioneller Erfahrungen und menschlicher Lebensformen durch Individualisierungsprozesse oder der Imperativ von Flexibilität, Mobilität und Risikobereitschaft, der kollektive Bindungen und persönliche Beziehungen bedrohe.¹¹

Die gegenwartsdiagnostische Bedeutung der Perspektive der Gouvernementalität besteht demgegenüber darin, dass sie erfolgreich auf einige Defizite und Probleme dieser Kritikmodi aufmerksam macht. Sie ermöglicht es, die Koppelung von Wissensformen, Machtstrategien und Selbsttechnologien zu untersuchen, ohne die aktuellen gesellschaftlichen Umbrüche in ein ideologiekritisches, ökonomistisches oder humanistisches Analyseraster zu zwingen. Dabei geht es nicht darum, die Herrschaftsförmigkeit oder den Ausbeutungscharakter dieser Prozesse zu relativieren oder gar zu bestreiten, sondern im Gegenteil: sie in ihrer Breite und Tiefe zu zeigen. Betrachten wir – wiederum sehr verkürzt – die drei Punkte nacheinander.

1. Zwar mag man den Neoliberalismus als eine Ideolo-

gie bezeichnen; es reicht jedoch sicher nicht aus, sich auf eine Position zurückzuziehen, welche seine theoretische Inkohärenz und innere Widersprüchlichkeit konstatiert. Eine Reihe von Untersuchungen, die mit dem Konzept der Gouvernementalität arbeiten, zeigt etwa die Veränderungen in den Strategien des Umgangs mit Kriminalität, Arbeitslosigkeit, Armut oder Krankheit gegenüber dem wohlfahrtsstaatlichen Regime auf. Die Analysen machen deutlich, dass der Neoliberalismus nicht deshalb notwendig instabil ist oder sich in einer Krise befindet, weil seine Programmatik widersprüchlich ist oder er auf sozialen Spaltungen beruht. Im Gegenteil: In der Perspektive der Gouvernementalität funktioniert der Neoliberalismus nicht trotz sozialer Ausgrenzung und politischer „Defizienz“, sondern die Problematisierung sozialer Sicherheiten und wohlfahrtsstaatlicher Garantien macht gerade seine *raison d'être* aus.

2. Auf der Grundlage des Gouvernementalitätskonzepts lässt sich aber auch zeigen, dass Privatisierung und Deregulierung weniger ökonomischen Imperativen als politischen Strategien folgen. Paradoxerweise greift die Kritik am neoliberalen Ökonomismus meist selbst auf ökonomistische Argumentationsmuster zurück. Die kritisierte Ausdehnung des Marktes setzt die Annahme einer Trennung von Staat und Markt, Ökonomie und Politik voraus. Hatte schon Karl Marx in seiner Kritik der politischen Ökonomie die Unhaltbarkeit einer solchen Position demonstriert, so greift Foucaults Kritik der politischen Vernunft des Neoliberalismus diese Traditionslinie auf. Die Veränderung des Verhältnisses von Ökonomie und Politik wird daher nicht als das Resultat ökonomischer Sachgesetzmäßigkeiten oder politischer Standortzwänge, sondern unter der Perspektive einer Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse untersucht. Kurz gesagt: Statt der Macht der Ökonomie rückt die Analytik der Gouvernementalität die Ökonomie der Macht in den Mittelpunkt.

3. Es ist richtig, die zerstörerischen Folgen oder repressiven Effekte der neoliberalen Politik herauszuarbeiten. Aber dies allein reicht nicht aus; der „Primat der Destruktion“ verdeckt die Notwendigkeit, die Aufmerksamkeit auf die Neukonstitution von Politikformen und Staatsebenen (etwa die Einführung von Verhandlungssystemen, Selbstorganisationsmechanismen und Empowerment-Strategien auf der einen Seite und die Verschränkung lokaler, regionaler und nationaler Staatsebenen andererseits) und die Reartikulation von Identitäten und Subjektivitäten zu richten (Beispiele hierfür sind das Auftauchen von NGOs auf der politischen Bühne oder die Renaissance der lokalen Gemeinschaften). Es geht nicht nur darum, dass etablierte soziale Beziehungen sich auflösen, sondern auch darum, dass neue erfunden werden, eher um eine Transformation als um das Ende des Sozialen. Im Mittelpunkt der Analyse der gegenwärtigen gesellschaftlichen Umbruchprozesse sollte daher nicht allein die Destruktion von „alten“ Formen stehen, sondern auch die Produktion von „neuen“. ¹² Was die Frage der Repression angeht, so scheint es mir notwendig, eine ähnliche Analyse-Richtung einzuschlagen. Es ist richtig, auf die repressiven Effekte der neoliberalen Praktiken hinzuweisen. Darüber hinaus besteht jedoch ein wichtiger Macht-Aspekt dieser Regierungsform gerade darin, andere zum Handeln

zu bewegen, also bestimmte Formen des Handelns weniger zu unterbinden oder zu beschränken als sie vielmehr zu fördern oder gar zu fordern. ¹³ Statt Macht und Machtlosigkeit, Subjektivität und Unterwerfung, Zwang und Konsens zu trennen, sind diese Differenzierungen in der Perspektive der Gouvernementalität nicht Ausgangspunkt und Grundlage, sondern Instrument und Effekt gesellschaftlicher Machtverhältnisse.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Kritikformen, die den ideologischen Charakter, den ökonomistischen Gehalt oder die destruktiven beziehungsweise repressiven Effekte neoliberaler Praktiken in den Vordergrund rücken, weisen auf wichtige Aspekte dieser Regierungstechnologie hin. Das Problem besteht jedoch darin, dass sie ihren Widerstand gegen den Neoliberalismus oft auf eben jene Konzepte stützen, die dem selbstformulierten Anspruch nach gerade Gegenstand der Kritik sein sollen. Die Analyse bewegt sich häufig im kritischen Dreischritt von Reduktion, Reproduktion und Repression und stellt Wissen und Ideologie, Politik und Ökonomie, Subjektivität und Macht einander gegenüber. Die entscheidende Frage ist jedoch, welche Rolle diese Dualismen bei der Konstitution, Etablierung und Stabilisierung liberal-kapitalistischer Regulationsformen spielen. Meiner Auffassung nach liegt gerade in der Suche nach den Beziehungsgefügen zwischen Wissensproduktionen, Machtstrategien und Selbsttechnologien die analytische Bedeutung und der kritische Beitrag der Perspektive der Gouvernementalität – in dem Versuch, diese „Dualismen“ zu überbrücken, um sie auf einer „Immanenzebene“ ¹⁴ beziehungsweise in einem „Innen ohne Außen“ ¹⁵ zu resituieren.

II.

Abschließend möchte ich diese Raummethaphorik durch einige grundsätzliche Bemerkungen zu der Frage konkretisieren, wie die Gouvernementalitätsanalytik zu einer „komplexeren“ Untersuchung ökonomischer Prozesse beitragen kann. Die Immanenzperspektive erfordert zunächst, die „Ökonomisierung des Sozialen“ nicht als eine Grenzverschiebung wahrzunehmen, die das Soziale abschafft oder marginalisiert. Statt das quantitative Modell eines Nullsummenspiels zugrunde zu legen (mehr Markt bedeutet weniger Staat), ist von einer qualitativ veränderten Topologie des Sozialen auszugehen, in der die Bedeutung dessen, was Ökonomie beziehungsweise Politik meint (und ihre Grenzen) neu festgelegt wird. Die so genannte „Entmachtung der Politik“ ist demzufolge selbst als eine politische Technologie zu analysieren.

Es ist jedoch notwendig, noch einen Schritt weiter zu gehen. Um die Expansion von Marktprozessen und die Vielfältigung von Wettbewerbskategorien und Unternehmensformen untersuchen zu können, ist es notwendig, eine Analyserichtung einzuschlagen, die William Walters als „Dezentrierung der Ökonomie“ ¹⁶ bezeichnet hat. Dies mag ein wenig paradox erscheinen. Im globalisierten Kapitalismus scheint heute sogar die crudeste Form eines Ökonomismus richtig und angemessen zu sein. Allerdings bleibt es auch in diesem Fall bei der kritischen Aufgabe zu unter-

suchen, wie dieser „Ökonomismus“ eine soziale Realität wurde, welche epistemischen und politischen Bedingungen erfüllt sein müssen, damit er als eine „Tatsache“ und „Selbstverständlichkeit“ erfahren wird.

Hatte sich die Dekonstruktionsarbeit in den Geistes- und Sozialwissenschaften bisher vor allem auf die „Dezentrierung des Subjekts“ (etwa als Problematisierung der Kategorien von Rasse oder Geschlecht) konzentriert, indem dessen widersprüchliche Einheit und fragmentierte Identität aufgezeigt wurde, so ist jetzt eine analoge Bewegung für die Analyse der Ökonomie vonnöten. Die wichtigen Erkenntnisse feministischer, postkolonialer und rassismustheoretischer Arbeiten müssen auch für das Feld der Kapitalismustheorie fruchtbar gemacht werden. Mindestens drei Dimensionen einer solchen theoretischen „Dezentrierungsarbeit“ lassen sich unterscheiden:

Erstens die *genealogische* Dimension: Wie bildet sich „Ökonomie“ als ein eigenständiger Raum heraus, der sich durch spezifische Gesetzmäßigkeiten und autonome Regulationsmechanismen auszeichnet und von politischen, sozialen oder kulturellen Räumen ebenso zu unterscheiden ist wie dem Raum der Familie und der Hauswirtschaft. Dabei geht es nicht nur um eine historische Genese oder die funktionale Differenzierung eines Raums der Ökonomie, sondern um die Frage: Wie wird die Ökonomie „territorialisiert“?¹⁷

Zweitens die *archäologische* Dimension: Statt vom Kapitalismus als System zu sprechen oder von einer Totalität auszugehen, die nach einer ihr immanenten Logik funktioniert, ist er eher als Äußerlichkeit, als Singularität oder als eine „Maschine“ zu betrachten, die sich aus vielen heterogenen Einzelstücken zusammensetzt. Der Kapitalismus ist kein einheitliches Ensemble, sondern fragmentiert, weniger notwendige Ursache als kontingenter Effekt sozialer Praktiken, er ist nicht Ausgangs-, sondern Endpunkt gesellschaftlicher Organisation. Es ist notwendig, das Ausmaß zu erkennen, in dem nicht-kapitalistische ökonomische Formen wie Hausarbeit, Sklavenarbeit oder die so genannte freiwillige Arbeit seine Existenzbedingungen bilden.¹⁸

Drittens die *strategische* Dimension: Wie werden innerhalb dieser Ökonomie bestimmte Felder als kapitalisierbar ausgewiesen und ausbeutbar gemacht? Ein anschauliches Beispiel dafür ist sicher die „Erfindung“ der Patentierung von Lebewesen, ein weiteres der Diskurs um Biodiversität, wobei die Natur nicht mehr als eine äußere und unmittelbare ausbeutbare Sphäre behandelt, sondern als Quelle und Schöpferin von Wert betrachtet wird. Das letztes Beispiel ist der illegale Drogen- und Menschenhandel, an dem sich zeigen lässt, dass Räume durch Verbote nicht einfach abgeschlossen oder restringiert, sondern im Gegenteil über und durch das Verbot erst eröffnet und profitabel werden:

„Es geht nicht um die Frage, Gesetze den Menschen zu oktroyieren, sondern darum, die Dinge richtig zu arrangieren; d. h. es ist weniger von Gesetzen als von der Anwendung von Taktiken, sogar von den Gesetzen selbst als Taktiken zu sprechen – die Dinge so zu arrangieren, daß mit bestimmten Mitteln diese und jene Ziele erreicht werden könnten“.¹⁹

Es ist dieses „ökonomische Arrangement“ der Dinge, das Foucault zufolge die Eigenart der Regierungskunst aus-

macht. In seiner Vorlesung am Collège de France von 1978 zitiert er aus einem frühneuzeitlichen Traktat von Guillaume de La Perrière²⁰:

„Regieren ist das richtige Verfügen über die Dinge, derer man sich annimmt, um sie dem angemessenen Zweck zuzuführen“²¹.

Zu ergänzen ist, dass die Kriterien des Richtigen und Angemessenen der Regierungskunst nicht äußerlich, sondern selbst ein Effekt der „Ökonomie der Macht“ sind. Das „richtige Verfügen über die Dinge“ erfordert eine Kunst des Verführens, Angemessenheit verweist auf spezifische Maßvorgaben, das Zuführen setzt ein Anführen voraus. Was dies für die „Kunst des Regierens im 21. Jahrhundert“ bedeutet, zeigt das Schlusswort von Theo Sommer zu der eingangs erwähnten gleichnamigen Tagung:

„Das Regieren ist heute schwieriger als je zuvor in der Geschichte der Menschheit. Die Gegebenheiten haben sich völlig verändert. Eines aber ist unverändert geblieben, trotz allen Wandels: Regieren heißt Führen. Wie Harry Truman es einmal ausgedrückt hat: Man muss die Leute dazu bringen, das zu tun, was ihnen zutiefst gegen den Strich geht – und man muss es so anstellen, dass sie hinterher glauben, sie hätten nie etwas anderes gewollt. Das ist die Kunst des Regierens, des Führens. Führen heißt aber auch immer: gegen jemanden entscheiden (...). Wer führen will, muss den Konflikt riskieren und den Konflikt aushalten. Der Konflikt geht jedem Kompromiss und jedem Konsens voraus. Das ist das Wesen aller Politik, gerade in der Demokratie.“²²

ANMERKUNGEN:

- 1 Michel Foucault: Die Gouvernementalität. In: Ulrich Bröckling / Susanne Krasmann / Thomas Lemke (Hg.): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2000, S. 49 f.
- 2 DIE ZEIT vom 15. 6. 2000, S. 13
- 3 Zitiert nach Elmar Altvater / Birgit Mahnkopf: *Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft*. Westfälisches Dampfboot, Münster 1996, S. 549
- 4 Ebenda, S. 549 ff.; Alex Demirovic: Nachhaltige Entwicklung, Transformation der Staatlichkeit und globale Zivilgesellschaft. In: Ders.: *Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie*. Westfälisches Dampfboot, Münster 1997, S. 218-259; Nikolas Rose: *Powers of Freedom. Reframing political thought*. Cambridge University Press, Cambridge 1999, S. 15 ff.
- 5 Achim Brunnengräber / Christian Stock: Global Governance: Ein neues Jahrhundertprojekt? In: *Prokla*. 29. Jg., 1999, Nr. 3, S. 445-468; Ulrich Brand / Achim Brunnengräber / Lutz Schrader: *Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung?* Westfälisches Dampfboot, Münster 2000
- 6 Hans-Peter Martin / Harald Schumann: *Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand*. Rowohlt, Reinbek 1996
- 7 Viviane Forrester: *Der Terror der Ökonomie*. Goldmann, München 1998
- 8 Pierre Bourdieu et al.: *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*. Universitätsverlag Konstanz, Konstanz 1997

- 9 Joachim Hirsch: Tote leben manchmal länger. Auf dem Weg zu einem nachhaltigen Neoliberalismus. In: Joachim Bischoff et al. (Hg.): *Das Ende des Neoliberalismus*. VSA, Hamburg 1998
- 10 Eine ausführlichere Auseinandersetzung mit den Formen der Kritik des Neoliberalismus findet sich in: Bröckling / Krasmann / Lemke (Hg.): *Gouvernementalität der Gegenwart*. A. a. O.
- 11 Ein Beispiel dafür ist sicher die Rede von der „Zerstörung der Zivilisation“ bzw. der „sozialen Errungenschaften“: Pierre Bourdieu: *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion*. Universitätsverlag Konstanz, Konstanz 1998, S. 34, S. 68
- 12 Nikolas Rose: Tod des Sozialen? Eine Neubestimmung der Grenzen des Regierens. In: Bröckling / Krasmann / Lemke (Hg.): *Gouvernementalität der Gegenwart*. A. a. O., S. 72-109
- 13 Barbara Cruikshank: *The Will to Empower. Democratic Citizens and Other Subjects*. Cornell University Press, Ithaca and London 1999
- 14 Gilles Deleuze / Félix Guattari: *Tausend Plateaus. Kapitalismus und Schizophrenie II*. Merve, Berlin 1992
- 15 Michel Foucault: Die Gouvernementalität. A. a. O.
- 16 William Walters: Decentring the economy. In: *Economy and Society*. Vol. 28, 1999, Nr. 2, S. 312-323
- 17 Gilles Deleuze / Félix Guattari: *Tausend Plateaus*. A. a. O.; Vgl. auch: Alfred Bürgin: *Zur Soziogenese der Politischen Ökonomie. Wirtschaftsgeschichtliche und dogmenhistorische Betrachtungen*. Metropolis Verlag, Marburg 1993; Pasquale Pasquino: *Theatrum politicum: The Genealogy of Capital-Police and the State of Prosperity*. In: Graham Burchell / Colin Gordon / Peter Miller (Hg.): *The Foucault Effect: Studies in Governmentality*. Hemel Hempstead 1991, S. 105-118
- 18 John Vint: Foucault's Archaeology and Economic Thought. In: *The Journal of Interdisciplinary Economics*. Vol. 1, 1986, S. 69-85; Klaus Türk: „Die Organisation der Welt“. *Herrschaft durch Organisation in der modernen Gesellschaft*. Westdeutscher Verlag, Opladen 1995; J. K. Gibson-Graham: *The End of Capitalism (as we knew it). A Feminist Critique of Political Economy*. Blackwell, Oxford 1996; Michael Bruch: *Herrschaft in der modernen Gesellschaft. Zur Bedeutung des Organisationsverhältnisses in kritischen Theorien der Gesellschaft*. Westdeutscher Verlag, Opladen 2000
- 19 Michel Foucault: Die Gouvernementalität. A. a. O., S. 54; Arturo Escobar: *Constructing Nature. Elements for a poststructural political ecology*. In: Richard Peet / Michael Watts (Hg.): *Liberation ecologies. Environment, development, social movements*. Routledge, London / New York 1996, S. 46-68
- 20 Es handelt sich um das Buch mit dem Titel *Le Miroir politique, contenant diverses manières de gouverner et policier les républiques* (Paris 1555)
- 21 Michel Foucault: Die Gouvernementalität. A. a. O., S. 52
- 22 DIE ZEIT vom 15. 6. 2000, S. 15
- verlag Konstanz, Konstanz 1997
- Brand, Ulrich / Brunnengräber, Achim / Schrader, Lutz: *Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung?* Westfälisches Dampfboot, Münster 2000
- Bröckling, Ulrich / Krasmann, Susanne / Lemke, Thomas (Hg.): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2000
- Bruch, Michael: *Herrschaft in der modernen Gesellschaft. Zur Bedeutung des Organisationsverhältnisses in kritischen Theorien der Gesellschaft*. Westdeutscher Verlag, Opladen 2000
- Brunnengräber, Achim / Stock, Christian: *Global Governance: Ein neues Jahrhundertprojekt?* In: *Prokla*. 29. Jg., 1999, Nr. 3, S. 445-468
- Bürgin, Alfred: *Zur Soziogenese der Politischen Ökonomie. Wirtschaftsgeschichtliche und dogmenhistorische Betrachtungen*. Metropolis Verlag, Marburg 1993
- Cruikshank, Barbara: *The Will to Empower. Democratic Citizens and Other Subjects*. Cornell University Press, Ithaca / London 1999
- Deleuze, Gilles / Guattari, Félix: *Tausend Plateaus. Kapitalismus und Schizophrenie II*. Merve, Berlin 1992
- Demirovic, Alex: *Nachhaltige Entwicklung, Transformation der Staatlichkeit und globale Zivilgesellschaft*. In: Ders.: *Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie*. Westfälisches Dampfboot, Münster 1997, S. 218-259
- Escobar, Arturo: *Constructing Nature. Elements for a poststructural political ecology*. In: Peet, Richard / Watts, Michael (Hg.): *Liberation ecologies. Environment, development, social movements*. Routledge, London / New York 1996, S. 46-68
- Forrester, Viviane: *Der Terror der Ökonomie*. Goldmann, München 1998
- Foucault, Michel: Die Gouvernementalität. In: Bröckling, Ulrich / Krasmann, Susanne / Lemke, Thomas (Hg.): *Gouvernementalität der Gegenwart*. Frankfurt am Main 2000, S. 41-67
- Gibson-Graham, J. K.: *The End of Capitalism (as we knew it). A Feminist Critique of Political Economy*. Blackwell, Oxford 1996
- Hirsch, Joachim: Tote leben manchmal länger. Auf dem Weg zu einem nachhaltigen Neoliberalismus. In: Bischoff, Joachim et al. (Hg.): *Das Ende des Neoliberalismus*. VSA, Hamburg 1998
- Martin, Hans-Peter / Schumann, Harald: *Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand*. Rowohlt, Reinbek 1996
- Pasquino, Pasquale: *Theatrum politicum: The Genealogy of Capital-Police and the State of Prosperity*. In: Burchell, Graham / Gordon, Colin / Miller, Peter (Hg.): *The Foucault Effect: Studies in Governmentality*. Hemel Hempstead 1991, S. 105-118
- Rose, Nikolas: *Powers of Freedom. Reframing political thought*. Cambridge University Press, Cambridge 1999
- Rose, Nikolas: *Tod des Sozialen? Eine Neubestimmung der Grenzen des Regierens*. In: Bröckling, Ulrich / Krasmann, Susanne / Lemke, Thomas (Hg.): *Gouvernementalität der Gegenwart*. Frankfurt am Main 2000, S. 72-109
- Türk, Klaus: „Die Organisation der Welt“. *Herrschaft durch Organisation in der modernen Gesellschaft*. Westdt. Verlag, Opladen 1995
- Vint, John: *Foucault's Archaeology and Economic Thought*. In: *The Journal of Interdisciplinary Economics*. Vol. 1, 1986, S. 69-85
- Walters, William: *Decentring the economy*. In: *Economy and Society*. Volume 28, 1999, Nr. 2, S. 312-323

LITERATUR:

- Altwater, Elmar / Mahnkopf, Birgit: *Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft*. Westfälisches Dampfboot, Münster 1996
- Bourdieu, Pierre: *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion*. Universitätsverlag Konstanz, Konstanz 1998
- Bourdieu, Pierre et al.: *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*. Universitäts-

L'USAGE DE FOUCAULT: MODERNE, POSTMODERNE UND ORGANISATION

1. EINLEITUNG

„The essence of academic work is critique of the taken for granted, in order to open up the possibility of things being different.“¹

Barbara Townley

„Zweikämpfe sind stets immer nur Theater.“² *Michel Serres*

Das Übel erwächst aus der Simplifizierung: „Komplexität ist das Merkmal der Wirklichkeit, während der Dualismus zum Kampf aufruft, zu einem Kampf, in dem der neue Gedanke umkommt (...). Der Dualismus errichtet Wehrtürme, auf denen die streitenden Parteien sich lange Zeit verschanzen, weil es ihnen an Mut fehlt. (...) der Raum des Problems verschwindet unter den zahllosen Gitternetzen der Besatzer. Die Klassifikation – vom lateinischen *classis*, das einen Truppenteil bezeichnet – ist gleichfalls das Ergebnis des Kräfteverhältnisses (...) das Positive und das Negative sind ein und dasselbe, es sind Zwillinge“ – wie Licht und Schatten, wie jede Moderne der Logik des Supplements folgend ihre Postmoderne hat.³

Wenn wir im Folgenden die Diskussion rund um Foucault, seinen Gebrauch in der Organisationstheorie sowie die daraus resultierende Kritik analysieren, dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, dass es sich dabei um eine Simplifizierung seines komplexen und vielschichtigen Werks handelt. In der Diskussion zwischen einer sich modern und einer sich postmodern verstehenden Organisationstheorie⁴ scheinen sich in der Zwischenzeit zwei feindliche Mächte unversöhnlich gegenüberzustehen, der Raum möglicher Problematisierungen ist unter den diskursiven Rastern der Besatzer verschwunden. Bereits in dem für die folgende Diskussion wegweisenden Artikel von Robert Cooper und Gibson Burrell werden die „battle positions which have been drawn up on both sides“ definiert,⁵ und sie kommen zum Schluss, dass „two radically different systems of thought and logic are at work in the modernist-postmodernist confrontation.“⁶

Foucault, der hier in den – nebenbei bemerkt zweifelhaften – Genuss kommt, ein Hauptvertreter der Postmoderne zu werden,⁷ wird mit diesem Gebrauch als Antiorganisationstheoretiker klassifiziert und positioniert: er wird zu einem Denker der Einschränkung und Einschließung. Wie Deleuze⁸ jedoch betont, ist Foucaults Werk vielschichtiger und komplexer, es lässt sich nicht auf diesen einen Punkt reduzieren – im Gegenteil, es scheint ein „gefährliches Supplement“ zur Moderne zu sein, das in einer ständigen Bewegung der Problematisierung Wahrnehmungen verschiebt und Fragestellungen verändert. Gerade diese Beweglichkeit – Deleuze würde sagen: die Fluchtlinien – im Werk Foucaults scheint sich verloren zu haben zugunsten eines „orthodoxen“ Gebrauchs von Foucault, der in jenes „intellectual self-imprisonment“⁹ führt, das Foucault selbst analysiert und kritisiert hat.

Um diese gewagte Behauptung und deren Implikationen etwas deutlicher zu machen, werden wir im Folgenden beispielhaft den Gebrauch Foucaults innerhalb der Organisationstheorie analysieren; wie sich zeigen wird, ist dabei etwas entstanden, das man als „Foucauldian Cage“ beschreiben könnte. In einem weiteren Abschnitt werden wir die diskursiven Strategien und die Wahrheitseffekte sowie deren Kritik seitens „moderner“ Autoren analysieren, die Foucaults Untersuchungen innerhalb der Organisationstheorie produziert hat und die sie produziert haben. Abschließend skizzieren wir eine Fluchtlinie oder Passage, entlang derer wir uns aus der Moderne-Postmoderne Aporie mit einem „deleuzianischen“ Gebrauch von Foucault (zumindest ein kleines Stück) heraus bewegen.

2. L'USAGE DE FOUCAULT

Zunächst wollen wir auf den Gebrauch der Foucault'schen Texte und Analysen innerhalb der Diskussion zwischen moderner und postmoderner Organisationstheorie eingehen. Beispielhaft werden wir dabei eine konkrete Form der Organisation, nämlich der von Personal im Sinne des Human Resource Management (HRM) sowie die von Foucault inspirierte Kritik daran, wie sie etwa Barbara Townley formuliert hat, analysieren.

Mit der Rezeption der Foucault'schen Machtanalysen hat sich vor allem im anglo-amerikanischen Raum eine kritische Gegenrichtung herauskristallisiert; mit diesem „Foucauldian turn“¹⁰ sind die Praktiken des HRM – in erster Linie der Zusammenhang zwischen Macht und Wissen, die konkreten Technologien der Macht sowie deren subjektkonstituierende Wirkung – in den Mittelpunkt einer kritischen Reflexion gerückt. Insbesondere in den Critical Accounting studies wurden die Arbeiten von Foucault intensiv rezipiert.¹¹ Accounting wird hier als eine Technologie des Sehens problematisiert, über die Organisationen einer spezifischen Sichtbarkeit unterworfen werden. Die Konstruktion von Organisationen beziehungsweise Arbeitszusammenhängen in den Kategorien des Accounting unterwirft diese dem zwingenden Blick des Controllers (Controlling Regimes). Im Bereich der Personalforschung hat vor allem Barbara Townley an der Entwicklung einer Foucault'schen Perspektive gearbeitet. Und in der Tat sieht Townley die Problematik des Personalmanagement und des Accounting in einer analogen Weise. Während das Accounting ein Regime der Sichtbarkeit „im großen“ konstituiert, erlauben es die verschiedenen Praktiken des Personal- beziehungsweise Human Resources Management, noch mehr ins Detail zu gehen. Die detaillierte Erforschung der Individuen, die Sichtbarmachung ihrer Stärken und Schwächen, die Multiplikation von Prüfungsprozeduren und Geständnispraktiken ergänzen einander: „both personnel and accounting consti-

tute systems of recording, classifying, and measuring. They represent the operation of governance through calculative order (...) they participate in the disciplining of undisciplined domains. (...) accounting, like personnel, is a technology which affects a strategy of governance and imposes an order on the world."¹²

Uns geht es nun hier nicht um eine weitere kritische Analyse von Managementtechniken und ihrer Machtwirkungen, sondern vielmehr um die „Wahrheitseffekte“¹³, die sich aus einem bestimmten Gebrauch von Foucault im Feld der Organisationstheorie herauskristallisiert haben. Wir wollen also nicht die von Foucault analysierten Praktiken der Disziplinarmacht auf deren Verwendung in den Techniken des (HR-)Managements hin untersuchen, wie dies Barbara Townley so eindrucksvoll getan hat, sondern die mit einem solchen spezifischen Gebrauch von Foucault verbundene Problematik herausarbeiten. Es geht dabei nicht um vermeintliche „Fehler“ oder „Lücken“ in der Rezeption des Foucault'schen Werks und schon gar nicht darum, sich zum Anwalt von oder zum Richter über Foucault zu stillisieren und darüber zu urteilen, wer Foucault „richtig“ und wer „falsch“ verwendet oder interpretiert. Dies scheint uns selbst Teil eines Wahrheitsspiels zu sein, das Foucault als Teil der modernen Macht identifiziert hat.

Uns interessieren allein die Wahrheitseffekte, die Foucaults Analysen eben dieser Wahrheitseffekte im Feld der managementkritischen Organisationstheorie gezeitigt haben, und die Reaktionen, die dieser kritische Diskurs evoziert hat. In diesem Sinne könnte man unsere Analyse quasi als Symptomuntersuchung in den weiteren Kontext der Diskussion zwischen moderner und postmoderner Sozialwissenschaft stellen.

Hier nun unsere These: Aus Foucault wird durch einen bestimmten Gebrauch ein postmoderner *Anti*organisationstheoretiker, mit der Folge, dass die Gegner einer solchen Theorie diese und mit ihr ihren scheinbaren Hauptakteur, nämlich Foucault, als destruktiven und nihilistischen Angriff auf die etablierte, moderne Organisationstheorie verstehen. Foucault wird, um im Bilde der Einleitung zu bleiben, zu einem postmodernen „Wehrturm“ im Kampf gegen die moderne Organisationstheorie und die durch diese produzierten oder legitimierten Einschränkungen. Die „battle positions“ sind klar definiert.

Jenseits, oder vielleicht besser: neben einem solchen Gebrauch von Foucault wollen wir einen anderen, sagen wir in Ermangelung eines besseren Wortes, positiven oder produktiven Gebrauch hervortreten lassen, der in einem gewissen Sinn quer zur moderne versus postmoderne Konfrontation/Opposition steht. Foucault selbst würde wahrscheinlich von einer „Problematierung“¹⁴ beziehungsweise von einer „Grenzhaltung“¹⁵ sprechen, die sich einem Entweder-oder verweigert und stattdessen an einer Verschiebung von Wahrnehmungsweisen arbeitet.

Keineswegs sind wir jedoch die Ersten, die einer solchen Idee folgen, und die eine solche Idee verfolgt¹⁶: Burrell hat schon in seinem wegweisenden Artikel in Bezug auf Foucault von einer „(...) vision to be developed in fruitful and controversial ways by those interested in opening up our discipline and our organizations“ gesprochen.¹⁷ Sein Artikel

beginnt mit einem Bekenntnis: er will die Aufmerksamkeit auf die „positive aspects of Foucault's work“ richten¹⁸ und wendet sich dessen kanonische Auslegung: „As Foucault has done unto Nietzsche so are we able to unto Foucault.“ – Foucault: „The only valid tribute to thought such as Nietzsche's is precisely to use it, to deform it, to make it groan and protest. And if commentators say that I am being unfaithful to Nietzsche that it is of absolutely no interest“ – allerdings wird diese Botschaft lieber zitiert als praktiziert¹⁹ und so bleibt auch Burrell – trotz gegenteiliger Beschwörungen – in einer rein negativen Anti-Position stecken: Foucault als „anti-modernist“ mit seiner „pessimistic“ „anti-science“²⁰.

Burrell, der Foucault auf diese Weise konstruiert, bleibt nur eine Möglichkeit, die radikaler und negativer kaum sein könnte: „Reality, and our discourse about reality, are both ever more closely confining. Thus we are imprisoned by our knowledge and made freer by our ignorance. Only to the extent that we stop talking about types of organizations do we succeed in not reproducing the disciplinary society.“²¹ So scheint es, dass die „positiv aspects of Foucault“, auf die sich Burrell konzentrieren wollte, sich darauf beschränken, sich und seinen Lesern deutlich vor Augen zu führen, dass wir alle in einem Gefängnis leben, aus dem es kein Entrinnen gibt. „According to Foucault, since all of us belong to organizations and all organizations are alike and take the prison as their model, we are all imprisoned (...)“²²

Mit einer Reihe diskursiver Strategien installiert Burrell eine Ordnung in Foucaults Text: zunächst präsentiert er einen Überblick über Foucaults Werk, um *Überwachen und Strafen* als *das* für die Organisationstheorie entscheidende Buch zu bestimmen; darin nimmt er nun wiederum auf die Gefängnismetapher Bezug, konkret auf jenen vielzitierten Satz, wonach man sich nicht wundern solle, warum alle Schulen den Gefängnissen und die den Fabriken und und und gleichen²³

Ein solcher Gebrauch der Foucault'schen Analysen, der zu einem Gutteil die machtanalytischen Untersuchungen inspiriert hat, produziert eine „neue Orthodoxie“²⁴, einen „Foucauldian Cage“²⁵, einen paradigmatischen Foucauldianism, der zwar erlaubt, anders zu sehen als mit herkömmlichen Perspektiven, zugleich aber „(...) prevents someone from being able to see anything other than self-surveilling subjects who imprison themselves in various kinds of panopticons.“²⁶ – Aber wir eilen unserer Geschichte voraus ...

3. DIE DISKURSIVE KONSTRUKTION DES FOUCAULDIAN CAGE

„In effect, Foucault paints himself, and his devotees, into a corner.“²⁷
Hugh Willmott

Hugh Willmott, der zusammen mit David Knights²⁸ zur Verbreitung Foucault'scher Konzepte in der Organisationstheorie, in den Organization Studies, in der Labour-processtheorie sowie auch in der kritischen Accountingforschung einen wichtigen Beitrag geleistet hat, spricht hier eine Problematik an, der wir uns im Folgenden widmen wollen. Als Beispiel greifen wir hier die Arbeit von Barbara Townley auf, die Foucaults Konzepte für eine kritische Analyse der mo-

dernen Praktiken des HRM verwendet. Barbara Townley gehört im Bereich der Management- und Organisationsforschung sicherlich zu den profiliertesten „Foucauldians“. In einer Reihe von Beiträgen hat sie eine Foucault'sche Perspektive auf Organisation und Management entwickelt²⁹ und sie wird auch in den einschlägigen Überblicksarbeiten³⁰ als herausragende „Foucauldian“ zitiert. Wir wollen uns mit Townleys Zugang gerade deshalb kritisch auseinandersetzen, weil er einen einfluss- wie kenntnisreichen Versuch darstellt, das Foucault'sche Denken für ein neues Verständnis von Organisation und Management zu nutzen und in exemplarischer Weise einen spezifischen Gebrauch von Foucault illustriert. Townleys Rekonstruktion des HRM aus Foucault'scher Perspektive eignet sich besonders gut, um deutlich zu machen, wie aus dem vielschichtigen, widersprüchlichen und dynamischen Werk von Foucault ein *fester Bezugsrahmen* wird, in den unterschiedlichste Techniken und Praktiken des modernen Managements eingeordnet werden können. Wenn wir uns hier in kritischer Absicht mit diesem Zugang auseinandersetzen, so nicht um irgendwelche „Falschheiten“ oder „Fehler“ in ihrer Foucault Rezeption nachzuweisen – das wäre nicht nur langweilig, sondern auch fruchtlos –, vielmehr wollen wir uns in unserer Kritik von dem leiten lassen, was Townley³¹ selbst in Anschluss an Foucault „writing in friendship“ genannt hat: „It is not to act as the polemicist, encased in privileges.“

In ihrem 1994 erschienenen Buch *Reframing Human Resource Management. Power, Ethics and the Subject at Work* ist dieser Rahmen deutlich erkennbar. Während gerade der Bereich des Personalmanagements in der herkömmlichen Managementforschung in einem funktionalistischen Rahmen diskutiert wird, versucht Townley, mit Foucault die politische Dimension des HRM deutlich zu machen. Townley positioniert sich dabei selber in einer kritischen Tradition. Sie will das rein technisch-instrumentelle Erkenntnisinteresse der mainstream-Forschung im Bereich des HRM überwinden und geht von einem emanzipatorischen Erkenntnisinteresse aus. Ihr Interesse liegt also nicht darin, zu einer Effizienz und Effektivitätssteigerung im Bereich der „Nutzung von Humanressourcen“ beizutragen – ihr geht es vielmehr um die Frage, „how can the academic study of HRM help people at work“³²: „To do so, it must articulate their practical experience. Whether explicitly acknowledged, or not, the experience of work is located in, and constituted by, power relations. To be relevant, therefore, HRM must provide people with a framework for understanding power.“

Entsprechend Foucaults Konzept der Disziplinarmacht wird in der Analyse die Aufmerksamkeit nicht auf die Strategien und (verborgenen) Absichten einer dominanten Gruppe (in diesem Falle des Managements gegenüber dem „Personal“) gelegt – sondern auf die Vielzahl von Mikropraktiken, über die Arbeitsprozess strukturiert, geordnet, reguliert wird. Die diversen Praktiken des HRM werden zu Technologien, über die der (individuelle und kollektive) „body of labour“ zu einer geordneten und disziplinierten Arbeitskraft wird. Den Ausgangspunkt für diese Konstruktion bildet der Arbeitsvertrag beziehungsweise das, was in der Personalforschung als das „personalpolitische Transforma-

tionsproblem“ bekannt ist,³³ welches sich aus der Differenz zwischen Arbeitsvermögen und Leistung beziehungsweise dem Versprechen auf Leistungserstellung und der tatsächlichen Arbeitsleistung ergibt.

Entsprechend der Foucault'schen Sichtweise wird die Aufmerksamkeit in der Analyse weder auf „Organisationen“ noch auf „Individuen“ gelenkt. Denn aus der Sicht von Foucault sind sowohl Objekte wie Subjekte als *Produkt oder Effekt von sozialen Praktiken* zu verstehen.

„A Foucauldian analysis stresses the importance of practices of organizing, not organization: how individuals and their activities become organized and translated, and the mechanisms and the practices which have been developed for this. The emphasis is with issues of ‚how‘: how the indeterminacy of contract is resolved, in particular, how the ‚analytical space‘ between expectation and deliverance of performance is articulated.“³⁴

Foucaults Konzept von Wissen/Macht beziehungsweise der „governmentality“³⁵ wird verwendet, um Praktiken des HRM in einer neuen Weise zu verstehen. Beim Diskurs des HRM, der vielfach (von humanistisch-kritischen orientierten Autoren) als eine neue Managementideologie bezeichnet wird, welche die Realitäten der Ausbeutung und Herrschaftssicherung hinter einer humanistischer Rhetorik verschleiert,³⁶ handelt es sich um ein Wissen/Macht-Regime, über das die Arbeitsbeziehungen in Organisationen reguliert, gelenkt und konstituiert werden. Im Unterschied zu ideologiekritischen Arbeiten wird dabei weniger auf den Aspekt der „Falschheit“ des Wissens beziehungsweise der verzerrten Repräsentation der Realität abgezielt, sondern vielmehr auf den Aspekt der Machtgeladenheit des Wissens Bezug genommen: „The focus becomes ... the processes by which objects are rendered amenable to intervention and regulation by being formulated in a particular way. Such an approach emphasizes the mechanisms of inscription, recording and calculation which constitute the discursive practices which make government possible. Its focus is those regulatory mechanisms which make a domain or area open to regulation, the mechanisms and processes through which aspects of life at work become governable.“³⁷

Als *Diskurs* stellt HRM eine Sprache zur Verfügung, über die die menschliche Arbeitskraft, Arbeitsbeziehungen ... auf bestimmte Art und Weise konstruiert und wahrgenommen werden. „Das Personal“ als Objekt des Managements existiert also nicht an sich, sondern wird allererst über diesen Diskurs konstituiert. Das gilt nicht nur auf der Ebene des allgemeinen Diskurses in dem historisch wechselnde Konstruktionen beziehungsweise Identitäten des arbeitenden Menschen erzeugt werden,³⁸ sondern auch auf der Ebene von Einzelorganisationen, in denen diese Diskurse „enacted“ werden.

„Through its discourse and practices, personnel renders organizations and their participants calculable arenas. In a variety of technologies, personnel provides the means by which activities and individuals become knowable and governable. These personnel practices do not ‚reflect‘ reality: they actively order and create it.“³⁹

Wie bereits der Titel des Buches – *Reframing HRM* – deutlich macht, geht es Townley darum, den Diskurs und

die Praktiken des HRM in einen neuen Rahmen zu stellen, in dem die Machteffekte und -wirkungen dieser Techniken sichtbar, analytisch fassbar und damit diskutierbar werden.

Vorwegnehmend können wir die Frage formulieren, ob die Art und Weise, in der sie diesen Rahmen konstruiert, selbst zu einem Käfig wird, der die produktiven und kreativen Potenziale, die in Foucaults Arbeiten stecken, eher verdeckt als zum Vorschein bringt. Townley ordnet dabei die Techniken des HRM in einen Rahmen, den sie aus Foucault'schen Bausteinen konstruiert und in den relativ eindeutig die unterschiedlichsten Praktiken, die zum Zweck des Managements von Arbeitskraft erfunden wurden, eingeordnet werden. Sie subsumiert die Techniken des HRM unter die Kategorien, die Foucault aus der genealogischen Analyse konkreter historischer Situationen gewonnen hat⁴⁰, und unterscheidet dementsprechend zwischen Teilungspraktiken, der Kontrolle der Aktivitäten, Objektivierungspraktiken und Subjektivierungspraktiken.

Für jede dieser Praktiken lassen sich unzählige Beispiele aus dem Arsenal des (Personal- beziehungsweise Human Resource) Managements finden. In dieser Betrachtungsweise wird die Produktion von Personal – das heißt die Produktion von regier- und steuerbaren Menschen – zum zentralen Punkt. Damit ist die Logik der Gouvernementalität auf der Ebene von Arbeitsorganisationen deutlich herausgearbeitet. „[Personnel] fixes individuals in conceptual spaces, orders or articulates the labour process, captures individuals within a form of visibility, a gaze, which serves to render actions, behaviour, and even thoughts, knowable.“⁴¹ Die Problematik, die sich in Townleys Konstruktion eines Foucault'schen Rahmens ergibt, wird deutlich wenn wir Miller und Rose zu Wort kommen lassen.

„Whilst governmentality is eternally optimistic, government is a congenitally failing operation (...) the will to govern needs to be understood less in terms of its success than in terms of the difficulties of operationalizing it.“⁴² Das heißt, die Regierbarkeit, die Berechenbarkeit etc. ist als ein politisches Programm zu verstehen, dessen Dynamik sich gerade aus dem tatsächlichen Scheitern heraus erklärt. Darauf weist zwar auch Townley hin⁴³ – und dennoch wird gerade in der schubladenartigen – „rasterförmigen“ – Erfassung einer Unzahl von Techniken und Praktiken des Personalmanagements (die selbst an ein „Tableau“⁴⁴ erinnert) der Eindruck erweckt, als wäre die governmentality ein abgeschlossener Prozess beziehungsweise ein Prozess, der zum Abschluss kommen könnte.⁴⁵ Die Repräsentation der Techniken des Personalmanagements in *diesem* Foucault'schen Rahmen ähnelt somit dem Idealtyp der bürokratischen Organisation, wie ihn etwa Max Weber gezeichnet hat. Die Rolle des HRM liegt nach Townley in „providing a nexus of disciplinary practices aimed at making employee's behaviour and performance predictable and calculable – in a word ‚manageable‘. Personnel is better understood as the ‚will to knowledge‘, a disciplinary system of power/knowledge, a ‚great web of bureaucracy‘ which evolves ‚endless ways to count and classify people.“⁴⁶

Es ist daher nicht verwunderlich, dass Marsden und Townley⁴⁷ Foucault in eine Linie mit der Organisationstheorie von Max Weber stellen – und in gewissem Sinne das

Bild des „stählernen Gehäuses der Hörigkeit“, aus dem es nach Max Weber „kein Entrinnen“ gibt, in Foucault'scher Terminologie wieder erstehen lassen und damit Einwände provozieren, die in einer Foucault'schen Problematisierung von modernen Praktiken und Techniken des Managements nicht viel mehr als eine Neuauflage des „iron cage“ sehen⁴⁸ und die insbesondere die negative Kritik von Seiten derjenigen Autoren heraufbeschwören, die in Foucault einen Deterministen, Irrationalisten, Negativisten usw. sehen.

Aber, so ließe sich wohl zu recht einwenden, Barbara Townley hat niemals behauptet, dass wir in einem Foucauldian Cage leben, aus dem es kein Entrinnen gäbe. Im Gegenteil, sie ist sich sehr wohl der Komplexität und der Ambivalenz der Machtverhältnisse bewusst: „I do not claim that these techniques produce a totally obedient subject. Nor do I mean to suggest that these practices are purely negative, acting only to constrain the individual. Disciplinary power is simultaneously productive and repressive. That is the essence of its appeal.“⁴⁹

Sind es also nicht wir, die Townley klassifiziert, in einen Raster gesteckt haben, und haben nicht wir durch unseren Gebrauch ihrer Analysen einen Foucauldian Cage gezimmert? – Ja und nein. Ja insofern, als sich auch durch Townleys Texte eine Polyvalenz des Diskurses zieht, die die Ambivalenz von Praktiken hervorstreicht.⁵⁰ Nein, insofern als die Aufmerksamkeit primär auf „(...) the details of practices which bind our organizational lives“⁵¹ gerichtet wird und Foucaults Idee „[to] follow the distribution of gaps and breaches, and watch for openings“⁵² in den Hintergrund gerät. So haben ihre Analysen in der Diskussion zwischen einer modernen und einer postmodernen Organisationstheorie einen ziemlich eindeutigen Wahrheitseffekt erzeugt, und eben diesem Wahrheitseffekt, der untrennbar mit dem Namen Foucault verbunden ist, gilt hier unser Interesse. Wir reduzieren Townley also keineswegs auf den Punkt einer Theoretikerin des Foucauldian Cages, sehr wohl aber hat ihr Gebrauch von Foucault einen Wahrheitseffekt produziert, der Foucault zu einem Denker der Einschließung und Einschränkung gemacht hat und uns, wie Deleuze⁵³ bemerkt, „daran [hindert], sein umfassenderes Projekt wahrzunehmen.“

Um dies herauszuarbeiten, werden wir im folgenden Abschnitt auf die teilweise recht heftige Kritik eingehen, die die von Foucault inspirierten Analysen hervorgebracht haben. Dass diese Kritiken aus unserer Sicht zum größten Teil überzogen und verfehlt sind, ist dabei weniger von Interesse als die Eindeutigkeit und Negativität, die der oben analysierte Gebrauch von Foucault evoziert hat.

4. DIE NEGATIVE KRITIK AN DER KRITIK DES NEGATIVEN

Die Kritik an den Foucault'schen Analysen und durch sie hindurch an Foucault lässt sich in fünf Punkten skizzieren:

– Zunächst wird Foucault als Theoretiker des Foucauldian Cage (miss-) verstanden.⁵⁴ Dabei wird der Foucauldian Cage als *die* „Foucauldian perspective“ verstanden und als rein negativ kritisiert – und mit ihr Foucault: „I am simply uncertain as to why the journey is worth beginning on his

own terms. In other words, what can critical studies of organization achieve from a Foucauldian starting point – apart from the creation of new discursive ‚iron cages‘?⁵⁵ Und weiter: „It seems as if the very language of poststructuralism prevents someone from being able to see anything other than self-surveilling subjects who imprison themselves in various kinds of panopticons.“⁵⁶ Gibson Burrell bestätigt diesen Effekt, wenn er darauf hinweist, dass „(...) within organization studies, attempts have been made to elevate *surveillance* to a *primary focus* of attention and, *almost weekly*, new analyses of *panopticism* appear which show the relevance of Foucault in the mid 1990s through his concentration on power-knowledge.“⁵⁷

Wie in der postmodernen Problematisierung generell wird bei Foucault eine „celebration of rejection“⁵⁸ diagnostiziert; Foucault wird dabei zu einem negativen, reaktiven Anti-Organisationstheoretiker, der die Kritik(er) selbst auf Irrwege führe: „the warnings of Foucault-inspired organization theorists carry on a tradition of rebellion against communal authority. It is this rebellion and this desire for an impossible autonomy that continue to make the power/knowledge framework attractive today and lead many distrustful minds along the absurd road of endless criticism.“⁵⁹

– Daran anschließend werden zweitens die Foucault'schen Analysen wegen ihrer fehlenden politischen Handlungsperspektive kritisiert. Sie führe, so der Vorwurf, zu einer „(...) inability to articulate a politics of the organization – or political positions more general – because they [the Foucauldians] have disqualified all the grounds for judgement.“⁶⁰

– Eng damit zusammen hängt der Vorwurf, dass normative Kriterien fehlen, was unweigerlich zu Unmöglichkeit beziehungsweise Unhaltbarkeit eines jeden ethischen Standpunktes führe: „Since there is a refusal to clarify the normative criteria for distinguishing more or less acceptable forms of power, the Foucauldian struggle against subjection is not only restless but fundamentally capricious, individualistic and ultimately nihilistic.“⁶¹ Martin Parker verschärft diesen Kritikpunkt, insofern er aus dem Fehlen von klarer normativer Kriterien den Schluss des „anything goes“ zieht: „The impossibility of making distinctions between oppression and emancipation is what leads us to a position of ethical sensitivity (...) Debates about justice and injustice, emancipation and oppression cannot be illuminated by turning to ‚evidence‘. Unfortunately, it is rather difficult to see how any ‚debate‘ could be conducted, since there could be no agreed rules for any intellectual engagement. In other words, with ethics as with epistemology, it might seem that anything goes.“⁶²

– Ein vierter Kritikpunkt bezieht sich auf die Konzeption des Verhältnisses von konkreten Technologien des Managements einerseits und den Strategien des wissenschaftlichen Diskurses andererseits: am Beispiel der Personalauswahl etwa kritisiert Newton, dass „(...) Townley almost appears to suggest that organizational psychologists are the unthinking ‚preprogrammed‘ puppets of their discourse. Her argument comes close to implying that there is a relatively straight line from modern discourse to the constitution of both action and identity (...) her general thesis creates the impression that there is a extremely powerful modern social

science in existence which, if not actively resisted, will constitute the subject and define local power relations, such as that of organizational psychology in disciplining the selection process.“⁶³

– Ein fünfter und letzter Kritikpunkt bezieht sich auf den „failure to theorize subjectivity“⁶⁴ im Rahmen einer Foucault'schen Analyse des Personalmanagements: „Since the subject largely appears as a function of power-knowledge practices – which *make* her vulnerable, and embroil her in a disciplinary matrix – the problem of the subject largely disappears. In other words, because the subject seems to be possess very little agency, there is no need to resolve dualism that might exist between say, an *agential* subject and disciplinary power.“⁶⁵ Mit einer Foucault'schen Analyse lasse sich, so die Kritik, Subjektivität nur als quasi von außen aufgedrücktes Schema denken, niemals jedoch als Eigenleistung eines aktiv handelnden Subjekts konzipieren: „As ‚constitution‘ in discourse involves such active subjects (...) Developing such an account remains an impossibility within current Foucauldian readings because they appear unable to ‚give life‘ to active subjects.“⁶⁶

In der kritischen Organisationsforschung hat nun Willmott⁶⁷ auf jene Art von Zwickmühle hingewiesen, in der sich die kritische Organisations- und Managementforschung befindet. Ihm zufolge ginge es darum, eine kritische Theorie zu entfalten, „that avoids the (humanist) Scylla of Critical Theory without foundering upon the indiscriminating Charybdis of Foucauldianism.“ Was Willmott hier als „undiscriminating Charybdis of Foucauldianism“ bezeichnet, ist weniger Foucault zuzuschreiben als vielmehr einem bestimmten Gebrauch des Foucault'schen Werkes („Foucauldianism“), der dessen „vagabundierendes Denken“ in eine disziplinierte/disziplinierende Schablone, einen festen Rahmen transformiert, der weniger die „Neugier“⁶⁸ anregt, sondern eher den Kritiker in eine Position des Wissenden zu versetzen scheint.

5. FLUCHTLINIEN

„Es gibt im Leben Augenblicke, da die Frage, ob man anders denken kann, als man denkt, und anders wahrnehmen kann, als man sieht, zum Weiterschauen und Weiterdenken unentbehrlich ist.“⁶⁹ – und wir fügen hinzu: ebenso zum Organisieren. Wir wollen in diesem letzten Teil eine Fluchtlinie skizzieren, die uns aus der oben skizzierten „battle position“ herausführt.⁷⁰

Foucault hat einen Gebrauch seines Werkes nahe gelegt, der uns über den Foucauldian Cage hinauszuweisen scheint: „Arbeiten aber heißt“, so Foucault, „unternehmen, etwas anderes zu denken, als man zuvor dachte.“⁷¹ Wer in diesem Sinn mit Foucault arbeiten möchte, muss über seine Analysen hinausgehen, darf sie nicht als fertige Rezepte⁷² verstehen, sondern muss versuchen, neue Räume für bisher ungedachte Möglichkeiten zu (er)finden – mit Foucault gesprochen: „Alles in allem geht es darum, die in Form der notwendigen Begrenzungen ausgeübte Kritik in eine praktische Kritik in Form einer möglichen Überschreitung zu transformieren.“⁷³

Es geht also nicht darum, ein von Foucault inspiriertes

Denken als Antiorganisationstheorie einer modernen Organisationstheorie antithetisch gegenüberzustellen; eine postmoderne Organisationstheorie „opens space for others to enact different worlds in ambivalent spaces which are not yet inside or outside the organizational texts.“⁷⁴ Postmoderne Kritiken wie die von Foucault öffnen Räume für ein neues Denken und Organisieren⁷⁵: „Genealogical analyses, offering very detailed historical documentation of what otherwise may have become naturalized, offer important ways to rethink current issues (...)“⁷⁶ Ein solches Denaturalisieren, Dekonstruieren von scheinbar unabdingbar Notwendigem (oder Unmöglichem) führt (potenziell) zu einem „opening new sites of engagement“.⁷⁷ Die zentrale Frage ist nun, wie sich diese Räume in einem positiven Sinn verwenden lassen: „But, once, you’ve deconstructed, then what? How can we reconstruct, or get anything positiv from this?“ – wie Caías/Smircich rhetorisch fragen.⁷⁸

Versuchen wir also, mit Foucault – vor allem der deleuzianischen Interpretation seines Werks – und mit den Analysen von Townley ein solches Arbeiten zu skizzieren, das versucht, die „organization of the body of labour“ und damit implizit Subjektivität anders zu denken. Der „body of labour“ (bol), heterogene Gefüge sowie die Falte sind jene Begriffe, mit denen wir dieses experimentelle Unterfangen angehen.

Den Begriff des „body of labour“ greifen wir von Townley auf, drehen ihn aber so, dass die Prozesshaftigkeit von Organisation stärker in den Vordergrund rückt, ohne die konstitutive Bedeutung von Praktiken zu vergessen. Die Organisation des bol wird dabei verstanden als Wechselspiel zwischen jenen Technologien und Mikropraktiken der Macht, die das „Ordnen menschlicher Vielfältigkeiten sicherstellen sollen“⁷⁹ und aus denen sich relativ stabile (molare) Einheiten bilden *und* jenen Elementen, die sich nicht nur dem Zugriff der Macht entziehen, sondern allererst durch ihn konstituieren. Die Organisation des bol bezeichnet die komplizierte Bewegung, das komplexe Wechselspiel zwischen den Praktiken des Ordners, Regulierens, Klassifizierens *und* jener supplementären „irreducible otherness“⁸⁰, die sich teils dem Zugriff der Macht entzieht, teils allererst aus ihm hervorgeht. Jede Macht impliziert immer schon diese „irreducible otherness“⁸¹, welche sie auf verschiedene Weise faltet und womit sie zumindest temporär stabile Zustände herstellt.⁸²

Der bol konstituiert sich allgemein gesprochen als Wechselspiel *zwischen* Ordnung und Rauschen, „Organization/Disorganization“⁸³, Hierarchie und Rhizom, organlosem Körper und Organismus, De- und Reterritorialisierung.⁸⁴ Jeder der beiden Pole impliziert den anderen, er konstituiert sich, in dem er sich zu ihm auf eine bestimmte Art in Beziehung setzt, indem er ihn faltet.

In diesem sich verschiebenden und transformierenden Prozess lässt sich das Subjekt nicht mehr als autonome Einheit konzipieren, vielmehr entsteht es im bol als Netzwerk aus menschlichen und nicht-menschlichen, heterogenen Elementen, die miteinander (temporär) in Beziehung treten: es ist „a heterogeneous assemblage of materials and textuality spread across diverse and (in some parts) nonlocalizable networks and flows.“⁸⁵

Die von Barbara Townley so eindrucksvoll beschriebenen

Mikropraktiken der Macht produzieren also, wie sie selbst zurecht anmerkt, keineswegs ein „totally obedient subject“; auch handelt es sich bei diesen Techniken (in diesem Fall die Organisationstechnologien, die unter dem Label HRM zusammengefasst sind) nicht um ein einheitliches Regime, sondern eher selbst um ein heterogenes Ensemble von Praktiken, die sich wechselseitig stützten, ergänzen, zum Teil aber auch widersprechen und konterkarieren.⁸⁶ Nikolas Rose, der an die Foucault’sche Genealogie anknüpft, hat dies besonders betont:

„Human beings are not the unified subjects of some coherent regime of domination that produces persons in the form in which it dreams. On the contrary, they live their lives in a constant movement across different practices that address them in different ways. Within these different practices, persons are addressed as different sorts of human being, presupposed to be different sorts of human being, acted upon as if they were different sorts of human being.“⁸⁷

Wie lässt sich nun Subjektivität in einem solchen komplexen wie heterogenen bol konzipieren? Ohne Zweifel ist es einer der Hauptaspekte im Werk Foucaults, Subjektivierung neu zu denken.⁸⁸ Nun hat Foucault zwar Subjektivierung von Anfang an als ein „System mit zwei Eingängen“⁸⁹ verstanden – dennoch hat er in seinen früheren Arbeiten, die in der Organisationstheorie so einflussreich geworden sind, das Hauptaugenmerk auf die Prozesse der Unterwerfung (*assujettissement*) gelenkt und den Aspekt der Subjektivierung (*subjectivation*) unterbelichtet – wenn nicht ganz ausgespart. Die Ausdifferenzierung des Konzepts der Subjektivierung, die Foucault in seinem späteren Werk vorgenommen hat, eröffnet eine neue Perspektive, die eine Form von Subjektivierung zu denken erlaubt, die nicht das autonome Subjekt in den Mittelpunkt stellt, sondern danach fragt, in welcher Weise das „Außen“ nach innen gefaltet wird, mit welcher Kraft der „Mensch“ ein Gefüge eingeht, das ihn allererst konstituiert.⁹⁰

Diesen Prozess hat Foucault mit der berühmt-berühmten Geschichte vom „Tod des Menschen“ beschrieben: die Menschen haben „im Laufe ihrer Geschichte nie aufgehört, sich selbst zu konstruieren, das heißt ihre Subjektivität beständig zu verschieben, sich in einer unendlichen und vielfältigen Serie unterschiedlicher Subjektivitäten zu konstituieren. Diese Serie von Subjektivitäten wird niemals zu einem Ende kommen und uns niemals vor etwas stellen, das ‚der Mensch‘ wäre. Die Menschen treten ständig in einen Prozess ein, der sie als Objekte konstituiert und sie dabei gleichzeitig verschiebt, verformt, verwandelt – und der sie als Subjekte umgestaltet. Das war es, was ich sagen wollte, als ich undeutlich und vereinfachend vom Tod des Menschen sprach.“⁹¹ Der Mensch ist also keine autonome, konstante Einheit, sondern in einem beständigen Prozess der Subjektwerdung, der Verschiebung, Umgestaltung und Transformation begriffen (Deterritorialisierung), der sich an manchen Punkten wiederum kristallisiert (reterritorialisiert). „Gibt es denn nicht jedesmal“, so fragt Deleuze, „wenn ein sozialer Wandel erfolgt, eine Bewegung der subjektiven Umgestaltung mitsamt ihren Ambiguitäten, aber auch ihren Möglichkeiten?“⁹² und: „Sagt man denn nicht oft, daß die Kräfte im Menschen bereits zu anderen Kräften in Bezie-

hung getreten sind, denen der Information, die mit ihnen etwas anderes bilden als den Menschen, unzerlegbare ‚Mensch-Maschine-Systeme‘ (...)“⁹³ Foucault hat für diesen Prozess des In-Beziehung-Setzens von heterogenen Elementen den Begriff des Regierens verwendet. Regieren bezieht sich weder auf ein Territorium noch auf die Leute, die es bewohnen, sondern „auf eine Art Komplex, gebildet aus den Menschen und den Dingen. Das heißt, daß diese Dinge, für welche die Regierung die Verantwortung übernehmen muß, die Menschen sind, aber die Menschen *in ihren Beziehungen, ihren Verbindungen und ihren Verwicklungen* mit jenen Dingen, den Reichtümern, Bodenschätzen, und Nahrungsmitteln, natürlich auch dem Territorium innerhalb seiner Grenzen, mit seinen Eigenheiten, seinem Klima, seiner Trockenheit und seiner Fruchtbarkeit; die Menschen in ihren Beziehungen zu jenen anderen Dingen wie den Sitten und Gebräuchen, den Handlungs- oder den Denkweisen und schließlich die Menschen in ihren Beziehungen zu jenen nochmals anderen Dingen, den potentiellen Unfällen, oder Unglücken wie Hungersnot, Epidemien und Tod.“⁹⁴ Regieren bezieht sich also nicht auf ein Subjekt, das für sich isoliert zu disziplinieren und zu unterwerfen wäre („Regieren durch Individualisieren“), sondern Regieren heißt, die „Verwicklungen *zwischen* den Menschen und den Dingen“⁹⁵, ihre Beziehungen zu organisieren.

Mit Deleuze lässt sich dieser Prozess als *Faltung* verstehen: Subjekt-Sein bedeutet darin eine spezifische Art des Faltens, eine Form des *In-Beziehung-Setzens* heterogener Elemente⁹⁶. Das Subjekt ist dabei keine autonome Einheit mehr, die für sich entwickelt, gefördert, beurteilt ... werden könnte, es ist weder autonom noch determiniert.⁹⁷ Es existiert vielmehr lediglich, insofern es im *bol* Gefüge mit heterogenen Elementen eingeht, die es verändert und die es verändern und insoweit es die Kräfte – auch die der subjektivierenden Unterwerfung – faltet, entfaltet und umfaltet. Subjektivität entsteht nie außerhalb dieser Machtverhältnisse, sondern konstituiert sich nur in ihnen, temporär, mit all ihrer Ambivalenz und Produktivität.⁹⁸ Und lassen sich Faltungen denken und organisieren, „die nicht notwendig in die Bildung einer Menschen-Form eingehen, sondern sich auf eine andere Weise, in anderen Zusammensetzungen, in einer anderen Gestalt auftreten?“⁹⁹ Lassen sich nicht Mensch-Maschine Systeme, Gefüge, bestehend aus „human and nonhuman“-Elementen, denken, die nicht mehr das Subjekt in den Mittelpunkt stellen, sondern eben die Vernetzung von „Mensch“, Maschinen, Informationen, Wissen, Macht, kurz: Faltungen, die uns in ein anderes Verhältnis zu den Kräften im *bol* setzen und uns umgestalten? – Das wäre unser Fragezeichen ...

Eine mögliche Antwort – so vermuten wir – finden wir nicht ready-made bei den „Meisterdenkern“, sondern nur vorläufig – im experimentellen Gebrauch der heterogenen Materialien, die sich produktiv und temporär zusammenfügen. Ein Arbeiten, das als kollektiver Prozess zu verstehen ist, der der individualisierenden Macht entgegenwirkt, ohne sich auf vergemeinschaftenden Konzepte zu stützen, die den „body of labour“ als imaginäre Einheit konstituieren.¹⁰⁰ Dies ist für uns die Fluchtlinie, die über die Opposition hinausweist: „Viel nötiger ist es, zu ‚ent-individualisieren‘, und

zwar mittels Multiplikation und Verschiebung, mittels diverser Kombinationen. *Die Gruppe darf kein organisches Band sein, das hierarchisierte Individuen vereint, sondern soll ein dauernder Generator der Ent-Individualisierung sein.*“¹⁰¹

Das heißt, etwa auf unseren Bereich übertragen, auch, dass es gerade nicht darum geht, moderne und modernistische Konzepte der Organisation(stheorie) einfach abzulehnen oder zu verwerfen (kein Leben außerhalb von Machtverhältnissen!) – es heißt vielmehr, diese in einer Weise „umzubiegen“¹⁰², die eine Entfaltung des eigenen Potenzials sowie der Kräfte des Gefüges ermöglicht, statt sich als Individuum dem normalisierenden Blick des Experten unterzuordnen. Vielleicht wird so die Organisation des *bol* zu dem, was Michel Serres als das intelligente Leben im Zwischenraum zwischen Ordnung und Chaos bezeichnet hat¹⁰³ – ein intelligentes Leben, das im Wechselspiel zwischen organization/disorganization, Organismus/organlosem Körper besteht; das Subjekt wäre in diesem (*und nur in diesem*) Prozess der De- und Reterritorialisierung temporär stabil, immer bereit, einer (Flucht-)Linie von einem zum anderen Pol zu folgen. Seine eigentliche „Identität“ läge in den Transformationsprozessen, in den Falten, die der *bol* produziert und die ihn produzieren.

ANMERKUNGEN:

* *Martin Kornberger möchte sich an dieser Stelle für die großzügige Unterstützung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften bedanken.*

1 Townley 1994a, S. 28

2 Serres 1980a, S. 88

3 Serres 1980, S. 24 f.

4 Vgl. zum Überblick Chia 1995; Alvesson / Deetz 1996; Cooper / Burrell 1988; Parker 1992, 1995 mit Diskussion; für den deutschsprachigen Raum siehe die Beiträge in Schreyögg (Hg.) 1999; Weik 1996, 1998; Bauer 1996; Pelzer 1995; Heintz 1996; Ortmann 2000

5 Cooper / Burrell 1988, S. 91

6 A. a. O., S. 110. So zeigt auch das Werk von Habermas für Burrell „the possibility of a *defence* for organization theory in the face of the gathering *attack* now being assembled by those in the sway of postmodernism.“ (1994, S. 2; Hervorhebung Weiskopf / Kornberger); kritisch zu einem solchen dualen Modell etwa Schreyögg / Koch 1999, S. 16; Koch 1999, S. 112; Weiskopf / Willmott 1999. Wir berühren mit dieser Fragestellung ein weit größeres Problemfeld, das wir hier nur erwähnen können: nämlich den Dualismus als zweifelsohne einfachste Organisationsform des Denkens; diese einfache Figur, die Diskurse organisiert, findet sich nicht nur in der Diskussion um Postmoderne versus Moderne, sondern ebenso in der Debatte angewandte versus theoretische BWL, ökonomisch versus sozialwissenschaftlich, kritisch versus affirmativ, usw. Vielleicht geschieht irgendwann der Fortschritt, von dem schon Nietzsche träumte: „Wenn irgend etwas unsere Vermenschlichung, einen wahren tatsächlichen Fortschritt bedeutet, so ist es, daß wir keine exzessiven Gegensätze, überhaupt keine Gegensätze mehr brauchen ...“ Nietzsche, KSA Bd. 13/15[60] und Bd. 2. WS 67.

7 Foucault selbst hat seine Arbeit durch ein „modernes Ethos“ charakterisiert. Darunter versteht er eine Haltung, die sich dafür interessiert, wie die Dinge, so wie sie sind auch anders

- sein könnten. Diese „moderne“ Haltung ist „genealogisch in ihrer Finalität und archäologisch in ihrer Methode.“ (Foucault 1994)
- 8 Deleuze 1995
- 9 Atkin / Hassard 1996
- 10 Weiskopf 2000, S. 3. „In sum, Foucauldian work has moved increasingly towards the centre stage of organization studies.“ (Newton 1998, S. 416; Savage 1998; Deetz 1998; im deutschsprachigen Raum siehe Ortmann 1984 (!); Gorbach / Weiskopf 1993; Laske / Weiskopf 1996; Neuberger 1997)
- 11 Wie etwa Keith Hoskin bemerkt: „For the strange fact is that Foucault virtually wrote nothing on management or accounting, yet has, even so, become a theorist of major influence within these fields. (...) Figures may lie, but he has certainly been one of the most-cited authors in journals such as *Accounting, Organizations and Society, Accounting Auditing and Accountability Journal* and *Critical Perspectives on Accounting* in the past few years. In addition, as a measure of ‚quality‘, he is the inspiration for perhaps ten percent of the articles included in a recent survey of ‚classic‘ and ‚near classic‘ accounting articles, based on citation count over the past three decades.“ Hoskin 1998, S. 94 und Fußnote 2. (vgl. Hoskin 1994; Hoskin / Macve 1994)
- 12 Townley 1994, S. 145
- 13 Foucault 1978; Townley 1994, S. 24
- 14 Vgl. dazu Lemke 1997, S. 354-361
- 15 Foucault 1984a
- 16 Ausgezeichnet: Steyaert / Janssens 1999, S. 187 ff.
- 17 Burrell 1998, S. 27
- 18 A. a. O., S. 22
- 19 Link 1998. Czarniawska-Joerges 1997, S. 380: „In organization theory, the postmodern attitude is more visible than post-modernist writing.“
- 20 Burrell 1998, S. 27. Ähnlich ergeht es Robert Chia (1996): Er beginnt seine Ausführungen damit, dass dekonstruktiv nicht gleich destruktiv sei – vielmehr „[deconstructive approach] offer inexhaustible opportunities for gaining fresh insights into the ontological character of social organizing processes“ (S. 10); auf Seite 18 klingt das alles schon vorsichtiger: „Deconstructive analyses, therefore can claim to have potentially radical institutional and organizational implication even though these implications are often difficult to pinpoint and incalculable in terms of their long term effects“; und auf Seite 192, am Ende seines Buches, schreibt er: „The value of deconstruction lies in what is denied“.
- 21 Burrell 1998, S. 27
- 22 A. a. O., S. 21. Atkin / Hassard 1996 sprechen in Bezug auf eine solche Argumentation treffend von einem „intellectual self-imprisonment“.
- 23 Gerade die Gefängnismetapher provoziert eine scharfe Kritik an postmodernen Organisationskonzepten – siehe etwa in einer nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig lassende Form Feldman 1998, S. 60
- 24 In der kritischen Accountingliteratur wird verschiedentlich mit Bezug auf die Foucault-inspirierte Problematisierung des Accounting von einer „neuen Orthodoxie“ gesprochen (vgl. z. B. Becker 1999, S. 238)
- 25 Ray / Reed 1994a, S. 189)
- 26 Parker 1999, S. 28
- 27 Willmott 1994, S. 115
- 28 Vgl. z. B. Knights / Willmott 1989
- 29 Vgl. Townley 1993, 1994, 1995, 1998, 1999
- 30 Vgl. z. B. Alvesson / Deetz 1996; Calás / Smircich 1999
- 31 Townley 1994a, S. 28
- 32 Townley 1994, S. 1
- 33 Townley 1998, S. 194
- 34 Townley 1994, S. 18
- 35 Foucault 1991; vgl. dazu auch Burchell et. al. 1991; Miller / Rose 1990; Gordon 1991; Lemke 1997
- 36 Vgl. z. B. Legge 1995
- 37 Townley 1994, S. 14
- 38 Vgl. auch Jacques 1996, 1999; Miller / Rose 1990, du Gay 1996
- 39 Townley 1994, S. 14
- 40 „Meine Absicht war es vielmehr, eine Geschichte der verschiedenen Verfahren zu entwerfen, durch die in unserer Kultur Menschen zu Subjekten gemacht werden. Meine Arbeit befaßte sich darum mit drei Weisen der Objektivierung, die Menschen in Subjekte verwandeln. Zunächst waren da die Untersuchungsverfahren, die sich den Status von Wissenschaften zu geben versuchen (...). Im zweiten Abschnitt meines Arbeitens habe ich die Objektivierung des Subjekts durch das, was ich ‚Teilungspraktiken‘ nennen werde, untersucht. Das Subjekt ist entweder in seinem Inneren geteilt oder von den anderen abgeteilt (...). Schließlich habe ich versucht, die Art und Weise, in der der Mensch sich selber in sein Subjekt verwandelt, zu untersuchen.“ (Foucault 1994, S. 243)
- 41 Townley 1998, S. 194; vgl. S. 203; (Hervorhebung Weiskopf / Kornberger)
- 42 Miller / Rose 1990, S. 10
- 43 Townley 1994, S. 141
- 44 Foucault 1997
- 45 z. B. Townley 1998: in Bezug auf Scientific Management und Human Relations S. 195, in Bezug auf TQM und BPR S. 197 f.
- 46 Hacking 1986, S. 34, Townley 1994, S. 143
- 47 Marsden / Townley 1996, ähnlich auch Clegg 1998, S. 38; Burrell 1998, S. 25 f.
- 48 Clegg, Burrell und auch Townley sind sich sehr wohl über die Differenzen zwischen Foucault und Weber (was etwa den Machtbegriff, die Frage der Intentionalität, sowie auch der methodischen Zugangsweise zur Analyse der Prozesse der Rationalisierung anbelangt) bewusst und machen diese auch deutlich. Foucault selbst hat auf den Unterschied zu Max Weber bestanden. „Discipline is not the expression of an ‚ideal type‘ that of ‚disciplined man‘; it’s the generalization and interconnection of different techniques themselves designed in response to localized requirements (schooling, training troops to handle rifles. *These programmes don’t take effect in the institutions in an integral manner; they are simplified, or some are chosen and not others; and things never work out as planned.*“ (Foucault 1991, S. 80, Hervorhebung Weiskopf / Kornberger)
- 49 Townley 1994, S. 141; 1998, S. 203
- 50 An anderer Stelle schreibt Townley: „[...] what is important is paying attention to the details of practices which bind our organizational lives. An analysis of ‚how‘ of power, practices rather than intentions, allows for a *recognition of the negative and the positive in all practices and an evaluation of their effects.* Through this we can begin to understand the *simultaneous* production of empowerment and repression, commitment and control.“ (1998, S. 206, Hervorhebung Weiskopf / Kornberger)
- 51 Ebenda
- 52 Foucault 1984, S. 105. Diesen Hinweis von Foucault, den dieser in einem frühen Beitrag, in dem er die Position des Autors problematisiert und die Stellung des Autors als einheitliches und autonomes Subjekt seines Diskurses auflöst, werden wir weiter unten wieder aufgreifen. In dem Kontext, aus dem die zitierte Aussage stammt heißt es: „It is not enough, however, to repeat the empty affirmation that the author has disap-

- peared. For the same reason, it is not enough to keep repeating (after Nietzsche) that God and man have died a common death. Instead, we must locate the space left empty by the author's disappearance, follow the distribution of gaps and breaches, and watch for the openings that this disappearance uncovers." (Ebenda). Ähnlich schreibt Foucault an anderer Stelle: „Vielmehr wäre die Frage: Wie kann die Unlöslichkeit des Wissens und der Macht im Spiel der vielfältigen Interaktionen und Strategien zu Singularitäten führen, die sich aufgrund ihrer Akzeptabilitätsbedingungen fixieren, und zugleich zu einem Feld von möglichen Öffnungen und Unentschiedenheiten, von eventuellen Umwendungen und Verschiebungen, welches sie fragil und unbeständig macht, welche aus jenen Effekten Ereignisse machen, nicht mehr und nicht weniger als Ereignisse?“ (Foucault 1992, S. 40, Hervorhebung Weiskopf / Kornberger)
- 53 Deleuze 1995, S. 63
- 54 Exemplarisch Walzer 1986, S. 58 f.: „For it is Foucault's claim [...] that the discipline of a prison, say, represents a continuation and intensification of what goes on in more ordinary places - and wouldn't be possible if it didn't. So we all live to a time schedule, get up to an alarm, work to a rigid routine (...). No one is entirely free from these new forms of social control. It has to be added, however, that subjection to these new forms is not the *same thing* as being in prison. Foucault tends systematically to underestimate the difference (...).“
- 55 Parker 1999, S. 37
- 56 Parker 1999, S. 28; ebenso Newton 1998; Thompson 1993; Willmott 1994; Marsden 1993. In einer direkt an Townley gerichteten Kritik betonen Findlay / Newton 1998, S. 217, dass Townley zwar versichert, dass die Disziplinarmacht positiv und produktiv ist, „whilst negating the difficulties of such a defence.“
- 57 Burrell 1996, S. 400 (Hervorhebung Weiskopf / Kornberger)
- 58 Feldman 1998, S. 63
- 59 Feldman 1997, S. 948. „It is this faith in the kind of criticism that criticizes everything but itself that postmodern and critical management theorists have found in Foucault. But when criticism itself is what is most readily accepted, how do we safeguard the difference between right and wrong?“ (ebenda)
- 60 Parker 1999, S. 29. Ähnlich auch Willmott 1994
- 61 Willmott 1994, S. 115
- 62 Parker 1999, S. 39 f.; Feldmans Kritik zielt auf denselben Punkt, allerdings wirft er der Postmoderne pauschal vor, sie sei eine „general attack on cultural authority“, die „destabilizes already unstable ethical structures“. (1998, S. 60)
- 63 Newton 1998, S. 426 ff.; vgl. dazu auch Newton 1994, 1998; vgl. Thompson 1993, S. 198
- 64 Newton 1998
- 65 Newton 1998, S. 440
- 66 Ebenda; vgl. auch Findlay / Newton 1998, S. 225 ff.
- 67 Willmott 1994, S. 122
- 68 Foucault 1989, S. 15
- 69 Ebenda
- 70 Ähnlich haben Ken Starkey und Alan McKinlay vorgeschlagen „to devote more attention to the legacy of this later work [...] In doing so we will be performing the important critical task of questioning the overwhelmingly negative view of discipline that has preoccupied critical organization theory.“ (1998, S. 238)
- 71 Foucault 1989, S. 15
- 72 „Was ich geschrieben habe, sind keine Rezepte, weder für mich, noch für sonst jemand. Es sind bestenfalls Werkzeuge - und Träume.“ (Foucault 1996, S. 25). An anderer Stelle schreibt Foucault: „(...) es ist wahr, daß bestimmte Leute – zum Beispiel solche, die im Umfeld der Gefängnisinstitution arbeiten (...) – wahrscheinlich keine Hilfen oder Anweisungen in meinen Büchern finden werden, die ihnen sagen, ‚was zu tun ist‘. Allerdings ist es gerade meine Absicht zu erreichen, daß sie ‚nicht länger wissen, was zu tun ist‘, sodaß die Handlungen, Gesten, Diskurse, die bis jetzt scheinbar selbstverständlich waren, problematisch, schwierig, gefährlich werden. Dieser Effekt ist beabsichtigt.“ (Zit. in Lemke 1997, S. 344 f.)
- 73 Foucault 1984d, S. 48
- 74 Calás / Smircich 1991, S. 598; Jackson / Carter 1998
- 75 „Wenn ich von Kritik spreche, so meine ich nicht eine Arbeit der Zerstörung, der Ablehnung und Verweigerung, sondern eine Untersuchungsarbeit, die darin besteht, so weit wie möglich das Wertsystem außer Kraft zu setzen, auf das man sich bezieht, um es zu testen und einzuschätzen.“ (Foucault zitiert in Lemke 1997, S. 355 f., FN 85)
- 76 Calás / Smircich 1999, S. 657 (Hervorhebung Weiskopf / Kornberger); s. a. Townley 1999, S. 300 und 1998, S. 191-195
- 77 Jacques 1999, S. 200
- 78 Calás / Smircich 1999
- 79 Foucault 1976, S. 280
- 80 Lee / Brown 1994
- 81 Vgl. Foucault 1994, S. 255 f.
- 82 Während also Townley den Focus auf die Produktion von Ordnung legt („The focus, therefore, is on how HRM practices operate to create order and knowledge, and through this produce a technology of power.“ (Townley 1994, S. 20), verschieben wir die Aufmerksamkeit auf das Wechselspiel von Ordnung und ihrem Anderen – das jede Ordnung auch prekär macht. (Vgl. dazu auch Foucault 1992, S. 40)
- 83 Cooper 1990
- 84 Michel Serres hat ein solches System wie in unserem Fall der bol als „Transformationsraum“ beschrieben. (1980a, S. 112)
- 85 Lee / Brown 1994, S. 786. Deleuze spricht in diesem Zusammenhang von einem Gefüge, Foucault etwa am Beispiel der Schule von einem „Block“ aus „Fähigkeiten-Kommunikation-Macht“ (einem Dispositiv). (1994, S. 253)
- 86 Dies betont auch Foucault (1994, S. 258) besonders: „Die Formen und Orte des ‚Gouvernements‘ der Menschen untereinander in einer Gesellschaft sind vielfältig, sie überlagern sich, kreuzen sich, beschränken und annullieren sich bisweilen, verstärken sich in anderen Fällen.“
- 87 Rose 1996, S. 142 f.
- 88 Foucault 1994, S. 243; Neuberger 1997, S. 521: „Damit wird Subjektivität nicht mehr etwas, was durch die Disziplinarmacht schablonenhaft oktroyiert wird, sondern eine Eigenleistung, in der auch die kommunikativen und reflexiven Potenzen berücksichtigt werden, die Foucault früher außer Acht gelassen hatte. Eigen-Sinn wird dabei nicht funktionalisiert und instrumentalisiert (etwa als Ressource zur Innovation und Transformation erstarrter organisationaler Strukturen), sondern als ein Spielen mit Möglichkeiten, dem eigenen Leben eine gute Gestalt zu geben.“ (S. 522)
- 89 Foucault in Lemke 1997, S. 114
- 90 Deleuze 1995. Foucault verwendet den Begriff der Regierung für die Wechselwirkung zwischen Herrschafts- und Selbsttechniken, die „ein bewegliches Gleichgewicht mit Ergänzungen und Konflikten zwischen Techniken, die Zwang sicherstellen und Prozessen, durch die das Selbst durch sich selbst konstruiert uns modifiziert wird“, herstellen (zit. in Lemke 1997, S. 264; vgl. Foucault 1994, v. a. S. 255 f.)
- 91 Foucault 1996, S. 85. Townley: „Foucault also suggests (...) that man will be erased ‚like a face drawn in sand at the edge of the sea‘. A change in episteme will result in the ‚death of man‘ (...) a new episteme may herald a conception of thinking

- that has no place at all for man. ‚Knowledge calls for experimentation on ourselves, call us to sacrifice the subject of knowledge‘. The focus should be on excavating this new episteme.“ (1999, S. 300 f.); Lee / Brown 1994
- 92 Deleuze 1995, S. 163
- 93 Deleuze 1995, S. 124. Man beachte die Nähe der Argumentation zur Actor Network Theory (vgl. etwa Law / Hassard (Hg.) 1999)
- 94 Foucault 2000, S. 51 (Hervorhebung Weiskopf / Kornberger)
- 95 Ebenda
- 96 Vgl. Deleuze 1990, S. 163: „(...) diese Faltung der Linie, ist genau das, was Foucault zuletzt ‚Subjektivierungsprozeß‘ nennt [...]“.
- 97 Hugh Willmott weist in seiner Konzeption einer poststrukturalistischen Position in der Organisationsanalyse auf den wichtigen Unterschied zwischen einer poststrukturalistischen Deonstruktion des (humanistischen) autonomen Subjekts und der strukturalistischen Negation des Subjekts hin: „Anti-humanism effectively denies the presence and significance of the subject in the reproduction of social structures. Posthumanism, in contrast decentres the subject without erasing its key importance and capacity to transform these structures, but not as a unified subject. (...) posthumanism gives us ‚a subject who is multidimensional and without center or hierarchical integration‘ (1989, S. 15). It allows that subjects are constituted within diverse discourses that exist in relation of tension to each other; and that it is through the process of emotional-rational struggle that the sense of individual and collective self-identity is developed (...)“ (Willmott 1998, S. 100, mit einem Zitat von Sampson). Eine ähnliche Position – wenn auch stärker mit Bezug auf die Actor-Networktheorie und auch Donna Haraways Konzeption der Cyborgs – vertreten Cooper und Law 1995.
- 98 Die Produktivität der Machtverhältnisse hat v. a. Deleuze in seiner Foucault-Interpretation betont, wenn er schreibt, „daß die Macht sich nicht auf das Leben richtet, *ohne ein Leben ans Licht zu bringen und zu fördern*, das gegen die Macht Widerstand leistet.“ (1995, S. 131, Hervorhebung Weiskopf / Kornberger)
- 99 Deleuze 1995, S. 175
- 100 Vgl. dazu im Bereich der Personalpolitik Krell 1994. Vgl. auch Rose 2000 zu „Gemeinschaft“ als politische Strategie.
- 101 Foucault 1977, S. 230 (Hervorhebung Weiskopf / Kornberger)
- 102 Deleuze 1995
- 103 Serres 1980, S. 193
- LITERATUR:**
- Alvesson, Mats / Deetz, Stanley 1996: Critical Theory and Postmodernism Approaches to Organizational Studies. In: Clegg, Stewart R. / Hardy, Cynthia / Nord, Walter N. (Hg.) 1996, S. 191-217
- Atkin, Ian / Hassard, John 1996: Liberation From Within? Organizational Implications of Irigaray's Concept of ‚Residue‘. In: Boje, David M. / Gephart, Robert P. Jr. / Thatchenkery, Tojo Joseph (Hg.) 1996, S. 125-139
- Bacharach, Samuel B. / Gagliardi, Pasquale / Mundell, Bryan (Hg.) 1995: *Research in the Sociology of Organizations*. Volume 13. Jai Press, Greenwich/Connecticut/London
- Bauer, Robert 1996: *Brüchige Strukturen. Theoretische Grundlagen postmoderner Organisationsforschung*. Universitätsverlag Rudolf Trauner, Linz 1996
- Becker, Albrecht 1999: Accounting: Diskurs oder soziale Praxis? Kritik der postmodernen Accountingforschung. In: Schreyögg, Georg (Hg.) 1999, S. 235-264
- Boje, David M. / Gephart, Robert P. Jr. / Thatchenkery, Tojo Joseph (Hg.) 1996: *Postmodern Management and Organization Theory*. Sage, Thousand Oaks / London / New Delhi
- Bröckling, Ulrich / Krasmann, Susanne / Lemke, Thomas (Hg.) 2000: *Gouvernementalität. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Suhrkamp, Frankfurt am Main
- Burchell, Graham / Gordon, Colin / Miller, Peter (Hg.) 1991: *The Foucault Effect. Studies in Governmentality*. Harvester Wheatsheaf, London
- Burrell, Gibson 1988: Modernism, Postmodernism and Organizational Analysis 2: The Contribution of Michel Foucault. In: *Organization Studies*, 9/2, S. 221-235
- Burrell, Gibson 1994: Modernism, Postmodernism and Organizational Analysis 4: The Contribution of Jürgen Habermas. In: *Organization Studies*, 16/1, S. 1-45
- Burrell, Gibson 1996: Normal Science, Paradigms, Metaphors, Discourses and Genealogies of Analysis. In: Clegg, Stewart R. / Hardy, Cynthia (Hg.) 1996, S. 388-404
- Burrell, Gibson 1998: Modernism, Postmodernism and Organizational Analysis 2: The Contribution of Michel Foucault. In: McKinlay, Alan / Starkey, Ken (Hg.) 1998 (erstmalig erschienen: Burrell 1988)
- Burrell, Gibson / Cooper, Robert 1988: Modernism, Postmodernism and Organizational Analysis. In: *Organization Studies*, 9/1, S. 91-112
- Calás, Marta B. / Smircich, Linda 1991: Voicing Seduction to Silence Leadership. In: *Organization Studies*, 12/4, S. 567-602
- Calás, Marta B. / Smircich, Linda 1999: Past Postmodernism? Reflections and Tentative Directions. In: *Academy of Management Review*, 24/4, S. 649-671
- Chia, Robert 1995: From Modern to Postmodern Organizational Analysis. In: *Organization Studies*, 16/4, S. 579-604
- Chia, Robert 1996: *Organizational Analysis as Deconstructive Practice*. de Gruyter, Berlin
- Clegg, Stewart R. 1998: Foucault, Power and Organizations. In: McKinlay, Alan / Starkey, Ken (Hg.) 1998, S. 29-48
- Clegg, Stewart R. / Hardy, Cynthia (Hg.) 1996: *Studying Organization*. Sage, London
- Clegg, Stewart R. / Hardy, Cynthia / Nord, Walter N. (Hg.) 1996: *Handbook of Organization Studies*. Sage, London/Thousand Oaks/New Delhi
- Cooper, Robert 1990: Organization/disorganization. In: Hassard, John / Pym, Denis (Hg.) 1990, S. 167-197
- Cooper, Robert / Law, John 1995: Organization: Distal and Proximal Views. In: Bacharach, Samuel B. / Gagliardi, Pasquale / Mundell, Bryan (Hg.) 1995, S. 237-274
- Czarniawska-Joerges, Barbara 1997: Symbolism and Organization Studies. In: Ortmann, Günther / Sydow, Jörg / Türk, Klaus (Hg.) 1997, S. 360-384
- Deetz, Stanley 1998: Discursive Formations, Strategized Subordination and Self-surveillance. In: McKinlay, Alan / Starkey, Ken (Hg.) 1998, S. 151-172
- Deleuze, Gilles 1990: *Unterhandlungen*. Suhrkamp, Frankfurt am Main 1993
- Deleuze, Gilles 1995: *Foucault*. Suhrkamp, Frankfurt am Main
- Dreyfus, Hubert L. / Rabinow, Paul 1994: *Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik*. Beltz-Athenäum, Weinheim
- Ewald, Francois (Hg.) 1989: *Pariser Gespräche*. Merve, Berlin
- Feldman, Steven P. 1997: The Revolt Against Cultural Authority: Power/Knowledge as an Assumption in Organization Theory. In: *Human Relations*, Vol. 50, No 8, S. 937-955
- Feldman, Steven P. 1998: Playing with the Pieces: Deconstruction and the Loss of Moral Culture. In: *Journal of Management Studies*, 35:1, S. 59-79

- Findley, Patricia / Newton, Tim 1998: Re-framing Foucault: The Case of Performance Appraisal. In: McKinlay, Alan / Starkey, Ken (Hg.) 1998, S. 211-229
- Foucault, Michel 1976: *Überwachen und Strafen*. Suhrkamp, Frankfurt am Main
- Foucault, Michel 1977: *Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit*. Merve, Berlin
- Foucault, Michel 1978: *Von der Subversion des Wissens*. Ullstein, Frankfurt am Main/Berlin
- Foucault, Michel 1984: *Der Gebrauch der Lüste*. (Sexualität und Wahrheit Bd. II). Suhrkamp, Frankfurt am Main 1995
- Foucault, Michel 1984a: What is Enlightenment. In: Rabinow, Paul (Hg.) 1984
- Foucault, Michel 1989: Michel Foucault oder die Sorge um die Wahrheit. In: Ewald, Francois (Hg.) 1989, S. 15-33
- Foucault, Michel 1991: Governmentality. In: Burchell, Graham / Gordon, Colin / Miller, Peter (Hg.) 1991, S. 53-72
- Foucault, Michel 1992: *Was ist Kritik?* Merve, Berlin
- Foucault, Michel 1994: Das Subjekt und die Macht. In: Dreyfus Hubert L. / Rabinow Paul 1994, S. 243-261
- Foucault, Michel 1996: *Der Mensch ist ein Erfahrungstier*. Suhrkamp, Frankfurt am Main
- Foucault, Michel 1997: *Die Ordnung der Dinge*. Suhrkamp, Frankfurt am Main
- Foucault, Michel 2000: Die Gouvernementalität. In Bröckling, Ulrich / Krasmann, Susanne / Lemke, Thomas (Hg.) 2000
- Gay, Paul du 1996: *Consumption and Identity at Work*. Sage, London
- Gorbach, Stefan / Weiskopf, Richard 1993: Personal-Entwicklung: Von der Disziplin des Handelns zur Disziplin des Seins. In: Laske, Stephan / Gorbach, Stefan (Hg.) 1993, S. 171-194
- Gordon, Colin 1991: Governmental rationality: an introduction. In: Burchell, Graham / Gordon, Colin / Miller, Peter (Hg.) 1991, S. 1-52
- Hacking, Ian 1986: The Archeology of Foucault. In: Hoy, David Couzens (Hg.) 1986, S. 27-40
- Hall, Stewart. / Gay, Paul du (Hg.) 1995: *Questions of Cultural Identity*. Sage, London
- Hassard, John / Parker, Martin (Hg.) 1993: *Postmodernism and Organizations*. Sage, London
- Hassard, John / Pym, Denis (Hg.) 1990: *The theory and philosophy of organizations. Critical issues and new perspectives*. Routledge, London/New York
- Heinl, Martin 1996: *Ultramoderne Organisationstheorien. Management im Kontext des sozial- und naturwissenschaftlichen Paradigmenwechsels*. Peter Lang, Frankfurt am Main / Berlin / Bern / New York / Paris / Wien
- Hopwood, A. / Miller, P. (Hg.) 1994: *Accounting as Social and Institutional Practice*. Cambridge University Press, Cambridge
- Hoskin, Keith 1994: Boxing Clever: For, against and beyond Foucault in the battle for accounting theory. In: *Critical Perspectives on Accounting*, 5, S. 57-85
- Hoskin, Keith 1998: Examining Accounts and Accounting for Management: Inverting Understandings of 'the Economic'. In: McKinlay, Alan / Starkey, Ken (Hg.) 1998, S. 93-110
- Hoskin, Keith / Macve, R. 1994: Writing, Examining, Disciplining: the Genesis of Accountings Moder Power. In: Hopwood, A. / Miller, P. (Hg.) 1994
- Hoy, David Couzens (Hg.) 1986: *Foucault: a critical reader*. New York
- Jackson, Norman / Carter, Pipa 1998: Labour as Dressage. In: McKinlay, Alan / Starkey, Ken (Hg.) 1998, S. 49-64
- Jacques, R. 1996: *Manufacturing the Employee. Management Knowledge from the 19th to 21st Centuries*. Sage, London
- Jacques, R. 1999: Developing a Tactical Approach to Engaging with 'Strategic' HRM. In: *Organization*, 6/2, S. 199-222
- Jurt, Joseph (Hg.) 1998: *Zeitgenössische französische Denker: eine Bilanz*. Rombach, Freiburg im Breisgau
- Knights, David / Willmott, Hugh 1989: Power and Subjectivity at Work: From Degradation to subjugation in social relations. In: *Sociology* 33, 4, S. 535-58
- Koch, Jochen 1999: Postmoderne Organisationstheorien in der Perspektive Lyotards. In: Schreyögg, Georg (Hg.) 1999, S. 85-126
- Krell, Gertraude 1994: *Vergemeinschaftende Personalpolitik. Normative Personallehren, Werksgemeinschaft, NS-Betriebsgemeinschaft, Betriebliche Partnerschaft, Japan, Unternehmenskultur*. Hampf, München / Mering
- Laske, Stephan / Gorbach, Stefan (Hg.) 1993: *Spannungsfeld Personalentwicklung. Konzeptionen – Analysen – Perspektiven*. Wien
- Laske, Stephan / Weiskopf, Richard 1996: Personalauswahl – Was wird denn da gespielt? Ein Plädoyer für einen Perspektivenwechsel. In: *Zeitschrift für Personalforschung*, 4, S. 295-330
- Law, John / Hassard, John (Hg.) 1999: *Actor Network Theory and After*. Blackwell, Oxford
- Lee, Nick / Brown, Steve 1994: Otherness and the Actor Network. In: *American Behavioral Scientist*, 37(6), S. 772-790
- Legge, Karen 1995: *Human Resource Management. Rhetorics and Reality*. Macmillan Business, Houndmills
- Lemke, Thomas 1997: *Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität*. Argument, Berlin/Hamburg
- Link, Jürgen 1998: Von der 'Macht der Norm' zum 'flexiblen Normalismus': Überlegungen nach Foucault. In: Jurt, Joseph 1998
- Marsden, Richard 1993: The Politics of Organizational Analysis. In: *Organization Studies*, 14/1, S. 93-124
- Marsden, Richard / Townley, Barbara 1996: The Owl of Minerva: Reflections of Theory in Practice. In: Clegg, Stewart R. / Hardy, Cynthia / Nord, Walter N. (Hg.) 1996, S. 659-675
- McKinlay, Alan / Starkey, Ken (Hg.) 1998: *Foucault, Management and Organization Theory*. Sage, London/Thousand Oaks
- Miller, Peter / Rose, Nikolas 1990: Governing Economic Life. In: *Economy and Society* (February), S. 1-31
- Neuberger, Oswald 1997: Individualisierung und Organisierung. Die wechselseitige Erzeugung von Individuum und Organisation durch Verfahren. In: Ortmann, Günther / Sydow, Jörg / Türk, Klaus (Hg.) 1997, S. 487-522
- Newton, Tim J. 1994: Discourse and Agency: The Example of Personnel Psychology and 'Assessment Centres'. In: *Organization Studies*, 15/6, S. 879-902
- Newton, Tim 1998: Theorizing Subjectivity in Organizations: The Failure of Foucauldian Studies? In: *Organization Studies*, 19/3, S. 415-447
- Nietzsche, Friedrich: *Sämtliche Werke*. Kritische Studienausgabe, XV Bd., München/Berlin/New York 1988
- Ortmann, Günther 1984: *Der zwingende Blick. Personalinformationssysteme – Architektur der Disziplin*. Frankfurt am Main/New York
- Ortmann, Günther 2000: *Zonen des Schweigens. Über die Notwendigkeit und stillschweigende Duldung von Regelverletzungen*. Unveröffentlichtes Manuskript
- Ortmann, Günther / Sydow, Jörg / Türk, Klaus (Hg.) 1997: *Theorien der Organisation: Die Rückkehr der Gesellschaft*. Westdeutscher Verlag, Opladen
- Parker, Martin 1992: Post-Modern Organizations or Postmodern Organization Theory? In: *Organization Studies*, 13/1, S. 1-17
- Parker, Martin 1995: Critique in the Name of What? Postmodernism and Critical Approaches to Organization. In: *Organization Studies*, 16/4, S. 553-564

- Parker, Martin (Hg.) 1998: *Ethics and Organization*. Sage, London
- Parker, Martin 1999: Capitalism, Subjectivity and Ethics: Debating Labour Process Analysis. In: *Organization Studies*, 20/1, S. 25-45
- Parker, Martin / Hassard John (Hg.) 1994: *Towards a New Theory of Organizations*. Routledge, London
- Pelzer, Peter 1995: *Der Prozeß der Organisation. Zur post-modernen Ästhetik der Organisation und ihrer Rationalität*. Fakultas, Chur
- Rabinow, Paul (Hg.) 1984: *The Foucault Reader*. Panthenon, New York
- Ray, Larry J. / Reed, Michael (Hg.) 1994: *Organizing Modernity. New Weberian Perspectives on Work, Organization and Society*. Routledge, London/New York
- Ray, Larry J. / Reed, Michael 1994a: Max Weber and the dilemmas of modernity. In: Ray, Larry J. / Reed, Michael (Hg.) 1994, S. 158-197
- Rose, Nikolas 1996: Identity, Genealogy and History. In: Hall, Stewart / Gay, Paul du (Hg.), S. 128-150
- Rose, Nikolas 2000: Tod des Sozialen? Eine Neubestimmung der Grenzen des Regierens. In: Bröckling, Ulrich / Krasmann, Susanne / Lemke, Thomas (Hg.) 2000, S. 72-109
- Savage, Mike 1998: Discipline, Surveillance and the ‚Career‘: Employment on the Great Western Railway 1833-1914. In: McKinlay, Alan / Starkey, Ken (Hg.) 1998, S. 65-92
- Schreyögg, Georg (Hg.) 1999: *Organisation und Postmoderne. Grundfragen – Analysen – Perspektiven*. Gabler, Wiesbaden
- Schreyögg, Georg / Koch, Jochen 1999: Organisation und Postmoderne – Eine Einführung. In: Schreyögg, Georg (Hg.) 1999, S. 1-28
- Serres, Michel 1980: *Hermes V: Die Nordwest-Passage*. Merve, Berlin 1994
- Serres, Michel 1980a: *Der Parasit*. Suhrkamp, Frankfurt am Main 1987
- Starkey, Ken / McKinlay, Alan 1998: Afterword: Deconstructing Organization – Discipline and Desire. In: McKinlay, Alan / Starkey, Ken (Hg.) 1998, S. 230-241
- Steyaert, Chris / Janssens Maddy 1999: Human and Inhuman Resource Management: Saving the Subject of HRM. In: *Organization*, (6)2, S. 181-198
- Thompson, Paul 1993: Postmodernism: Fatal Distraction. In: Hassard, John / Parker, Martin (Hg.) 1993, S. 183-204
- Townley, Barbara 1993: Performance appraisal and the emergence of management. In: *Journal of Management Studies*, 30(2), S. 221-238
- Townley, Barbara 1994: *Reframing Human Resource Management. Power, Ethics and the Subject at Work*. Sage, London / Thousand Oaks / New Dehli
- Townley, Barbara 1994a: Writing in Friendship. In: *Organization*, 1(1), S. 24-28
- Townley, Barbara 1995: ‚Know Thyself‘: Self-awareness, Self-formation and Managing. In: *Organization*, 2(2), S. 271-289
- Townley, Barbara 1998: Beyond good and evil: Depth and Division in the Management of Human Ressources. In: McKinlay, Alan / Starkey, Ken (Hg.) 1998, S. 191-210
- Townley, Barbara 1999: Nietzsche, Competencies and Übermensch: Reflections on Human and Inhuman Resource Management. In: *Organization*, 6(2), S. 285-306
- Walzer, Michel 1986: The Politics of Michel Foucault. In: Hoy, David Couzens (Hg.) 1986, S. 51-69
- Weik, Elke 1998: *Zeit, Wandel und Transformation. Elemente einer postmodernen Theorie der Transformation*. Hampp, München
- Weik, Elke 1996: Postmoderne Ansätze in der Organisationstheorie. In: *DBW*, 56/3
- Weiskopf, Richard 2000: *Organizing aesthetics (deconstructing the Story of „The Iron Cage“ – towards an aesthetics of folding)*. Unveröffentlichtes Manuskript
- Weiskopf, Richard / Willmott, Hugh 1999: Review Article: The Organization of Thought. In: *Organization*, 6(3), S. 559-571
- Willmott, Hugh C. 1994: Bringing Agency (Back) into Organizational Analysis: responding to the crisis of (post)modernity. In: Parker, Martin / Hassard, John (Hg.) 1994, S. 87-130
- Willmott, Hugh C. 1998: Toward a New Ethics? The Contribution of Poststructuralism and Posthumanism In: Parker, Martin (Hg.) 1998, S. 76-121

VERMITTLUNG ALS BEFRIEDUNG. ÜBER MEDIATION

I.

Was haben eine Rauferei auf dem Schulhof, die Sorgerechtsstreitigkeiten eines sich scheidenden Elternpaares, die Kontroversen um den erneuten Ausbau des Frankfurter Flughafens und der Konflikt zwischen Israel und PLO miteinander zu tun? – Sie waren oder sind Gegenstand eines Mediationsverfahrens oder haben zumindest gute Chancen, es zu werden. Mediation ist eine soziale Technologie der Konfliktbearbeitung, bei der ein neutraler Dritter als Vermittler hinzugezogen wird. Er unterstützt die Kontrahenten bei ihren Verhandlungs- und Lösungsanstrengungen, besitzt jedoch keine eigene Entscheidungskompetenz. Das Ziel des Verfahrens, bei dem in der Regel alle Parteien auch anwesend sind, ist es, durch wechselseitiges Ausloten von Verhandlungsspielräumen und Suche nach neuen Lösungen zu einer einvernehmlichen Regelung zu gelangen. Diese wird in einer schriftlichen Vereinbarung festgehalten, auf deren Einhaltung sich die Unterzeichner verpflichten. Die Teilnahme an einer Mediation ist freiwillig, eine Nichtteilnahme oder ein Verhandlungsabbruch können allerdings dazu führen, dass der Konflikt nicht durch Aushandlungsprozesse und Konsensbildung der Betroffenen selbst, sondern durch richterliches Urteil oder das Eingreifen eines interessierten Dritten – etwa des Lehrers auf dem Schulhof oder einer militärischen Großmacht bei zwischenstaatlichen Kriegen – entschieden wird. Über die Beilegung des akuten Streitfalls hinaus zielt Mediation auf einen Transfereffekt: Die Erfahrung, die eigenen Interessen, Bedürfnisse und Gefühle einbringen zu können, soll das Selbstbewusstsein und die wechselseitige Achtung der Beteiligten stärken und auf diese Weise ihre Fähigkeit zu selbstbestimmter Austragung von Konflikten fördern.¹

Mediationsähnliche Mechanismen der Konfliktregelung existieren in nahezu allen Gesellschaften, als institutionalisiertes Angebot mit spezifischem Methodenkanon, eigenen Ausbildungsprogrammen und systematischer Wissensproduktion entwickelte sich Mediation seit Mitte der Sechzigerjahre zunächst in den USA. Seit Anfang der Neunzigerjahre lässt sich auch in der Bundesrepublik und in Österreich ein rapide anwachsendes Interesse beobachten. Insbesondere in der Scheidungs- und Trennungsberatung, aber auch bei Umweltkonflikten, bei der Gewaltprävention an Schulen, im Bereich der Wirtschaft, schließlich im Rahmen des Strafrechts (Täter-Opfer-Ausgleich) sind Mediationsverfahren heute wenn nicht die Regel, so doch ein etabliertes Instrument. Dem entspricht ein boomender Markt, auf dem hauptberufliche Konfliktmanager ihre Vermittlungsdienste oder Trainingskurse für ehrenamtliche „Streitschlichter“ anbieten.

Auch zur Beilegung internationaler Konflikte wurden und werden Mediatoren herangezogen. Die prominentesten Fälle sind das auf Vermittlung des US-Präsidenten Jimmy Car-

ter zustande gekommene Camp-David-Abkommen zwischen Ägypten und Israel sowie die Osloer Verhandlungen zwischen Israel und der PLO, bei denen der norwegische Außenminister Johan Jörgen Holst vermittelte.²

Wenn ein Handlungs- beziehungsweise Verhandlungskonzept eine so rasche Verbreitung findet und gleichzeitig in so verschiedenen Konfliktfeldern und -ebenen zum Einsatz gelangt, dann liegt es nahe, darin etwas Symptomatisches zu sehen. Die Analyse der spezifischen Wissensformen, Praktiken und Zielvorstellungen von Mediation müsste – das ist die Ausgangshypothese meines Beitrags – Aufschluss darüber geben, was man, eine Formulierung Michel Foucaults aufgreifend, die Gouvernamentalität der Gegenwart nennen könnte: Foucault bezeichnete mit diesem aus *gouverner* und *mentalité* zusammengesetzten Neologismus die Modi des Regierens und Sich-selbst-Regierens, deren historischen Transformationen er vor allem in seinen späten Arbeiten nachging. Der Begriff des „Regierens“ greift hier weit über die Sphäre des Staates hinaus und ist gleichbedeutend mit Machtausübung im Sinne eines planvollen Einwirkens auf das Handeln anderer und seiner selbst.³ Foucault sprach in diesem Zusammenhang auch von der „Führung der Führungen“, wobei „führen“ im Doppelsinn des französischen (*se*) *conduire* gleichermaßen „die Tätigkeit des ‚Anführens‘ anderer (vermöge mehr oder weniger strikter Zwangsmechanismen) und die Weise des Sich-Verhaltens in einem mehr oder weniger offenen Feld von Möglichkeiten“ einschließt.⁴

Mediation unter der Perspektive der Gouvernamentalität zu untersuchen, heißt, sie als ein exemplarisches Programm zeitgenössischer Menschenführung zu beschreiben. Vier Fragen sind dabei vor allem zu stellen:

1. Welches Bild des Menschen und seiner Beziehungen zu anderen entwirft die Mediation? – Die Frage nach der *Anthropologie*.

2. Welches Verständnis von Konflikten und den Bedingungen ihrer Beilegung legt sie zugrunde? – Die Frage nach dem *Gegenstandsbereich*.

3. Welche Strategien und Taktiken setzt sie ein? – Die Frage nach der *Technologie*. Schließlich:

4. Welche Ziele verfolgt sie mit ihren Interventionen? – Die Frage nach der *Teleologie*.

Ich werde diese Fragen nicht Punkt für Punkt abarbeiten, sondern mich ihnen in zwei Anläufen nähern: Zunächst werde ich genealogisch vorgehen und die disparaten Wurzeln des Konzepts sowie seine Modifikationen seit den Sechzigerjahren rekonstruieren; in einem zweiten Schritt werde ich dann zwei populäre Einführungen und Methodenhandbücher einer Lektüre unterziehen und die Grundannahmen, Regeln und politischen Implikationen dieser Gebrauchsanweisungen für konsensorientierte Konfliktregelung herauspräparieren.

II.

Ethnologische, religionswissenschaftliche und historische Studien⁵ haben vielfältige Beispiele für das Institut eines neutralen Vermittlers zutage gefördert. Industrielle Arbeitskämpfe waren in der erste Hälfte des 20. Jahrhunderts das wichtigste Feld für den Einsatz von Konfliktvermittlern. Die entscheidenden Impulse für die Entwicklung von Theorie und Praxis der Mediation im heutigen Verständnis gingen jedoch nicht von der institutionalisierten Regulierung von Tarifaueinandersetzungen aus, sondern kamen aus ganz anderen Bereichen: aus der Organisationstheorie, welche die Überlegenheit kooperativer Führungs- und Konfliktlösungskonzepte gegenüber autoritären Managementmodellen erkannte; aus den *Problem-Solving Workshops in International Relations*, die britische und US-amerikanische Sozialwissenschaftler in den sechziger und Siebzigerjahren initiierten; aus der Versöhnungsarbeit religiöser Gruppen; sowie aus der vielstimmigen Kritikbewegung am amerikanischen Rechtssystem, die in die Gründung zahlreicher *Neighborhood Justice Centers* und *Community Mediation Centers* mündete.⁶ Gemeinsamer Hintergrund dieser heterogenen Anstrengungen war der in den Sechzigerjahren offenkundig gewordene Legitimitätsverlust der gesellschaftlich etablierten Konfliktlösungsinstanzen und -mechanismen, denen man unter anderem Ineffizienz, hierarchische Strukturen, bürokratischen Formalismus, Zementierung sozialer Ungleichheit, Staatsfixierung und Entmündigung der Betroffenen vorwarf.

ORGANISATIONSTHEORIE

Die klassische Organisationswissenschaft hatte Konflikte als Systempathologien bestimmt, als lästige Funktionsstörungen, die es mittels geeigneter, d. h. je nach Situation und Kräfteverhältnissen stärker kampf- oder kompromissorientierter Interventionen abzustellen, zumindest aber zu entschärfen galt. Mary Parker Follett (1868-1933), eine der frühen Managementtheoretikerinnen, eilte ihrer Zeit weit voraus, als sie in den Zwanzigerjahren demgegenüber auf die produktiven Potenziale von Konflikten aufmerksam machte und forderte, „as conflict – difference – is here in the world, as we can not avoid it, we should, I think, use it“.⁷ Sie schlug vor, Konflikte als Aufeinandertreffen unterschiedlicher Interessen und Überzeugungen zu begreifen und diese möglichst nicht durch „domination“ oder „compromise“, sondern mittels „integration“ zu lösen.

Erst in den Sechzigerjahren jedoch zog man die Konsequenzen aus dieser Einsicht und suchte systematisch nach Techniken der Konfliktregelung, die tragfähigere Lösungen versprachen als der Kampf um Sieg oder Niederlage oder das Feilschen um Kompromisse.⁸ Nicht der Konflikt selbst erschien nunmehr als Störung, sondern alle Versuche, ihn auf Kosten einer Partei oder durch autoritäre Entscheidung zu beenden. Statt dem unerreichbaren Ideal reibungslosen Funktionierens hinterherzulaufen, gelte es – propagierten die Experten für betriebliches Konfliktmanagement – die unvermeidlichen Reibungsenergien nutzbar zu machen und so die Effizienz der Organisation zu steigern – „setting friction to work“, hatte Follett das genannt.⁹ Konflikte waren

nicht mehr nach dem Modell des Krieges und seiner Fortsetzung mit den Mitteln der Politik zu begreifen, sondern als Probleme, die sich nur gemeinsam lösen ließen. Aufgabe eines neutralen Vermittlers war es, den Weg dafür zu ebnen und passende Werkzeuge für die kooperative Problembearbeitung bereitzustellen. Eine solche Perspektive bestach nicht zuletzt durch das implizite Versprechen egalitärer Partizipation: Machtasymmetrien wurden zwar nicht geleugnet, aber sie verschwanden aus dem Blickfeld, wenn es darum ging, miteinander Lösungen zu finden, von denen *alle* Seiten, wenn auch nicht unbedingt alle in gleichem Maße profitierten.

PROBLEM-SOLVING WORKSHOPS
IN INTERNATIONAL RELATIONS

Dem Problemlösungs-Ansatz waren auch jene Seminare verpflichtet, mit denen britische und US-amerikanische Forschergruppen zur Beilegung internationaler Konflikte oder Bürgerkriege beizutragen und zugleich vertiefte Einsichten in die allgemeine Dynamik dieser Auseinandersetzungen zu gewinnen hofften. Es handelte sich dabei um den Versuch, Vertreter der an einem Konflikt beteiligten Parteien gewissermaßen in eine Laborsituation zu versetzen und dort unter wissenschaftlicher Anleitung einen lösungsorientierten Dialog in Gang zu bringen. Als ein Experiment in „Controlled Communication“ bezeichnete John Burton den ersten *Problem-Solving Workshop*, den er 1965 mit seinen Mitarbeitern vom *Centre for Conflict Analysis* in London organisierte.¹⁰ Eingeladen waren Repräsentanten Malaysias, Indonesiens und Singapurs, die sich damals in einer militärischen Konfrontation gegenüberstanden. Als Initiatoren und Gastgeber späterer Workshops fungierten neben der Londoner Gruppe Forscherteams von der Harvard- und der Yale-Universität. Als Teilnehmer wählten sie in der Regel keine Regierungsvertreter aus, sondern einflussreiche Persönlichkeiten, die zwar ohne offizielles Mandat sprachen, deren Stimme aber in den jeweiligen Staaten beziehungsweise gesellschaftlichen Gruppen Gewicht besaß.

Dass sich internationale Konfrontationen nicht auf Kommunikationsdefizite reduzieren ließen und sich folglich auch nicht auflösten, wenn man nur die Konfliktparteien um einen runden Tisch versammelte und sie unter wissenschaftlicher Anleitung die Erfahrung konstruktiver Gesprächsführung machen ließ, das war den beteiligten Forschern von Beginn an klar. So sollten die Workshops offizielle Verhandlungen nicht ersetzen, sondern die Voraussetzungen für ihre Aufnahme schaffen oder sie in schwierigen Phasen ergänzen. Dem Konzept lag die Vorstellung einer zweifachen Übertragung zugrunde: Die Organisatoren gingen zum einen davon aus, dass die Interaktionen der Workshop-Teilnehmer ein Spiegelbild der Beziehungen zwischen den Konfliktparteien darstellten. Nur deshalb ließen sich die Zusammenkünfte für die Erforschung der Konfliktodynamik fruchtbar machen. Zum anderen sollte sich diese Projektion der Makro- in die Mikro-Konstellation auch umkehren lassen. Man hoffte, der dank „kontrollierter Kommunikation“ veränderte Blick der Teilnehmer auf den Gegner, auf den Konflikt und auf mögliche Schritte zu seiner Beilegung werde nach ihrer Rückkehr positiv auf die von ihnen repräsen-

tierten Nationalstaaten beziehungsweise Bevölkerungsgruppen ausstrahlen. Mit der Entscheidung für ein universitäres Setting verband sich die Erwartung, das Vorbild des – zumindest dem Selbstverständnis nach – herrschaftsfreien Dialogs der *scientific community* werde es den Teilnehmern erleichtern, konfliktverschärfende Kommunikationsmuster aufzugeben und sich auf das Rationalitätsversprechen wissenschaftlicher Problemlösung einzulassen.

Indem die beteiligten Forscher die Befriedung gewalttätiger Auseinandersetzungen als eine mit sozialwissenschaftlichen Instrumenten anzugehende Aufgabe definierten, reklamierten sie zugleich ihre fachliche Zuständigkeit und inaugurierten sich selbst als Experten. Ihr Rollenverständnis entsprach nicht mehr dem des klassischen Politikberaters oder diplomatischen Unterhändlers, sondern kombinierte die Rolle des Kommunikationstrainers mit der eines Katalysators. Sie schufen eine Versuchsanordnung, sorgten für die Einhaltung der Grundregeln und stellten Hintergrundwissen zur Theorie von Konflikten bereit, vor allem aber beobachteten sie das Workshop-Geschehen und gaben ihre Beobachtungen zweiter Ordnung in Form von Deutungsangeboten an die Teilnehmer weiter. Wenn auch persönliche Lernprozesse nicht im Vordergrund standen, so stellte doch die Verbesserung der individuellen Konfliktlösungskompetenz sowie der Verständigung zwischen den Teilnehmern ein wichtiges Medium dar, um die intendierten politischen Veränderungen zu erreichen. Nicht erst der Rückgriff auf Methoden aus gruppenspezifischen oder Sensivity-Trainings, sondern schon die Fokussierung auf Face-to-face-Kommunikation implizierte eine Psychologisierung – wenn schon nicht der Konflikte selbst, so zumindest der Mechanismen zu ihrer Beilegung.

VERSÖHNUNGSARBEIT RELIGIÖSER GRUPPEN

Stärker noch als die sozialwissenschaftlichen Vermittler setzten pazifistische Religionsgemeinschaften wie die Quäker und Mennoniten auf außerstaatliche Konfliktlösung. Seit ihren Anfängen hatten diese Sekten Distanz zur weltlichen Herrschaft gesucht, da deren Forderungen – vor allem der Kriegsdienst – ihrem Verständnis des christlichen Liebesgebots entgegenstanden. Statt interne Auseinandersetzungen vor den staatlichen Richter zu tragen, hatten sie Verfahren entwickelt, um Konflikte durch die Gemeindemitglieder selbst und möglichst ohne Einsatz von Zwangsmitteln zu lösen. Insbesondere die Quäker können außerdem auf eine lange Tradition der internationalen Versöhnungsarbeit zurückblicken. Ihre Erfahrungen mit konsensorientierter Konfliktlösung und Entscheidungsfindung wie ihre Praxis humanitärer Hilfeleistungen verschafften ihnen ein hohes Maß an moralischer Autorität, auf das sich ihr Engagement als Vermittler in Kriegen und Bürgerkriegen stützen konnte.¹¹ Eine maßgebliche Rolle spielten sie außerdem bei der Entwicklung von Konzepten zur gewaltfreien Konfliktbeilegung im Alltag.

Während die organisationstheoretischen Verfechter eines kooperativen Konfliktmanagements wie auch die Initiatoren der *Problem-Solving Workshops* letztlich utilitaristisch argumentierten und die technisch-pragmatische Seite von Vermittlungsverfahren stark machten, betonten die religiö-

sen Friedensstifter den Aspekt der Aussöhnung zwischen den Streitparteien. Über die Einigung in der konkreten Auseinandersetzung hinaus, und selbst wenn keine Einigung zustandekam, besaß der Mediationsprozess einen Wert in sich, weil er die Beteiligten veränderte und ihnen Wege aufzeigte, Konflikte ohne Gewalt auszutragen. Nachhaltigen Einfluss auf das Rollenverständnis von Mediatoren übte die von den Quäkern praktizierte Haltung der „balanced partiality“¹² aus: Nicht Neutralität im Sinne indifferenter Äquidistanz gegenüber den Konfliktparteien zeichnete ihrem Verständnis nach einen guten Vermittler aus, dieser sollte sich vielmehr allen Beteiligten gleichermaßen zuwenden, ihnen einführend zuhören und ihre Sichtweisen zu verstehen suchen. In deutschsprachigen Publikationen zur Mediation findet sich dafür häufig die Wortschöpfung „Allparteilichkeit“¹³ – eine Einstellung, die viele Parallelen zu den Grundvariablen erfolgreichen therapeutischen Verhaltens aufweist, die Carl Rogers im Rahmen seiner klientenzentrierten Therapie herausgearbeitet hat.¹⁴ Auch wenn nicht das Individuum und seine seelischen Konflikte im Zentrum ihrer Versöhnungsarbeit stehen, teilen die Quäker mit dem Gründervater der humanistischen Psychologie den Glauben an die heilende beziehungsweise versöhnende Kraft des Gesprächs.¹⁵ Ihre Praxis gewaltfreier Selbstregulation ist anti-staatlich, allerdings nicht im Sinne eines Kampfes gegen den Leviathan. Es geht vielmehr darum, sich vom Staat unabhängig zu machen, indem man die Aufgabe der Friedensstiftung und des Ausgleichs widerstreitender Interessen vom Souverän auf die betroffenen Individuen beziehungsweise auf die *community* verlagert.

ALTERNATIVE DISPUTE RESOLUTION

Die Ambivalenz zwischen problemlösungszentrierten Konzepten und solchen, die auf *personal growth* oder *social transformation* abzielen, kennzeichnet das vierte und wichtigste Feld, auf dem sich die Mediation in den USA zu einer eigenständigen Sozialtechnologie herausbildete: die Bewegung für *Alternative Dispute Resolution*.¹⁶ Unter diesem Oberbegriff firmieren eine Vielzahl von Verfahren zur außergerichtlichen Streitbeilegung. Neben unterschiedlichen Varianten der Mediation zählen dazu Schlichtungsverhandlungen, Schiedsgerichte, öffentliche Anhörungen sowie verschiedene Kombinationen zwischen diesen Vermittlungsformen.¹⁷ Ähnlich unübersichtlich stellt sich das Spektrum der Institutionen dar. Es umfasst staatlich finanzierte wie unabhängige *Neighborhood Justice Centers* und *Community Mediation Centers*, aber auch *Multi-Door Court-Houses*, die Gerichte und informelle Vermittlungsinstanzen unter einem Dach vereinen, sowie kommerzielle Anbieter. Verhandelt werden neben Scheidungs- und Sorgerechtsfällen vor allem privatrechtliche Streitsachen etwa zwischen Nachbarn, Mietern und Vermietern, Kunden und Händlern, aber auch kleinere Eigentums- oder Gewaltdelikte.

Die Anstöße, die zum Ausbau der Programme führten, kamen teils aus dem Justizapparat selbst, teils aus den sozialen Bewegungen der Sechziger- und Siebzigerjahre. So überlagerten sich, konfligierten aber auch von Beginn an gegensätzliche Motive. Mit der *Community Mediation* verbinden sich – mindestens – drei verschiedene Projekte¹⁸:

1. Ein Projekt der Justizreform, das die Rechtsprechung entsprechend ökonomischer Effizienzkriterien verschlanken will und zu diesem Zweck die Beilegung geringfügiger Streitfälle auf außergerichtliche Instanzen auslagert, die sich durch niedrigere Zugangsschwellen, Verankerung im sozialen Nahbereich und Orientierung auf einvernehmliche Konfliktlösung auszeichnen. Die Diversifizierung der Dienstleistungen soll den unterschiedlichen Formen und Dimensionen von Problemen Rechnung tragen und zugleich Bürgernähe wie die rationelle Allokation rechtlicher Ressourcen gewährleisten.

2. Ein Projekt der Gesellschaftsveränderung, das staatliche Kontrolle durch Selbstorganisation der Betroffenen (*self-governance*) ersetzen will und Mediation als Wegbereiterin einer Graswurzel-Demokratie begreift. Die Erfahrung, Konflikte unabhängig von staatlichen Institutionen eigenverantwortlich, gegebenenfalls mit Unterstützung eines Vermittlers aus der lokalen *neighborhood* beilegen zu können, soll politische Apathie überwinden helfen und die aktive Einbindung in die *community* stärken, die hier als Gegengift gegen die Kräfte gesellschaftlicher Atomisierung und Desintegration in Anschlag gebracht wird.

3. Ein Projekt der Persönlichkeitsentwicklung, das die Mediationsverfahren in die Nähe therapeutischer Selbsterfahrung rückt. Im Zentrum steht hier der Aspekt des *Empowerment*: Dass die beteiligten Individuen Gelegenheit erhalten, ihre Sicht des Problems darzustellen und die der Gegenseite anzuhören, und – anders als in einem Gerichtsverfahren – auch selbst entscheiden, ob sie einer und gegebenenfalls welcher Vereinbarung sie zustimmen, soll ihre Verbalisierungs- und Empathiefähigkeit verbessern, Alternativen zu Gewaltanwendung oder Resignation aufzeigen und ihr Selbstvertrauen wie ihre Selbstachtung steigern.

Die Grenzen zwischen diesen drei Zugängen sind alles andere als trennscharf; am deutlichsten zeigen sie sich noch an der mehr oder minder großen Distanz zum staatlichen Rechtssystem: Mediation erscheint einmal als kostengünstiges Supplement, das andere Mal als politisches Gegenmodell oder drittens als psychologisch vorteilhafte Alternative zum Gerichtsverfahren. Der enorme Aufstieg der *Community-Mediation*-Programme führte allerdings dazu, dass sich die sozialreformerischen beziehungsweise quasi-therapeutischen Hoffnungen abschliffen. Mit der wachsenden Professionalisierung und den damit verbundenen Finanzierungszwängen gewannen pragmatische Konzepte die Oberhand, die eng an die Gerichte angebunden blieben und vielfältige Hybridformen zwischen Rechtsentscheid und Mediation ausbildeten.

Schon früh monierten Kritiker die herrschaftsstabilisierenden Effekte der *Neighborhood-Justice*-Bewegung.¹⁹ Trotz gegenläufiger Absichten habe die partielle Substitution der Rechtsprechung durch alternative Verfahren der Konfliktregelung die Mechanismen sozialer Kontrolle verfeinert und in Bereiche des Alltagslebens ausgedehnt, die bis dahin dem staatlichen Zugriff entzogen blieben. Auf eine Formel gebracht: *Less law means more control*.²⁰ Perfiderweise habe diese Ausweitung staatlicher Herrschaft mit außerstaatlichen Mitteln sich auch noch in das emanzipatorische Gewand eines konsensuellen, partizipatorischen

und freiwilligen Prozesses gekleidet. So scharf diese meist marxistisch grundierten Analysen das ideologische Moment der *Community Mediation* herausarbeiteten, so wenig überzeugte ihr Versuch, hinter den entsprechenden Projekten ein hegemoniales Programm des kapitalistischen Klassenstaates zu identifizieren. Weil die Kritiken selbst staatsfixiert blieben, vermochten sie nicht zu erklären, warum sich so gegensätzliche Motive und Zielvorstellungen gerade an eine Technologie wie die Mediation heften konnten, die Konsens, Partizipation und Freiwilligkeit weniger vortäuschte, denn als Ressourcen mobilisierte. Nicht Simulation, sondern Stimulation mündiger und aktiver, zugleich aber auch kompromiss- und kooperationsfähiger Bürger, war das politische Programm, das die heterogenen Strömungen der *Alternative Dispute Resolution* einte.

III.

Sozialtechnologien zeichnen sich – wie alle Technologien – dadurch aus, dass sie die Praxis an systematische Wissensproduktion und -vermittlung koppeln. Neben theoretischen Grundlegungen, Fallberichten und statistisch aggregierten Evaluationsstudien nimmt dabei die so genannte *How-to*-Literatur eine Schlüsselstellung ein, also jene Lehr- und Handbücher, die den Wissenskanon bündeln und für die Ausbildung der Praktiker aufbereiten. Diese Texte enthalten in destillierter, weil didaktisierter Form die methodischen Grundbausteine, aber auch das Versprechen, dass bei ausreichender Übung und korrekter Anwendung sich die intendierten Effekte einstellen werden. Deskription ist hier immer zugleich Präskription. Dass zwischen Anspruch und Wirklichkeit stets eine Lücke klafft und Wenn-dann-Aussagen im Bereich sozialen Handelns streng genommen gar nicht möglich sind, stört nicht weiter, geht es doch darum, die Orientierungspunkte zu markieren, auf die das jeweilige Programm geeicht ist, und handhabbare Werkzeuge zu liefern, um das Verhalten daran auszurichten.

DAS HARVARD-KONZEPT

Für den Bereich der Mediation ist hier vor allem *ein* Buch zu nennen, der im deutschsprachigen Raum unter dem Titel „Das Harvard-Konzept“ erschienene Bestseller „Getting to Yes“ des Autorenteam Roger Fisher, William Ury und Bruce M. Patton.²¹ Ihm sind die *basic tools* entnommen, die in keinem der inzwischen zahllosen Leitfäden und Praxishandreichungen zur Konfliktvermittlung fehlen. Hervorgegangen aus dem *Harvard Negotiation Project*, von dem wiederum direkte Verbindungslinien zu den *Problem-Solving Workshops* zurückführen, kombiniert das Harvard-Konzept spieltheoretische und kommunikationspsychologische Elemente zu einer Methodik effizienten Verhandeln. Von Mediation ist in diesem Buch allerdings nur indirekt die Rede; die Vermittlung durch eine dritte Partei erscheint als Spezialfall einer auf einvernehmliche Konfliktlösung abzielenden Verhandlungsführung. Der Geltungsanspruch der Methode ist alles andere als bescheiden: Sie „kann von Diplomaten bei Rüstungskontrollverhandlungen benutzt werden genauso wie von Anwälten der Wall Street bei der Vertretung von ein paar hundert Gesellschaften in Antitrust-

Verfahren; Ehepartner können die Methode bei der Einigung über das nächste Urlaubsziel ebenso verwenden wie bei der Güterteilung im Falle einer Scheidung. (...) Sachbezogen verhandeln kann man, unabhängig davon, ob es nur eine Streitfrage gibt oder mehrere, ob zwei Parteien mitspielen oder viele, ob es dabei ein vorgeschriebenes Ritual gibt, wie beim Feilschen, oder ein improvisiertes Alles-ist-möglich, wie z. B. beim Gespräch mit Luftpiraten. Die Methode ist anwendbar, ob die Gegenseite dabei erfahrener ist oder nicht, ob sie hart verhandelt oder zuvorkommend ist.²²

So weitreichend der Anspruch, so universal auch das zugrunde liegende Konfliktmodell: Nicht mehr die Hegel'sche Urszene von Herr und Knecht, deren Kampf auf Leben und Tod in ein geregeltes Arbeitsverhältnis mündet, sondern der Marktplatz, auf dem rational kalkulierende Individuen aufeinander treffen und jede Seite ihre Interessen möglichst erfolgreich zu vertreten sucht, liefert die allgemeine Matrize, um Konflikte zu verstehen und tragfähige Lösungen zu finden. Das Konzept setzt auf Einigung durch Rationalisierung und beschreibt Strategien, die aus den Aporien eines harten wie eines weichen Verhandlungsstils herausführen sollen. Die Konfliktparteien figurieren dabei als Problemlöser, die weder eine Übereinkunft um jeden Preis erzielen noch einen Sieg über die Gegenseite erringen, sondern zu einem „vernünftige[n], effiziente[n] und gütlich erreichte[n] Ergebnis“ kommen wollen. Die Methode beruht auf vier Grundregeln:

1. *Menschen und Probleme getrennt behandeln.* Die Entmischung der subjektiven und objektiven Seiten eines Konflikts und eine Haltung, die weich zu den Menschen, aber hart in der Sache ist, soll Ärger und Missverständnisse abbauen und dafür sorgen, dass sich die Beziehungen zwischen den Beteiligten im Interesse der aktuellen wie künftiger Verhandlungen verbessern. Es geht nicht darum, die Emotionen abzukappen, was ohnehin ein vergebliches Unterfangen wäre, sondern ihrer Kommunikation einen gesonderten Kanal zuzuweisen, um so die Sachdebatte von Störgeräuschen frei zu halten.

2. *Konzentration auf Interessen, nicht auf Positionen.* Das Feilschen um Positionen führt dazu, dass sich die Verhandlungen in die Länge ziehen, das Klima zwischen den Parteien sich verschlechtert und eher Formelkompromisse als vernünftige Vereinbarungen zustandekommen. Versucht man dagegen, die zugrunde liegenden Interessen herauszufinden und fokussiert die Verhandlungen auf diese, so lassen sich weit eher Konvergenzpunkte und Kompensationsmöglichkeiten finden, und die Einigungschancen steigen.

3. *Möglichkeiten für gegenseitigen Nutzen suchen.* Wenn, wie es gleichermaßen Grundannahme wie Postulat des Harvard-Konzepts ist, in Verhandlungen interessengesteuerte und nutzenmaximierende *Rational-Choice*-Akteure aufeinander treffen, ist die Wahrscheinlichkeit einer einvernehmlichen Lösung dann am größten, wenn beide Seiten von ihr profitieren. Wie jeder Tauschakt zeigt, müssen sich unterschiedliche Interessen nicht widersprechen, sondern sind im Gegenteil die Voraussetzung dafür, dass überhaupt ein Kaufvertrag zustandekommt. Solange ein Konflikt nur als Nullsummenspiel verstanden wird, in dem jedem Ge-

winn der einen ein ebenso hoher Verlust der anderen Seite entspricht, ist zähes Gerangel vorprogrammiert und zumindest eine Partei wird mit dem Ergebnis unzufrieden sein. Gelingt es dagegen, eine Win-win-Situation herbeizuführen, wird Konsens möglich.

4. *Bestehen auf objektiven Kriterien.* Nicht immer lässt sich allerdings die Torte vergrößern, bevor man sich an ihre Verteilung macht. Besonders in diesen Fällen empfehlen die Autoren, die Entscheidung nicht der Hartnäckigkeit oder Gutmütigkeit der Beteiligten zu überlassen, sondern an willensunabhängige Maßstäbe zu binden. Sachgerechtes Verhandeln bedeutet dann, einen Streitfall in die gemeinsame Suche nach neutralen, d. h. von allen Parteien akzeptierten Kriterien zu verwandeln. Das kann das Votum eines externen Gutachters sein, aber auch die Einigung auf ein Zufallsverfahren wie Münzwurf oder Losentscheid.

Die vier Grundregeln beziehen sich auf das *Wie* des Verhandeln. Aber auch die Frage, *ob* beziehungsweise *ob weiter* verhandeln, folgt, so Fisher, Ury und Patton, einem rationalen Kalkül, genauer: sie sollte ihm folgen. Verhandlungen versprechen nur dann Erfolg, wenn beide Seiten einen Kooperationsgewinn erwarten. Keine Partei wird einer Vereinbarung zustimmen, die sie schlechter stellt als das günstigste Ergebnis, das sie ohne Verhandlungen erreichen kann. Diese *Best Alternative to Negotiated Agreement*, kurz: BATNA, definiert den Grenznutzen kooperativer Lösungen. Die Verhandlungsstärke einer Partei ist umso größer, je attraktiver ihre Optionen bei einem Scheitern von Verhandlungen sind. Deshalb ist es gerade im Falle ausgeprägter Machtasymmetrien wichtig, die eigene BATNA zu entwickeln und die der Gegenseite richtig einzuschätzen.

Die suggestive Kraft des Konzepts beruht zuletzt auf dem Grundton von Sachlichkeit und Effizienz, den Fisher, Ury und Patton anschlagen. Sie predigen keine Werte, sondern versprechen befriedigende Ergebnisse. Man muss schon bis zum Anhangskapitel mit Antworten auf häufige Leserfragen vorblättern und dort in der einzigen Fußnote des Buchs nachschauen, um Spurenelemente einer gesellschaftlichen Utopie zu entdecken: „Wir sind der Meinung“, heißt es dort, „dass sachgerechtes Verhandeln helfen kann, die Welt zu verbessern, zusätzlich zur Lieferung einer guten, universell einsetzbaren Methode in einer Verhandlung das zu erhalten, was man will. (...) Je mehr ein Problemlösungsansatz für Verhandlungen beim Umgang mit Meinungsverschiedenheiten zwischen Einzelpersonen und zwischen Nationen zur Norm wird, umso niedriger werden die Kosten eines Konflikts sein. Und Sie mögen feststellen, dass die Verwendung dieses Ansatzes neben solchen sozialen Nutzen auch den Wertvorstellungen der Fürsorge und Gerechtigkeit in einer Weise dient, die persönlich zufriedenstellend ist.“²³

Der liberale Traum von der Identität des Nützlichen und des Guten ist alt. Neu und in einem fundamentalen Sinne neoliberal ist dagegen das Versprechen, alle sozialen Beziehungen im Rückgriff auf ökonomische Kalküle zu pazifizieren, sowie der Versuch, diese Verheißung in ein ausgefeiltes Regelwerk und Trainingsprogramm zu übersetzen. Wo immer Menschen aufeinander treffen, so die erste Botschaft, bringt es allen den größten Vorteil, sich als rationale

Marktsubjekte zu verhalten. Dazu bedarf es freilich, so die zweite Botschaft, methodischer Anleitung und regelmäßiger Übung. – *Rational Choice* will gelernt sein.

THE PROMISE OF MEDIATION

Die Popularität, die dieses Projekt der Befriedung durch Befriedigung in sämtlichen Feldern der Konfliktvermittlung erlangte, provozierte Widerspruch bei jenen Mediatoren, denen es weniger auf zufriedene Klienten und effiziente Problemlösung als auf persönliche wie soziale Veränderungsprozesse ankam. Ein Manifest dieser Kritik ist das 1994 erschienene Buch „The Promise of Mediation“ von Robert A. Baruch Bush und Joseph P. Folger.²⁴ Die beiden Autoren entwickeln ihren eigenen transformativen Ansatz in direkter Abgrenzung zu einer Mediationspraxis, die sich auf das Harvard-Konzept beruft. Diese tendiere, monieren sie, zu einem direktiven Vorgehen und beraube die Beteiligten so der Chance zu lernen, dass und wie sie ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen können.

Bush und Folger plädieren deshalb für eine gänzlich andere Perspektive: Nicht als Probleme solle man Konflikte begreifen, sondern als „opportunities for moral growth and transformation“.²⁵ Die Beilegung eines Streit nötige alle Beteiligten dazu, ihre Bedürfnisse und Wertvorstellungen zu artikulieren, die eigenen Ressourcen zu entdecken und zu erweitern sowie schließlich eine Entscheidung zu treffen und sie umzusetzen. Dieser Klärungsprozess und die Erfahrung, sich einigen zu *können*, aber nicht zu *müssen*, stärke gleichermaßen Selbstverantwortung wie Selbstvertrauen. Zugleich konfrontiere ein Konflikt jede Partei mit den Interessen, Vorstellungen und Emotionen der Gegenseite, und die Anstrengungen zu seiner Lösung eröffneten vielfältige Gelegenheiten, dem Gegner zuzuhören und ihm trotz aller Differenzen ein Mindestmaß an Respekt und Achtung entgegenzubringen.

Mediation wird hier zur Schule der Humanität, die beide Dimensionen moralischen Verhaltens, die Beziehung zu sich selbst und die zu anderen, verbessern soll. Ob am Ende eine Vereinbarung steht, ist zwar nicht gleichgültig, aber doch von nachrangiger Bedeutung. Was zählt, ist das Maß an Empowerment und wechselseitiger Anerkennung, das die Beteiligten im und durch den Mediationsprozess erfahren. Dazu braucht es andere Gesprächsführungstechniken als bei einer auf Problemlösung fokussierten Vermittlung. Nicht Versachlichung des Konflikts und kreative Exploration von Win-win-Lösungen sind gefragt, sondern ein nicht-direktiver, eher situationsbezogener als ergebnisorientierter Stil, der alles unterstützt, was den Beteiligten hilft, sich über ihre eigenen Optionen klar zu werden und Verständnis für die andere Seite zu entwickeln.

Wenn auch die Veränderung des Einzelnen im Mittelpunkt steht, so geht der Anspruch von Bush und Folger weiter darüber hinaus. Dem liberalen Individualismus des Harvard-Konzepts stellen sie eine relationale Weltsicht entgegen und erklären ihren Mediations-Ansatz zum Motor eines gesellschaftlichen Paradigmenwechsels. In ihrer überschießenden Heils- und Harmoniesemantik lässt sich unschwer das kommunitaristische Programm ausmachen: Menschen bedürfen, heißt hier die Botschaft, der Anerkennung durch

andere nicht minder als des Vertrauens in die eigene Kraft. Beides bedingt einander und gedeiht am besten im Milieu überschaubarer Gemeinschaften, wo Menschen ihre Differenzen in persönlicher Auseinandersetzung austragen können. Solche Begegnungen zu ermöglichen und auf diese Weise Autonomie wie Gemeinsinn der Beteiligten zu fördern, ist das eigentliche „Versprechen der Mediation“.

Was sich als Gegengift zum perhorreszierten Liberalismus präsentiert, trägt gleichwohl unverkennbar dessen Züge. Das selbstverantwortliche und sozialkompetente Subjekt, zu dem der Einzelne mittels Empowerment moralisch heranwachsen soll, zeichnet sich exakt durch jene Eigenschaften aus, die im zeitgenössischen Managementdiskurs als Schlüsselqualifikationen firmieren und Unternehmen heute von ihren Mitarbeitern erwarten.²⁶ Wie die amerikanische Politologin Barbara Cruikshank gezeigt hat,²⁷ unterstellt Empowerment denjenigen, deren Selbstbewusstsein gestärkt werden soll, zuallererst jene Machtlosigkeit, gegen die es dann Abhilfe verspricht. Die Defizit-Diagnose legitimiert nicht nur das unermüdliche Einwirken der Bemächtigungsexperten auf ihre Klientel, sie markiert auch den Fluchtpunkt ihrer Interventionen: Diese sollen dem Einzelnen dazu verhelfen, seine Ziele klar zu erkennen, die eigenen Handlungsspielräume und Machtressourcen realistisch einzuschätzen und schließlich überlegte und verantwortete Entscheidungen zu treffen²⁸ – kurzum: sie sollen ihn befähigen, auch schwierige Konflikte in Eigenregie zu meistern, statt die Gerichte oder andere staatliche Instanzen damit zu behelligen. Solche Hilfe zur Selbsthilfe ist freilich ein unabschließbares Projekt, das fortgesetzter Unterstützung und Ermutigung bedarf. – „Empowered“ ist man nie genug.

IV.

Was sagt nun all das über die Gegenwart und zeitgenössische Menschenführung? Dazu einige zusammenfassende Anmerkungen:

Man hat sich daran gewöhnt, die gegenwärtige Ökonomisierung des Sozialen ausschließlich unter der Perspektive verschärfter, weil globalisierter Konkurrenzverhältnisse und des Abbaus sozialstaatlicher Sicherungssysteme zu betrachten. Die populäre Rede vom „entfesselten Kapitalismus“ (Bourdieu), „Raubtierkapitalismus“ (Ziegler) oder dem „Terror der Ökonomie“ (Forrester) suggeriert den Zerfall politischer Ordnung und die Wiederkehr eines anarchischen Kriegs aller gegen alle,²⁹ zu dessen Zähmung dann wahlweise ein starker Staat, bürgerschaftliches Engagement oder gar ein institutionalisiertes Weltbürgerrecht angerufen werden. Eine Technologie wie die Mediation passt schlecht in dieses Bild. Der Boom eines Verfahrens, das auf Konsens statt Kampf, auf autonome Konfliktregelung statt souveränen Rechtsentscheid setzt, weckt Zweifel an einer Gegenwartsdiagnose mit Hobbes'schem Szenario. Der beklagten Deregulierung korrespondieren vielmehr neue Modi der Regulierung; der Rückzug des Staates geht einher mit dem Aufbau individueller und *community*-bezogener Selbststeuerungspotenziale. Die Wiederkehr des Krieges – als soziale Tatsache wie als generalisierte Metapher des Sozia-

len – wird flankiert von Praktiken und Rhetoriken der Befriedung. Autonomie und Konsens definieren dabei nicht länger das Jenseits der Macht, sondern fungieren als deren privilegierte Medien. Als kritische Prinzipien einer Analytik des Regierens wie als *points de resistance* gegen die Zumutungen des Regiertwerdens haben sie, vorerst jedenfalls, ausgedient.

Mediation gehört wie die allgegenwärtige Beratung, mit der sie die Prinzipien der Freiwilligkeit, Ergebnisoffenheit und der Hilfe zur Selbsthilfe teilt, zu jenen Sicherheitsdispositiven, die auf alltäglichen Formen helfender Kommunikation – hier: dem Streitschlichten – aufbauen und diese in methodisch angeleitete, häufig professionell betriebene und institutionell abgestützte Strategien des Managements sozialer Risiken überführen. Genau darin besteht der Sprung von der Technik zur Technologie. Zwei gegenläufige Tendenzen kommen dabei zusammen: Auf der einen Seite wird die Bearbeitung von Konflikten formalisiert. Ein neuer Typus des Experten tritt auf den Plan, der die Rolle des neutralen Dritten übernimmt und nach festgelegtem Ablaufmodell die Vermittlungsgespräche moderiert. Aus einem Streit und den glückenden oder misslingenden Anstrengungen zu seiner Beilegung wird so ein geregeltes Verfahren. Dem steht auf der anderen Seite ein Informalisierungsschub gegenüber. Während am Ende einer Gerichtsverhandlung stets ein Richter auf Grundlage der geltenden Gesetze sein Urteil fällt, bleibt es bei der Mediation den Kontrahenten selbst überlassen, ob sie zu einer Vereinbarung gelangen und wie diese aussieht. Aus einem hoheitlichen Akt mit Verfahrensordnung und Instanzenzug werden so Verhandlungen mit offenem Ausgang. Diese doppelte Bewegung einer erweiterten, wenngleich indirekten Lenkung sozialer Beziehungen bei gleichzeitiger Rücknahme souveräner Formen der Machtausübung hatte Foucault im Blick, als er von der „Gouvernementalisierung des Staates“³⁰ sprach.

Man mag es begrüßen (und es gibt gute Gründe dafür), wenn Schulen Streit-Schlichter-Programme einführen und Jugendliche zu „Konfliktlotsen“ ausbilden, statt Pausenhofprügler disziplinarisch zu ahnden, wenn sich trennende Paare mit Unterstützung eines Mediators ihr Vermögen auseinander dividieren und Besuchsregelungen für die Kinder vereinbaren, statt bewehrt mit Anwälten vor dem Familienrichter gegeneinander anzutreten, wenn neutrale Dritte Kriegs- oder Bürgerkriegsparteien an einen Tisch bringen, statt dem Töten zuzusehen oder selbst militärisch zu intervenieren. Man mag sogar noch Verständnis dafür aufbringen (obwohl das schon sehr viel schwerer fällt), wenn Behörden und Industrie die zeit- und kostenintensiven Genehmigungsverfahren für umweltpolitisch umstrittene Projekte abzukürzen und Proteste im Vorfeld zu verhindern suchen, indem sie Anwohnervertreter und Bürgerinitiativen in die Planung einbeziehen und mit diesen im Rahmen einer Umweltmediation Kompromisslösungen aushandeln. – Aber muss man wirklich zum Vorschein einer besseren Welt erklären, was lediglich die Verwaltung der bestehenden erleichtert?

ANMERKUNGEN:

- 1 Vgl. die Definitionen bei Christoph Besemer: *Mediation. Vermittlung in Konflikten*. Königfeld / Heidelberg / Freiburg 1999, S. 14ff.; ders.: *Mediation in der Praxis. Erfahrungen aus den USA*. Heidelberg / Freiburg 1999, S. 10 ff.; Joachim Fietkau: *Leitfaden Umweltmediation. Schriften zu Mediationsverfahren im Umweltschutz Nr. 8*. WZB-paper FS II 94-323, Berlin 1994, S. 6; Hans-Georg und Gisela Mähler: Zur Geburt einer neuen Streitkultur bei Trennung und Scheidung. In: Josef Duss-von Werdt / Gisela Mähler / Hans-Georg Mähler (Hg.): *Mediation: Die andere Scheidung*. Stuttgart 1995, S. 13 f.; Saadia Touval / I. William Zartman: Introduction: Mediation in Theory. In: dies. (Hg.): *International Mediation in Theory and Practice*. Boulder 1985, S. 7; Christa Pelikan: Über Mediationsverfahren. In: *Mediationsverfahren: Horizonte, Grenzen, Innenansichten*. Baden-Baden 1999 (Jahrbuch für Rechts- und Kriminalsoziologie 1999), S. 11 ff.
- 2 Vgl. zur Mediation in zwischenstaatlichen Konflikten die theoretischen Reflexionen und Fallstudien in Touval / Zartman: *International Mediation*. A. a. O.; Jacob Bercovitch (Hg.): *Resolving International Conflicts*. Boulder / London 1996
- 3 Vgl. Michel Foucault: Die Gouvernementalität. In: Ulrich Bröckling / Susanne Krasmann / Thomas Lemke (Hg.): *Gouvernementalität der Gegenwart*. Frankfurt am Main 2000, S. 41-67; zum Konzept der Gouvernementalität umfassend: Thomas Lemke: *Kritik der politischen Vernunft. Michel Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität*. Hamburg / Berlin 1997; Mitchell Dean: *Governmentality. Power and Rule in Modern Society*. London u. a. 1999
- 4 Michel Foucault: Das Subjekt und die Macht. In: Hubert L. Dreyfus / Paul Rabinow: *Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik*. Frankfurt am Main 1987, S. 255
- 5 Vgl. u. a. Christine B. Harrington: Delegalization Reform Movements. A Historical Analysis. In: Richard L. Abel (Hg.): *The Politics of Informal Justice*. Vol. 1, New York u. a. 1982, S. 35-71; Sally Engle Merry: The Social Organization of Mediation in Nonindustrial Societies: Implications for Informal Community Justice in America. In: Abel, a. a. O., Vol. 2, S. 17-45; Kevin Avruch / Peter W. Black / Joseph A. Scimecca (Hg.): *Conflict Resolution. Cross-Cultural Perspectives*. New York u. a. 1991; George S. Odiorne: Arbitration and Mediation among the Early Quakers. In: *Arbitration Journal*. Vol. 9 (1956), S. 161 ff.
- 6 Vgl. zum Folgenden Joseph A. Scimecca: Conflict Resolution in the United States: The Emergence of a Profession? In: Avruch / Black / Scimecca, a. a. O., S. 19 ff.
- 7 Mary Parker Follett: Constructive Conflict. In: Henry C. Metcalf / Lyndall Urwick (Hg.): *Dynamic Administration. The Collected Papers of Mary Parker Follett*. New York / Evanston 1940, S. 30.
- 8 Vgl. insbesondere Robert R. Blake / Herbert A. Shepard / Jane S. Mouton: *Managing Intergroup Conflict in Industry*. Houston 1964
- 9 Follett: Constructive Conflict. A. a. O., S. 35
- 10 Vgl. John Burton: *Conflict and Communication. The Use of Controlled Communication in International Relations*. London 1969. Burtons Modell der Konfliktlösung gründet auf einer unter anderem von dem Psychologen Abraham H. Maslow und dem Soziobiologen Edwin O. Wilson beeinflussten Theorie menschlicher Bedürfnisse. Einen Überblick über die – methodisch unterschiedlichen – Problem-Solving Workshops geben Herbert C. Kelman: The problem-solving workshop in conflict resolution. In: Richard L. Merritt (Hg.): *Communication in International Conflict*. Urbana 1972, S. 168-204; Richard L. Merritt / Stephen P. Cohen: The Problem-Solving Workshop: A

- Social-Psychological Contribution to the Resolution of International Conflicts. In: *Journal of Peace Research*, 13 (1976), S. 79-90; dies.: Reduction of International Conflict: An Interactional Approach. In: William G. Austin / Stephen Worchel (Hg.): *The Social Psychology of Intergroup Relations*. Monterey, Cal. 1979, S. 288-303; Barbara J. Hill: An Analysis of Conflict Resolution Techniques. From Problem-Solving Workshops to Theory. In: *Journal of Conflict Resolution*, 26 (1982), S. 109-138
- 11 Vgl. dazu C. H. Mike Yarrow: *Quaker Experience in International Conciliation*. New Haven / London 1978; grundlegend für eine soziologische Sicht auf die pazifistischen Sekten noch immer Ernst Troeltsch: *Die Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen* (1912). Tübingen 1994
- 12 Yarrow: *Quaker Experience*. A. a. O., S. 165
- 13 Vgl. z. B. Besemer: *Mediation*. A. a. O., S. 18; Gisela Mähler / Hans-Georg Mähler: Trennungs- und Scheidungsmediation in der Praxis. In: *Familiendynamik* 17 (1982), S. 359; Bernd Fechner: Allparteilich, statt unparteilich. In: *Sozial extra*, 22 (1998), H. 11, S. 5f.
- 14 Rogers nennt drei Grundhaltungen als notwendige und hinreichende Bedingungen einer konstruktiven Therapie: (1) Positive Wertschätzung und emotionale Wärme, (2) Echtheit, (3) einführendes Verstehen. Vgl. Carl R. Rogers: The necessary and sufficient conditions of therapeutic personality change. In: *Journal of Consulting Psychology*, 21 (1957), S. 95-103
- 15 Bezeichnenderweise sprechen die Quäker dem gemeinsamen Schweigen, das sie in ihren Gottesdiensten praktizieren, die gleiche Wirkung zu.
- 16 Vgl. dazu aus der Fülle der Literatur Abel (Hg.): *The Politics of Informal Justice*, Vol. 1. A. a. O.; Roman Tomasic / Malcolm M. Feeley (Hg.): *Neighborhood Justice. Assessment of an Emerging Idea*. New York 1982; Jerold S. Auerbach: *Justice without Law: Resolving Disputes without Lawyers*. New York 1983; Richard Hofrichter: *Neighborhood Justice in Capitalist Society*. Westport, Conn. 1987; Christine B. Harrington: *Overview of the Dispute Resolution Field*. New York 1986; Christine B. Harrington / Sally Engle Merry: Ideological Production: The Making of Community Mediation. In: *Law & Society Review*, 22 (1988), S. 709-735; Laura Nader: The ADR Explosion – The Implications of Rhetoric in Legal Reform. In: *Windsor Yearbook of Access to Justice*, 8 (1988), S. 269-291; Stefan Breidenbach: *Mediation. Struktur, Chancen und Risiken im Konflikt*. Köln 1995.
- 17 Vgl. den Überblick bei Scimecca: Conflict Resolution in the United States. A. a. O., S. 29 f.
- 18 Vgl. Harrington / Merry: Ideological Production. A. a. O.; Breidenbach: *Mediation*. A. a. O., S. 116 ff., unterscheidet fünf Strömungen: (1) Service-Delivery-Project, (2) Access-to-Justice-Project, (3) Individual-Autonomy-Project, (4) Reconciliation-Project, (5) Social-Transformation-Project.
- 19 Vgl. vor allem Abel (Hg.): *The Politics of Informal Justice*. A. a. O.; Hofrichter: *Neighborhood Justice*. A. a. O.
- 20 Vgl. Abel, a. a. O., S. 88 f.
- 21 Roger Fisher / William Ury / Bruce M. Patton: *Getting to Yes*. Boston 1981; dt.: *Das Harvard-Konzept*. Frankfurt am Main 1984; zitiert wird im Folgenden nach der Jubiläumsausgabe Frankfurt am Main 2000
- 22 A. a. O., S. 17
- 23 A. a. O., S. 212
- 24 Robert A. Baruch Bush / Joseph P. Folger: *The Promise of Mediation*. San Francisco 1994
- 25 A. a. O., S. 81
- 26 Vgl. dazu Ulrich Bröckling: Totale Mobilmachung. Menschenführung im Qualitäts- und Selbstmanagement. In: Bröckling / Krasmann / Lemke (Hg.): *Gouvernementalität*. A. a. O., S. 131-167
- 27 Barbara Cruikshank: *The Will to Empower. Democratic Citizens and Other Subjects*. Ithaca / London 1999, S. 67-86
- 28 Vgl. Bush / Folger: *The Promise of Mediation*. A. a. O., S. 85 ff.
- 29 Vgl. Pierre Bourdieu: *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion*. Konstanz 1998; Viviane Forrester: *Der Terror der Ökonomie*. Wien 1997; Jean Ziegler: *Wie kommt der Hunger in die Welt?* München 2000
- 30 Foucault: *Gouvernementalität*. A. a. O., S. 65

LITERATUR:

- Abel, Richard L. (Hg.): *The Politics of Informal Justice*. New York u. a. 1982
- Auerbach, Jerold S.: *Justice without Law: Resolving Disputes without Lawyers*. New York 1983
- Austin, William G. / Worchel, Stephen (Hg.): *The Social Psychology of Intergroup Relations*. Monterey, Cal. 1979
- Avruch, Kevin / Black, Peter W. / Scimecca, Joseph A. (Hg.): *Conflict Resolution. Cross-Cultural Perspectives*. New York u. a. 1991
- Baruch Bush, Robert A. / Folger, Joseph P.: *The Promise of Mediation*. San Francisco 1994
- Bercovitch, Jacob (Hg.): *Resolving International Conflicts*. Boulder / London 1996
- Besemer, Christoph: *Mediation in der Praxis. Erfahrungen aus den USA*. Heidelberg / Freiburg ²1999
- Besemer, Christoph: *Mediation. Vermittlung in Konflikten*. Königswald / Heidelberg / Freiburg ⁶1999
- Blake, Robert R. / Shepard, Herbert A. / Mouton, Jane S.: *Managing Intergroup Conflict in Industry*. Houston 1964
- Bourdieu, Pierre: *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion*. Konstanz 1998
- Breidenbach, Stefan: *Mediation. Struktur, Chancen und Risiken im Konflikt*. Köln 1995
- Bröckling, Ulrich: Totale Mobilmachung. Menschenführung im Qualitäts- und Selbstmanagement. In: Bröckling / Krasmann / Lemke 2000, S. 131-167
- Bröckling, Ulrich / Krasmann, Susanne / Lemke, Thomas (Hg.): *Gouvernementalität der Gegenwart*. Frankfurt am Main 2000
- Burton, John: *Conflict and Communication. The Use of Controlled Communication in International Relations*. London 1969
- Cruikshank, Barbara: *The Will to Empower. Democratic Citizens and Other Subjects*. Ithaca / London 1999
- Dean, Mitchell: *Governmentality. Power and Rule in Modern Society*. London u. a. 1999
- Dreyfus, Hubert L. / Rabinow, Paul: *Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik*. Frankfurt am Main 1987
- Duss-von Werdt, Josef / Mähler, Gisela / Mähler, Hans-Georg (Hg.): *Mediation: Die andere Scheidung*. Stuttgart 1995
- Fechner, Bernd: Allparteilich, statt unparteilich. In: *Sozial extra*, 22 (1998), H. 11
- Fietkau, Joachim: Leitfaden Umweltmediation. Schriften zu Mediationsverfahren im Umweltschutz Nr. 8. WZB-paper FS II 94-323, Berlin 1994
- Fisher, Roger / Ury, William / Patton, Bruce M.: *Getting to Yes*. Boston 1981; dt.: *Das Harvard-Konzept*. Frankfurt am Main 1984 (Jubiläumsausgabe: Frankfurt am Main 2000)
- Forrester, Viviane: *Der Terror der Ökonomie*. Wien 1997
- Foucault, Michel: Das Subjekt und die Macht. In: Dreyfus / Rabinow 1987

- Foucault, Michel: Die Gouvernementalität. In: Bröckling / Krasmann / Lemke 2000
- Harrington, Christine B. / Merry, Sally Engle: Ideological Production: The Making of Community Mediation. In: *Law & Society Review*, 22 (1988)
- Harrington, Christine B.: Delegalization Reform Movements. A Historical Analysis. In: Abel 1982, Vol. 1
- Harrington, Christine B.: *Overview of the Dispute Resolution Field*. New York 1986
- Hill, Barbara J.: An Analysis of Conflict Resolution Techniques. From Problem-Solving Workshops to Theory. In: *Journal of Conflict Resolution*, 26 (1982)
- Hofrichter, Richard: *Neighborhood Justice in Capitalist Society*. Westport, Conn. 1987
- Kelman, Herbert C.: The problem-solving workshop in conflict resolution. In: Merritt 1972
- Lemke, Thomas: Kritik der politischen Vernunft. Michel Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität. Hamburg / Berlin 1997
- Mähler, Gisela / Mahler, Hans-Georg: Trennungs- und Scheidungsmediation in der Praxis. In: *Familiendynamik* 17 (1982)
- Mähler, Hans-Georg und Gisela: Zur Geburt einer neuen Streitkultur bei Trennung und Scheidung. In: Duss-von Werdt / Mahler / Mahler 1995
- Merritt, Richard L. (Hg.): *Communication in International Conflict*. Urbana 1972
- Merritt, Richard L. / Cohen, Stephen P.: Reduction of International Conflict: An Interactional Approach. In: Austin / Worchel 1979
- Merritt, Richard L. / Cohen, Stephen P.: The Problem-Solving Workshop: A Social-Psychological Contribution to the Resolution of International Conflicts. In: *Journal of Peace Research*, 13 (1976)
- Merry, Sally Engle: The Social Organization of Mediation in Non-industrial Societies: Implications for Informal Community Justice in America. In: Abel 1982, Vol. 2
- Metcalf, Henry C. / Urwick, Lyndall (Hg.): *Dynamic Administration. The Collected Papers of Mary Parker Follett*. New York / Evanston 1940
- Nader, Laura: The ADR Explosion – The Implications of Rhetoric in Legal Reform. In: *Windsor Yearbook of Access to Justice*, 8 (1988)
- Odiorne, George S.: Arbitration and Mediation among the Early Quakers. In: *Arbitration Journal*. Vol. 9 (1956)
- Parker Follett, Mary: *Constructive Conflict*. In: Metcalf / Urwick 1940
- Pelikan, Christa: Über Mediationsverfahren. In: *Mediationsverfahren: Horizonte, Grenzen, Innenansichten*. Baden-Baden 1999 (Jahrbuch für Rechts- und Kriminalsoziologie 1999)
- Rogers, Carl R.: The necessary and sufficient conditions of therapeutic personality change. In: *Journal of Consulting Psychology*, 21 (1957)
- Scimecca, Joseph A.: Conflict Resolution in the United States: The Emergence of a Profession? In: Avruch / Black / Scimecca 1991
- Tomasic, Roman / Feeley, Malcolm M. (Hg.): *Neighborhood Justice. Assessment of an Emerging Idea*. New York 1982
- Touval, Saadia / Zartman, I. William. (Hg.): *International Mediation in Theory and Practice*. Boulder 1985
- Touval, Saadia / Zartman, I. William: Introduction: Mediation in Theory. In: Touval / Zartman 1985
- Troeltsch, Ernst: *Die Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen* (1912). Tübingen 1994
- Yarrow, C. H. Mike: *Quaker Experience in International Conciliation*. New Haven / London 1978
- Ziegler, Jean: *Wie kommt der Hunger in die Welt?* München 2000

SEBASTIAN REINFELDT / RICHARD SCHWARZ

„NAISSANCE DE LA BIOPOLITIQUE“. LIBERALISMUS UND BIOPOLITIK

O. Um die Begriffe „Gouvernementalität“, „Politische Ökonomie“ und „Biopolitik“ besteht ein terminologische Konfusion, an der – wie so oft – Michel Foucault selber nicht ganz unschuldig war. Das für ihn typische Gleiten der Begrifflichkeit ist aber einer Denk- und Arbeitsweise geschuldet, die die Begriffe, in denen wir unser Heute verstehen, nicht in den Konzepten der Vergangenheit sucht, sondern die das Heute in seiner Eigenheit und Differenz erfassen will. Wir möchten unsere Überlegungen zum Thema Liberalismus und Biopolitik nicht als eine akademische Übung verstanden wissen, in der Textexegesen praktiziert werden mit dem Ziel, getreue Nachfolgeschafften auf Foucault zu behaupten oder zu verteidigen.

Vielmehr verstehen wir das Folgende als eine Intervention in das unserer Meinung nach allzu sorglose Verständnis des so genannten Neo-Liberalismus als eine weltumspannende, ideologiegeleitete Politik, deren uniforme Realität in jeder Mikrofasern der einzelnen Gesellschaften aufgespürt werden könne.

A. Der Begriff der Gouvernentalität besitzt bei Foucault eine doppelte Bedeutung:

Einerseits bedeutet er ein Gesamt von Führungsverhältnissen in einer gegebenen Gesellschaft: „Im Grunde ist Macht weniger von der Art der Konfrontation zweier Gegner oder der Verpflichtung des einen gegenüber dem anderen, als von der der ‚Regierung‘. Man muß diesem Wort die sehr weite Bedeutung belassen, die es im 16. Jahrhundert hatte. Es bezog sich nicht nur auf politische Strukturen und auf die Verwaltung der Staaten, sondern bezeichnete die Weise, in der das Benehmen von Individuen oder Gruppen gelenkt wurde: Regierung der Kinder, der Seelen, der Gemeinden, der Familien, der Kranken.“¹

Andererseits bedeutet der Begriff im engeren Sinne eine spezielle Form *staatlicher* Machtausübung: „Unter Gouvernentalität verstehe ich die Gesamtheit, gebildet aus den Institutionen, den Verfahren, Analysen und Reflektionen, den Berechnungen und den Taktiken, die es gestatten, diese recht spezifische und doch komplexe Form der Macht auszuüben, die als Hauptzielscheibe die Bevölkerung, als Hauptwissensform die politische Ökonomie und als wesentliches technisches Instrument die Sicherheitsdispositive hat.“²

Eine *Vereinseitigung* dieses Begriffs auf eine seiner beiden Bedeutungen zieht jeweils prekäre Effekte nach sich: die Vereinseitigung des Begriffs allein auf die Bedeutungsdimension staatlich-rationaler Machtausübung (d. h. auf die Dimension des staatlichen Macht-Wissens und seiner vielzähligen Objekte) führt zu einer (wenn auch unfreiwilligen) Nähe zu dem Konzept einer „instrumentellen Vernunft“, die zumindest tendenziell in der Lage sei, jeden denkbaren Gegenstand zum widerstandslosen Objekt ihrer Manipulationen zu machen – und damit faktisch zu einer Neuauflage des Konzepts der „verwalteten Welt“; die Vereinseitigung

des Begriffs allein auf die Bedeutungsdimension der Führungsverhältnisse führt aufgrund ihrer Ausblendung des Zusammenhangs von „positiven Wissenstechniken“ und „Arten zu handeln“ (Foucault) – d. h. der Produktion und Akkumulation von Wissen als Grundlage von Regierungshandeln – in die Nähe eines (wenn auch unfreiwilligen) Rückfalls in die *Ideologiekritik* – gerade wenn im Zusammenhang der uns hier interessierenden Redeweise von der „Ökonomisierung des Sozialen“ „Politische Ökonomie“ zwar als eine diskursive Technik der Subjektivierung gelesen wird, nicht aber als ein Wissenssystem – oder sogar: als ein Wissenssystem von Wissenssystemen (über das Land, die Bevölkerung, das Klima etc.).

Auch der Begriff des Liberalismus schwimmt in beiden Vereinseitigungen, da es in beiden Fällen nicht klar ist, wie der Begriff der Gouvernentalität auf das liberale Problem einer Regierung freier Subjekte bezogen werden kann und auf welche Weise Gouvernentalität einen strategischen Einsatz in den Kämpfen bildet (Gouvernentalität also bezogen auf die *multitude* und auf die gesellschaftlichen Antagonismen). Zudem droht in beiden Fällen die Staatszentriertheit des Denkens: im ersten Fall, wenn Gouvernentalität im engeren Sinne nicht als nur eines der vielfältigen Momente eines Führungsverhältnisses verstanden wird, das weit über den Staat und seine Apparate (im engeren Sinne) hinausgeht; im zweiten Fall, wenn in der mikrophysikalischen Analyse von Führungsverhältnissen und Subjektivierungsstrategien der Eindruck erweckt wird, diese hätten ihren Ursprung in einem staatlichen Projekt mit dem Namen „Neoliberalismus“ und wären dort im Vornhinein beliebig planbar.

„Politische Ökonomie“³ wird bei Foucault offensichtlich verschieden verwendet. Im seinem *Résumé de cours* von 1979 mit dem Titel *Naissance de la biopolitique* wird der Begriff „Politische Ökonomie“ im traditionellen Sinne verwendet und bezeichnet eine theoretische Formation, die für die liberale Form der Gouvernentalität einen Rahmen andauernder Selbstkritik bereitstellt, um ein Zuviel-Regieren zu konstatieren und dessen schädliche Auswirkungen aufzuweisen. Sie ist also nur ein Moment der Regierungsrationalität und ihrer Probleme wie „Gesundheit, Hygiene, Geburtenrate, Lebensdauer, Rassen“.⁴

Im Gouvernentalität-Aufsatz von 1978 scheint dagegen ein „erweiterter“ Begriff vorzuliegen, d. h. der Begriff bezeichnet ein Wissenssystem von Wissenssystemen, denn „die Bildung eines Regierungswissens lässt sich in keiner Weise von der Bildung eines Wissens über all die Vorgänge trennen, die sich um die Bevölkerung im weitesten Sinne drehen – was man eben die ‚Ökonomie‘ nennt“.⁵

Politische Ökonomie als, wie Foucault sagt, Hauptwissensform der Gouvernentalität müsste dann auch Disziplinen wie Geographie, Demographie und Klimatologie umfassen; und möglicherweise auch die Medizin, wenn sie

obige Probleme zum Gegenstand hat. Hier liegt das Problem der Definition wie sie Foucault in seiner Vorlesung zur Gouvernamentalität vorlegt – zwar macht sie klar ersichtlich, dass Politische Ökonomie seit ihrer Entstehung immer schon ein Bestandteil der Biopolitik gewesen ist; der erweiterte Begriff verdeckt aber den spezifischen Beitrag der Politischen Ökonomie seit Smith zu einer liberalen Regierungsweise: Die Erfindung einer anthropologischen Grundlage – in Form einer „Als-ob-Konstruktion“ – für eine Regierung der Vielheit oder der *multitude* im Namen der Regierung freier Subjekte und des „Nicht-zuviel-Regierens“. Denn nicht nur der Markt spielt in dieser Theorie, wie Foucault sagt, die Rolle eines „Tests“, „eines Ortes bevorzugten Experiments, an dem man die Folgen eines Exzesses an Gouvernamentalität entdecken und deren Ausmaß berechnen kann“⁶, sondern auch die Figur des seinen Eigennutz verfolgenden Individuums.⁷

Liberaler Regierungsweise besteht also in dem grundsätzlichen Paradox, einerseits interventionsfähig in Hinsicht auf die obigen Probleme zu sein und auch der „wilden Freiheit“⁸ der Individuen Grenzen ziehen zu können, auf der anderen Seite aber auch einen gewissen Freiheitsspielraum der Individuen ermöglichen oder gar befördern zu müssen, da sich andererseits negative volkswirtschaftliche Effekte ergeben würden.

B. Im Zusammenhang mit der Diskussion über das angebliche Monster des Neoliberalismus, das unser politisches und soziales Leben beherrschen soll, stellt sich die Frage, wie wir den Gegenstandsbereich, die Effekte und Performanzbedingungen einer liberalen Politischen Ökonomie bestimmen können. Dahinter steht natürlich die Frage, inwieweit die Redeweise, das Soziale werde vom genannten Monster „ökonomisiert“, Sinn macht oder ob das damit aufgerissene terminologische Feld nicht einfach eine bestimmte Politische Ökonomie – die vergangene, fordistisch-korporatistische – essentialisiert, indem sie unter der Hand zum Maßstab für eine faire Ökonomie erhoben wird.

C. Foucault benutzt in seinem Gouvernamentalität-Aufsatz den Begriff „Politische Ökonomie“ in einem viel zu erweiterten Sinn, als dass noch trennscharf zwischen „Politischer Ökonomie“ im traditionellen Sinne und „Biopolitik“ mit ihren Wissenssystemen unterschieden werden könnte, wie er dies ein Jahr später explizit tun wird. Noch 1978 aber ist für ihn Politische Ökonomie ein verschiedenste Wissensformen umfassendes Wissenssystem, insofern es Rahmen und Daten für wesentliche staatliche Aktivitäten wie das Planen der Infrastruktur, das Rastern der Räume oder das Überwachen der Bevölkerung bereitstellt. „Dieses kontinuierliche und vielfältige Netz von Bezügen zwischen Bevölkerung, Territorium und Reichtum aufgreifend, bildet sich eine Wissenschaft aus, die man ‚politische Ökonomie‘ nennt“⁹.

D. Politische Ökonomie ist ferner eine Praxis oder in den Worten Foucaults, „eine Interventionstechnik der Regierung“. Genau genommen ergibt sich hier eine „feste Reihe“, „die auch heute noch nicht zerfallen ist“: Regierung, Bevölkerung, Politische Ökonomie. Die staatliche Aktivität er-

schöpft sich in einem Dreieck *Souveränität – Disziplin – gouvernementale Führung* mit der Bevölkerung als Hauptzielscheibe und mit dem Sicherheitsdispositiv als wesentlicher Mechanismus.

E. Als Wissenssystem – d. h. als Akkumulationssystem von Daten über Bevölkerung, Territorium und Ökonomie – und als eine auf diesen Daten beruhende Interventionstechnik ist unserer Meinung nach Politische Ökonomie jedoch noch nicht ausreichend bestimmt. Sie ist gleichzeitig eine „Repräsentation“ der Ökonomie und des Sozialen, die auf der *Erfindung* einer anthropologischen Grundlage des ökonomischen Austausches basiert. Dies soll im Rückgriff auf eine Wiener Quelle erläutert werden. Nach Hans Vaihinger (*Die Philosophie des Als Ob*) ist der theoretische Ausgangspunkt Politischer Ökonomie bei Adam Smith der folgende:

„Der ganze Kunstgriff besteht darin, daß Smith alle wirtschaftlichen Handlungen der Gesellschaft so betrachtet, als ob sie einzig und allein vom Egoismus diktiert wären: er sieht dabei ab von allen anderen Faktoren, z. B. Wohlwollen, Sittlichkeit, Gerechtigkeit, Billigkeit, Mitleiden, Gewohnheit, Sitten und Gebräuchen usw. Auf diese Weise ist es ermöglicht, die Erscheinungsweisen der menschlichen Verhältnisse in wirtschaftlicher Hinsicht auf wenige Grundgesetze zu reduzieren. Mit sicherer Hand greift er dasjenige Motiv heraus, welches am häufigsten und am stärksten ist. Er stellt jenen fiktiven Satz – es ist, als ob alle wirtschaftlichen, geschäftlichen Handlungen nur vom Egoismus motiviert wären – als ein Axiom an die Spitze seines Systems und entwickelt daraus deduktiv, mit systematischer Notwendigkeit, alle Verhältnisse und Gesetze des Handels und Verkehrs und aller Schwankungen in diesen komplizierten Gebieten.“¹⁰

Für Vaihinger ist diese Als-ob-Konstruktion also notwendige Vorbedingung der Möglichkeit ökonomischen Wissens und nicht wie für Marx eine bloße Ideologie, die von den wirklichen Verhältnissen abstrahiert.¹¹ Genauer gesagt ermöglichen für Vaihinger erst Abstraktionsleistungen wie die obige (er nennt weiterhin die Fiktionen „isolierter Mensch“, „isolierte Stadt“, „isolierter Staat“¹² die Möglichkeit Politischer Ökonomie als Wissenschaft.

Ungeachtet ihres epistemologischen Status funktioniert Politische Ökonomie aber auf jeden Fall dann als Ideologie, wenn ihre Als-ob-Konstruktionen die Subjekte ergreifen. Sie tut dies über deren Identifikation mit dem „Subjekt, dem unterstellt wird zu glauben“¹³. Das funktioniert in etwa so: Die Individuen unterstellen permanent allen anderen, dass sie als eigennützige Subjekte agieren würden, selbst dann, wenn sie jeweils selbst gar nicht eigennützig agieren wollen. Sie sagen: „Ich weiß zwar, daß Menschen auch nicht eigennützig handeln könnten, aber...“ Die genannte anthropologische Grundlage nimmt in solch einer fingierten Rede die Form einer nachträglichen Rechtfertigung an.

Die Als-ob-Konstruktion ist sowohl eine soziale Institution (wie auch andere Fiktionen – etwa die des „Marktes“) als auch ein theoretisches Modell, das dem liberalen Denken eine Indikationsmöglichkeit für ein „Zuviel-Regieren“ liefert. Mit anderen Worten stellt Politische Ökonomie als Theorie im traditionellen Sinne Mittel für eine potenzielle (Selbst)kri-

tik der Gouvernamentalität bereit, d. h. für eine Kritik, die heute fälschlicherweise als „neo-liberale“ bezeichnet wird.

F. Wir denken daher, dass das Politische der Politischen Ökonomie über die Elemente „Disposition“ und „strategische Intervention in einem Diagramm von Kräfteverhältnissen“ hinaus zu entwickeln ist. Gesucht wird nach einem Verständnis, dass auf dem Niveau Politischer Ökonomie die offensichtlichen ideologischen und – sagen wir – imaginativen Elemente umfasst, analysiert und im Rahmen einer Gouvernamentalitätsanalyse der Gegenwart ins Spiel bringt. Politische Ökonomie setzt sich auch ins Werk, indem sie Subjektivitätsstandards erzeugt.

G. Das rational planende Individuum kam im Rahmen der britischen Nationalökonomie auf die Welt. Seither hat es eine Art Double: die Biopolitik, die in entsprechenden Kritiken oft nur in einer verkürzten Bedeutung verstanden wird: als technische Manipulation des biologischen Lebens. Auf diesen Aspekt der Biopolitik stützen sich etwa die Genomkritiker, wenn sie die Bemächtigung des Lebens durch die Wissenschaften kritisieren.

Biopolitik bedeutet aber Steuerung und Regulierung der menschlichen Gattung allgemein und sie rückt eine der Triebfedern der Gouvernamentalität in den Vordergrund: In dieser Perspektive besteht die ständige Sorge darüber, dass die vielen – von den ständischen Fesseln befreiten Individuen – tun, was sie wollen. Biopolitik im weiten Sinne muss daher analysiert werden als ein Einsatz, die Vielheit zu regieren.

Seit dem 18. Jahrhundert interessiert sich der Staat für die Bevölkerung, für die Volksgesundheit, für den Sex und für die Stillgewohnheiten der Mütter; er bringt Bettler und Obdachlose von den Straßen, um sie in Asyle einzusperren, und er sorgt sich um die rassische Reinheit. „Wir interpretieren deshalb Leben als multitude, als Vielheit der sozialen Bezüge, die im Inneren des Konzepts der Biopolitik existieren.“¹⁴ Und: „Es geht um die Bedingungen der Reproduktion der Gattung, den Teil der materiellen Produktion, den Marx Reproduktion genannt hat, aber es geht auch um alles, was das Soziale betrifft: die Subjektivität, die Schule, das Gefängnis, die Komplexität der Verhältnisse.“¹⁵

H. Die Subjekte der liberalen Gouvernamentalität sind keine Untertanen eines Souveräns mehr, sie sind aber auch nicht Freie und Gleiche im Sinne der Versprechen von 1776 und 1789. In seinem Aufsatz *Naissance de la biopolitique* identifiziert Foucault zwei verschiedene moderne Varianten des politischen Liberalismus. Beide treffen sich jedoch in ihrer gemeinsamen Grenzziehung gegen den revolutionären Frühliberalismus und gegen die planenden Ökonomien des 20. Jahrhunderts.¹⁶ Sie definieren das Verhältnis von Staat und Ökonomie neu, insofern der Markt zum organisierenden und regulierenden Prinzip des Staates als Ganzem werden soll, und nicht eine separate Sphäre, in die man nicht eingreifen darf. Die Grundlage des Regierens ist nicht mehr das abstrakt freie Individuum, sondern eine künstlich arrangierte Freiheit.

I. Auch François Ewald analysiert, dass die ‚typisch‘ liberale Kunst darin besteht, die Sphären Markt, Staat, Soziales, Recht und Religion sorgsam zu trennen, um sie später wieder auf eine eigene Art und Weise ineinander fließen zu lassen. Auch hier besteht das Problem, wie die Vielheit zu regieren sei. So haben etwa die Praktiken der Wohltätigkeit pragmatischen Charakter, sie haben „sich stets der Mannigfaltigkeit der zu befriedigenden Bedürfnisse anzupassen.“¹⁷ Hier liegt der Ursprung der großen Institutionen des so genannten Klassenkompromisses in Westeuropa wie Sparkassen, Volksversicherungen, Krippen, Asyle, Arbeiter- und Gemeindewohnungen.

Das gilt natürlich auch für Österreich, besonders für die ehernen Institutionen des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates. Man kann durchaus an diese denken, wenn Ewald sagt: „Das von den Liberalen erdachte Diagramm einer wohlgeordneten Gesellschaft (...) darf nicht als Beschreibung eines Regierungsprogramms aufgefaßt werden. Das liberale Diagramm, das auf dem Prinzip der Verantwortlichkeit fußt, bietet wie jedes Diagramm ein selbstregulierendes Schema an. Die Notwendigkeit einer Regierungstätigkeit bleibt hingegen bestehen, wird durch es sogar begründet. Ihr Programm [findet sich] in der sehr ausgiebigen Literatur über die Probleme der Unterstützung, der Wohltätigkeit und Barmherzigkeit, über die Verwaltung der Ungleichheiten. (...) Der politische Liberalismus deckt sich mit dem Problem der Verwaltung von Ungleichheiten. Das Soziale bildet sozusagen das Leitmotiv der politischen Philosophie des Liberalismus (...). Die liberale Politik ist eigentlich eine Sozialpolitik.“¹⁸

J. Die europäischen Gesellschaften – und wir verwenden hier das Attribut ‚europäisch‘ in seiner geographisch maximalsten Bedeutung – sind momentan Laboratorien. Im Sinne eines Trial-and-error-Verfahrens werden neue, postmoderne Varianten einer liberalen Gouvernamentalität entwickelt, erprobt, weiterverfolgt oder verworfen. Dies erfolgt jedoch ebenso im Diagramm zeitgenössischer Kämpfe, worin diese aufgenommen, invertiert und zugleich verkehrt werden. Die minoritären Kämpfe der 70er- und 80er-Jahre haben sich gegen die ehernen fordistischen Institutionen und Apparate gerichtet, gegen die Institutionen der Disziplin, die sozialdemokratischen Technokratien, die Zwangsheterosexualität, das Familienmodell und die darin eingeschriebene Rolle der Frau etc..

K. Dabei kann aus den von Foucault in seinen *Naissance-Ausführungen* diskutierten Varianten ein Raster gezeichnet werden, bei dem an dem einen Ende die liberale Politik, so wie sie von der Schule von Chicago vorgeschlagen wurde, liegt; und am anderen Ende eine deutsche, ordo-liberale Strategie. „Während diese (die soziale Marktwirtschaft in Deutschland) annimmt, daß die Regulation der Preise auf dem Markt – als einzige Grundlage einer rationalen Ökonomie – von sich aus so zerbrechlich ist, daß sie durch eine interne Politik, die über soziale Interventionen wacht (einschließlich über Arbeitslosenhilfe, Deckung der Gesundheitskosten, Wohnungspolitik etc.), unterstützt, gestaltet und ‚geordnet‘ werden muß, versucht der amerikanische

Neoliberalismus vielmehr, die Rationalität des Marktes, die Schemata der Analyse, die sie vorschlägt, und die Entscheidungskriterien, die sie nahelegt, auf nicht ausschließlich oder nicht vorrangig ökonomische Gebiete auszudehnen. So z. B. auf die Familie und die Geburtenziffer, auf die Straffälligkeit und die Politik der Bestrafung.¹⁹ Die aktuellen Varianten, wie sie in den verschiedenen Gesellschaften durchgespielt werden, lassen sich demgemäß auf einer Skala zwischen diesen beiden Polen einteilen.

In Österreich werden unserer Wahrnehmung und ersten Analyse zufolge beide Strategien gleichzeitig – und teilweise gegeneinander – in Anschlag gebracht. Zwar werden die Institutionen der Sozialpartnerschaft dann politisch attackiert und ‚gesäubert‘, wenn ihr Personal sozialdemokratisch ist (oder wenn dies unterstellt werden kann). Doch ist bislang keine Rede davon, die Institutionen der Sozialpartnerschaft aufzulösen. Vielmehr zeigt sich am Horizont der rechtspopulistischen Bemühungen ein neuer Korporatismus, der insofern faschistische Anleihen macht, als er keine politischen und sozialen Spaltungen und Antagonismen mehr kennen möchte.

Die exklusiven Träger und Adressaten dieser sozialen Marktwirtschaft sind die fleißigen, anständigen und sparsamen Österreicher; ausschließlich sie sollen die Subjekt-Objekte weiterer staatlichen Fürsorge sein. Die sozialen Auseinandersetzungen der Gegenwart scheinen darum zu gehen, wer Angehöriger dieser exklusiven sozialen Institution wird – und wer in einer der grauen Zonen verbleibt: „mit marginalen Aktivitäten, die eine Zuflucht (oder eine Deponie) für diejenigen bereitstellen, die nicht in der Lage sind, an den Kreisläufen des intensiven Austausches teilzunehmen.“²⁰

L. In diesen Experimenten hat sich allerdings auch der Einsatz der Biopolitik verändert. Wie im Vorsorgestaat stehen die Begriffe der Prävention und der Sicherheit im Vordergrund: „Jedermanns Leben ist ein Risikofaktor für die anderen“²¹; mit der Ablösung der Absicherung durch das Recht der Sicherheit „fanden die Praktiken, Institutionen und Programme der Bio-Politik (...) das Rechtsinstrument, das ihre weitere Entfaltung ermöglichte.“²²

M. Aktuelle Biopolitik bezieht sich nicht nur auf die menschliche Bevölkerung. Als Beispiel wollen wir hier kurz auf die überraschende Wiederkehr des mittelalterlichen Konzeptes der Seuchenstadt als Antwort auf die epidemischen Erkrankungen BSE und Maul- und Klauenseuche verweisen. Im Unterschied zu dieser hat die Einrichtung von Seuchenzonen in England, Deutschland und Frankreich jedoch nicht zum Ziel, gesunde Menschen vor Kontamination zu bewahren, sondern sie zielt auf den Schutz der Fleischmärkte.

Eine der anderen biopolitischen Fragestellungen unserer Zeit sieht auch aus wie eine ganz klassische: Der Versuch der Erfassung und Steuerung der Bewegung der Menschen, d. h. die Aktivitäten zur Regulation der Migration (Topos: „Der Staat als Dämmebauer“). Die Einsätze postmoderner Biopolitik sind dabei von einer eigenen Problematik geprägt: Bange fragt man sich nicht nur, wo die Marge dessen liegt, was eine Bevölkerung an Zuwanderung öko-

nomisch „verkräften“ kann. Dahinter stehen aber nicht nur volkswirtschaftliche Komponenten, sondern eine auch identitäre: Der den nach Westeuropa kommenden Migrant unterstellte fiktive Raubzug bezieht sich darauf, dass sie den Anständigen und Fleißigen nicht nur ihr Geld und ihren Reichtum wegnehmen wollen, sondern auch ihre völkische Identität. Diese Identitäts-Biopolitik schafft separate Sphären und Zonen, in denen jede Gruppe sie selber sein kann, in der einer Vervielfältigung aber klare Grenzen gezogen sind.

N. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die postmodernen Formen liberaler Gouvernamentalität keine Rückkehr zum *Laissez-faire* und zum Nachwächterstaat darstellen. Zwar sind diese neuen Formen durch eine tendenzielle Abkehr von den alten Ordnungen der Disziplin und den Institutionen des Klassenkompromisses – bzw. deren neue Gewichtung – gekennzeichnet; diese Neuordnung aller Verhältnisse wird daher „von unten“ als Erweiterung von Freiheitsspielräumen erfahren.

Dennoch ist der neo-liberale Staat kein schwacher Staat. Wie die generelle Aufrüstung der Sicherheitsdispositive, die verschärfte Migrationspolitik und nicht zuletzt die massiven Seuchenschutzmaßnahmen in der europäischen Agrarpolitik zeigen, kann von einer generellen Schwächung des Staates keine Rede sein, auch wenn eine gewisse liberale Rhetorik und eine diese verdoppelnde Kritik dies ständig behaupten.

ANMERKUNGEN:

- 1 Foucault 1996, S. 37
- 2 Foucault 2000, S. 64
- 3 „Politische Ökonomie“ wird in diesem Text in zweierlei Weise verwendet: im Sinne einer unbestimmten Redeweise über „Politische Ökonomie“ (in Anführungsstrichen), ohne Anführungszeichen, wenn wir inhaltlich bestimmen, was unter Politischer Ökonomie zu verstehen ist (die Verfasser).
- 4 Foucault 1989, S. 109
- 5 Foucault 2000, S. 62
- 6 Foucault 1989, S. 114
- 7 Vgl. Meuret 1994, S. 37 ff., insbesondere S. 45-47
- 8 Kant 1985, S. 28
- 9 Foucault 2000, S. 62
- 10 Vaihinger 1986, S. 343 f.
- 11 Vgl. Marx 1962, S. 90 f.
- 12 Vaihinger 1986, S. 37
- 13 Mocnik 1994, S. 234
- 14 Lazzarato 2000, S. 28
- 15 A. a. O., S. 29
- 16 Vgl. Foucault 1989, S. 117
- 17 Ewald 1993, S. 93
- 18 A. a. O., S. 100
- 19 Foucault 1989, S. 119
- 20 Castel, <http://www.episteme.de/Castel.html>, S. 17
- 21 Ewald 1993, S. 488
- 22 A. a. O., S. 489

LITERATUR:

- Castel, Robert: Von der Gefährlichkeit zum Risiko: Auf dem Weg in eine post-disziplinäre Ordnung?
In: URL: <http://www.episteme.de/Castel.html>
- Ewald, François 1993: *Der Vorsorgestaat*. Frankfurt am Main
- Foucault, Michel 1989: Naissance de la biopolitique. In: *Résumé des cours 1970 – 1982*. Paris, S. 109-120
- Foucault, Michel 2000: Die Gouvernementalität. In: Ulrich Bröckling / Susanne Krassmann / Thomas Lemke (Hg.): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt am Main, S. 41-67
- Foucault, Michel / Seitter, Walter 1996: *Das Spektrum der Genealogie*. Bodenheim
- Kant, Immanuel 1985: Idee zu einer allgemeinen Geschichte in

- weltbürgerlicher Absicht. In: Ders.: *Schriften zur Geschichtsphilosophie*. Hg. Manfred Riedel. Stuttgart, S. 21-39
- Lazzarato, Maurizio 2000: Unterwegs im biopolitischen Raumschiff. In: *Jungle World* 27, S. 28 f.
- Marx, Karl 1962: *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*. Erster Band: Der Produktionsprozeß des Kapitals. Berlin
- Meuret, Denis 1994: Eine politische Genealogie der Politischen Ökonomie. In: Richard Schwarz (Hg.): *Zur Genealogie der Regulation*. Mainz, S. 13-53
- Mocnik, Rastko 1994: Das Subjekt, dem unterstellt wird zu glauben und die Nation als eine Null-Institution. In: Henning Böke u. a.: *Denk-Prozesse nach Althusser*. Hamburg-Berlin, S. 225-273
- Vaihinger, Hans 1986: *Die Philosophie des Als Ob*. Aalen

WOLFGANG PIRCHER

DIE ERFINDUNG DES MARKTES

In seinen Vorlesungen über oder zu „Gouvernementalität“ ist Foucault bis zum Liberalismus des 20. Jahrhunderts vorgestoßen, der im Unterschied zu den frühliberalen Theorien ein ausgesprochen ökonomisch bestimmter Liberalismus war und ist. Er hat zwei Formen des Neoliberalismus untersucht: den deutschen Ordo-Liberalismus der Nachkriegszeit und die so genannte Chicago-Schule. Ich kenne seine diesbezüglichen Vorlesungen nicht – sie sind noch nicht veröffentlicht – und würde mich daher in die Position des Schulmeisterleins Wuz aus Auenthal begeben, würde ich versuchen, nun gleichsam zu erdichten, was Foucault gesagt hat. Auch wollen wir ja keine orthodoxen Foucault-Schüler sein. Ich möchte daher auf eine neoliberale Strömung zu sprechen kommen, die auch nicht ganz unwichtig war und die in Wien ihren Ausgangspunkt nahm. Sie ist mit den Namen Ludwig von Mises und Friedrich August von Hayek verknüpft, die beide wiederum in der Tradition der ökonomischen und gesellschaftspolitischen Theorien von Carl Menger stehen.

MARKT UND MACHT

Als stichwortgebend lässt sich ein Aufsatztitel des früheren Finanzministers der Monarchie, Eugen von Böhm-Bawerk, heranziehen: in dem so überaus interessanten Jahr 1914 veröffentlicht er einen Aufsatz mit dem Titel „Macht oder ökonomisches Gesetz“ und er führt darin zusammenfassend aus, dass das selbst „gebieterrichste Machtdiktat“ an eine Grenze stößt, wo eine andere Souveränität herrscht, die es nicht unterwerfen kann, „es kann nicht gegen, sondern nur innerhalb der ökonomischen Wert-, Preis- und Verteilungsgesetze wirken, sie nicht aufhebend, sondern bestätigend und erfüllend.“¹ Wenn wir das Machtdiktat dem Staat zuordnen, also dem Gesetzgeber des juristisch-politischen Lebens, so muss er sich nach Böhm-Bawerk vor einem an-

deren Gesetzgeber beugen, den wir mit „Markt“ bezeichnen können.

Für die folgenden Jahre des Ersten Weltkrieges konnte es aber nun doch den Anschein haben, als ob das staatliche Machtdiktat auch über die Souveränität der Marktes die Oberhand gewonnen hätte, an dem Punkt, wo das gebieterrichste aller Machtdiktate, der Krieg, sich in Szene setzt. Der Neoliberalismus von Mises und Hayek entfaltet sich an der Kritik sozialistischer Planwirtschaftskonzepte, die in unterschiedlicher, aber deutlicher Weise an die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen anknüpfen, sei es als Naturalwirtschaft, wie das Otto Neurath als Weiterentwicklung seiner Kriegswirtschaftslehre sich gedacht hat, oder in der planwirtschaftlichen Sowjetökonomie. Die Argumente sind bekannt, kurz zur Erinnerung: Mises unterstellt, dass die Planwirtschaft über ein wesentliches Informationsmittel nicht verfügt, die Marktpreise der Güter. Sie werden als weit gespanntes Informationsnetz verstanden, so weit gespannt, wie der Markt eben reicht, das jedem Partizipanten genau die Information zukommen lässt, die er braucht, um sein Verhalten zu optimieren, d. h. seine spezifischen Kenntnisse wiederum in das System des Marktes über die Produktion seiner Güter und Dienstleistungen einzubringen. Eine Bürokratie, wie sie die Planwirtschaft an die Stelle des Marktes setzt, ist nicht nur nicht fähig, diese Informationen zu beschaffen, sie ist als informationsbeschaffende und befehlende Instanz tendenziell totalitär. Bei Hayek spricht sich die Unterscheidung in den Begriffen „Organisation“ für Planwirtschaften und „spontane Ordnung“ für Marktwirtschaften aus. Hayek lässt uns allerdings ziemlich im Stich bei der Beschreibung dieser „spontanen Ordnung“. Sie kennt jedenfalls die von Böhm-Bawerk angesprochenen ökonomischen Gesetze, denen nun alle Organisationen – denn auch in Marktwirtschaften existieren solche – sich anzupassen haben.

MARKT UND GELD

Um zu einer Beschreibung, zumindest einer modellhaften, zu kommen, möchte ich einen Schritt zurück zum Gründer-vater der österreichischen Schule machen. Man kann Pierre Bourdieu wahrscheinlich Recht geben, dass die Ökonomen erstaunlich wenig über ihren Liebling, den Markt, gesagt haben. Aber bei etwas genauerem Hinsehen findet sich natürlich eine dauernde Bezugnahme darauf. Ich möchte das an einem Handwörterbuchartikel von Carl Menger über das „Geld“ vorführen. Das ist ein Text, der gleichsam eine Urgeschichte ökonomischen Handelns erfindet, ausgehend von der Frage, wie das Geld entstanden sein könnte. Menger zweifelt nicht, dass es logisch und historisch so gewesen sein wird, wie er es in seiner hypothetischen Geschichtsbetrachtung vorführt.

Ausgangspunkt der Betrachtung ist eine Tauschgesellschaft, deren Kern der Markt ist, auf dem sich die Tauschwilligen mit ihren Produkten einfinden. Der Markt ist als lokaler Ort gedacht und ist dementsprechend klein und übersichtlich. Die Tauschwilligen werden hier mit der Schwierigkeit konfrontiert, jeweils einen Partner zu finden, der das von ihnen Gewünschte besitzt und es gegen das Angebotene tatsächlich tauschen möchte. Selbst wenn dieses gegeben ist, kann sich noch das Problem der jeweiligen Mengen ergeben, da Güter weder immer beliebig teilbar noch gleichwertig sind. Eine Art praktischer Vernunft (oder kommerzielle Schlaueit) führt zu der Entdeckung, dass es günstig sein kann, im Tausch zunächst auf das eigentlich Begehrte zu verzichten und dafür ein von vielen Begehrtes anzunehmen, jenes Gut, das am leichtesten wieder loszuwerden ist, weil es von vielen gewünscht wird. Dieser kleine Umweg, die Ablenkung des Begehrens im Tauschakt, ist nach Menger die Schneise, in der das Geld auftaucht. Zunächst noch ganz an den Warenkörper gebunden, der als der „marktgängigste“ gilt, erhält dieser Körper die soziale Form des Geldes. Eine kleine Erfindung also, gemacht am Ort der Schlaueit, am Markt, mit bedeutsamer Wirkung.

Ist der erste Schritt zum Geld getan, eröffnet sich für den Einzelnen, welcher seine Güter zum Markt bringt, eine neue Tauschoption, er wird nicht unbedingt den suchen, der gerade das Gut feilbietet, das er möchte und der darüber hinaus gerade der ist, der das von ihm angebotene Tauschgut ebenfalls möchte, ein Fall der sich selten und schwierig genug einstellen wird nach dieser Modellkonstruktion. Durch die nunmehrige Umwegigkeit des Tausches einzuhandeln, was man eigentlich nicht möchte, erhöht sich jedoch gleichzeitig die Aussicht, den angestrebten Endzweck, nämlich das Gewünschte, zu erlangen. Da man nunmehr anbieten kann, was viele möchten oder brauchen, erhöht sich die Chance, auf den zu treffen, der genau das hat, was man selber möchte. Das Geld als jenes Gut, das alle immerzu möchten, ist hiermit vorgebildet. Geld ist jene Ware, nach der immer Bedarf besteht – vorausgesetzt, es herrschen „normale“ Verhältnisse. Bei hoher Inflation kehrt sich dieses Verhältnis gegen das Geld, jeder versucht, es so schnell wie möglich gegen irgendwelche Sachwerte einzutauschen.

Und Menger folgert: „Wir sehen allenthalben die nach Massgabe örtlicher und zeitlicher Verhältnisse marktgängigsten Güter, neben ihrer Verwendung für Nutzzwecke, zugleich die Funktion von allgemein gebräuchlichen Tauschmitteln übernehmen. Wie gross die Bedeutung gerade der Gewohnheit für die Entstehung allgemein gebräuchlicher Tauschmittel gewesen sein musste, liegt auf der Hand.“² Gewohnheit und Nachahmung sind für Menger die Transmissionsriemen, welche die Erfindung des Geldes nicht wieder vergessen machen. Es braucht Gewohnheit, um die alltäglichen wirtschaftlichen Handlungen in ein Schema der Berechnung, mindestens der Bewertung, überzuführen, wie sie jedem Tauschakt zugrunde liegen. Und es bedarf einer gewissen Gleichgestimmtheit der Tauschpartner, da sie andernfalls den Tausch zum Konflikt machen. Insbesondere ist es praktisch, den Schätzworgang beim Geld vorstellenden Gut möglichst gering zu halten, es demnach zu standardisieren, in der Qualität gleichförmig zu machen, kurzum, die Edelmetalle sind schließlich jene geeignete Geldware, die sich aus der Pragmatik des Tausches ergibt.

An dieser Stelle fügt Menger eine Kritik an anderen Geldkonzeptionen ein: „Die Tauschmittel sind ursprünglich nicht durch Gesetz oder Konvention, sondern durch ‚Gewohnheit‘, das ist durch ein gleichartiges, weil gleichartigen subjektiven Antrieben und Intelligenzfortschritten entsprechendes Handeln gesellschaftlich zusammenlebender Individuen (als das unreflektierte Ergebnis spezifisch-individueller Bestrebungen der Gesellschaftsglieder) entstanden und schliesslich durch fortschreitende Nachahmung allgemein gebräuchlich geworden, ein Umstand, welcher in der Folge, gleich wie bei anderen auf ähnliche Art entstandenen Institutionen, die Entstehung, oder die Beeinflussung derselben durch den Staat, wie selbstverständlich, nicht ausschliesst.“³

Ist das Geld eingeführt, so hat der Geldbesitzer gegenüber dem bloßen Warenbesitzer einen Vorteil gewonnen, der zur Nachahmung anstachelt. Der Geldbesitzer kann fortan sicher sein, „seinem Besitze an dieser Ware entsprechende Quantitäten aller übrigen auf dem Markte befindlichen Güter nach seinem Belieben und seiner Wahl jeweils erwerben zu können. ... Wer dagegen andere Waren zu Markte bringt, befindet sich nunmehr aller Regel nach in einer ungünstigeren Lage als vorher, falls er dieselben unmittelbar gegen die Güter seines speziellen Bedarfes austauschen will.“⁴

Damit entfaltet die Geldwirtschaft, überhaupt erst einmal eingeführt, einen selbsttragenden Fortschritt – es werden die fortlaufend belohnt, die sich des Geldes bedienen, und die anderen werden fortlaufend bestraft. So erscheint es Menger nur natürlich, dass das Geld sehr schnell den gesamten Markt durchdringt und alle Transaktionen, die hier stattfinden, reguliert und begleitet. Das hat einerseits Auswirkungen auf die Qualität der Geldware selbst: „Hier, in seiner eigenartigen, alle Güterumsätze vermittelnden Funktion, – (in dem Umstande, dass jede andere Ware auf dem Wege von ihrem ersten Produzenten bis zum Konsumenten derselben wieder und immer wieder gleichsam ihren Durchgang durch die Verkehrsform des Geldpreises nimmt) –

liegt die exzeptionelle Stellung des Geldes im Kreise der Güter, die Eigenart, welche dasselbe von allen übrigen Objekten des Verkehrs in so hohem Masse unterscheidet.⁵

Zum anderen aber hat es wichtige Auswirkungen auf den Marktteilnehmer: er entwickelt sich durch die Logik des Geldes, vermittelt gleichsam von selbst zum rational Wahlhandelnden, zum *homo oeconomicus*: „Sobald aber allgemein gebräuchliche Tauschmittel in Funktion treten, ändert sich die Sachlage in sehr augenfälliger Weise, indem nunmehr alle diejenigen, die der von einem Marktbesucher für Geld feilgebotenen und demnach für Geld zu erwerbenden Ware bedürfen, als praktisch in Betracht kommende Bewerber um dieselbe auftreten. Bestand für denjenigen, der seine Ware zu Markte brachte, früher die Gefahr, seine Ware, obwohl zahlreiche Marktgenossen ihrer bedurften, nicht absetzen zu können: so hat er nunmehr die Wahl zwischen allen diesen und damit die Möglichkeit, sie an denjenigen zu veräußern, der ihm den günstigsten Gegenwert (den höchsten Geldpreis) bietet. Allerdings hat diese für den Verkäufer einer Ware sich so wesentlich günstiger gestaltende Sachlage auch ihre Kehrseite. Waren bis zur Entstehung allgemein gebräuchlicher Tauschmittel alle diejenigen, welche die nämliche Ware, wie das erwähnte Wirtschaftssubjekt, auf dem Markte feilboten, in einer ähnlichen Lage, wie er selbst, war der Kreis der wirksamen Bewerber um ihre Ware gleichfalls nur ein enger und, falls sie nicht die nämlichen Güter einzutauschen beabsichtigten, geradezu ein anderer, als der seine; so treten sie nunmehr insgesamt als Konkurrenten desselben im Angebote der nämlichen Ware hervor, da sie ihre Ware insgesamt, gegen Geld umzusetzen, suchen.“⁶ Eine doppelte Bewegung wird durch das Geld im sozialen Verhältnis der Tauschenden hervorgerufen, einerseits stehen jedem Tauschenden sehr viel mehr Andere als Anbieter gegenüber, gleichzeitig aber auch als Nachfragende. Die allseitige Konkurrenz der Marktteilnehmer ist so durch das Geld tatsächlich realisiert und zwingt jedem Einzelnen ein entsprechendes Verhalten auf. Dieses Verhalten kann sich nun an einem universellen Informationsinstrument orientieren, nämlich an dem Geldausdruck der Warenwerte, dem Preis. „Der Einfluss der sich solcherart allmählich entwickelnden neuen Sachlage auf die Preisbildung ergibt sich aus dem Gesagten von selbst. Waren früher, wo, praktisch genommen, dem Angebot der Ware durch einen einzelnen Marktbesucher oder eine begrenzte Anzahl von solchen, die Nachfrage eines Einzelnen, oder gleichfalls einer engen Gruppe von Marktgenossen, gegenüberstand, Zufallspreise und unökonomische Preisbildungen anderer Art leicht die Regel: so findet nunmehr die Preisbildung mehr und mehr unter Beteiligung aller derjenigen statt, die eine Ware auf dem betreffenden Markte feilbieten und zugleich aller derjenigen, die diese Ware zu erwerben suchen. Die sich konzentrierende Preisbildung wird eine der allgemeinen Marktlage entsprechende, oder doch in ungleich höherem Masse derselben angemessene, als dies auf den Märkten des naturalen Güteraustausches der Fall zu sein vermag. Es bilden sich laufende Marktpreise und die Bewertung der Güter in Geld ist nunmehr eine ungleich genauere und ökonomischere als auf den Märkten des naturalen Tauschhandels mit ihren zer-

splitterten Güterumsätzen und von Zufälligkeiten aller Art oder von starren usuellen Austauschverhältnissen und Preissatzungen beeinflussten Preisbildungen.“⁷ Der Markt ist nun zu seinem Bewusstsein gekommen, er hat allen an ihm Teilnehmenden sein Kalkül aufgezwungen, lässt sie fortwährend ihre Chance im Tausch berechnen.

Die Frage, ob wir von einem Markt des Naturalaustausches wirklich sinnvoll sprechen können und dabei denselben Markt meinen, auf dem monetäre Transaktionen stattfinden, stellt sich nicht, weil der Neoliberalismus bzw. die neoklassische Ökonomie auf Preiserklärung hinauswill und damit immer schon auf eine Geldfunktion. Wir können zumindest aus Mengers Modell folgern, dass es eine dem Tausch innewohnende Tendenz gibt, sich schließlich im Gebrauch des Geldes zu vervollkommen. Damit ist die Essenz der Marktwirtschaft im Tausch ausgesprochen, wenn der Tausch verallgemeinert ist, also mehr als nur zufällige Akte zwischen zwei Teilnehmern aufweist. Somit könnten wir Niklas Luhmann Recht geben, wonach nicht die Planwirtschaft die Opposition zur Marktwirtschaft darstellt, sondern die Subsistenzwirtschaft. Nur diese könnte tatsächlich auf Geld verzichten, weil sie kein verallgemeinertes Tauschmittel braucht. Planwirtschaften dagegen sind ebenfalls Tauschwirtschaften und beinhalten dementsprechend einen Raum für Tauschhandlungen, also einen Markt. Die Frage ist hier eher, wie weit dieser soziale Raum des Marktes regulierenden Elementen unterworfen wird. Die Intensität dieser Regulationen bestimmt dann allenfalls die Unterscheidung zwischen einem „freien“ und einem „verstaatlichten“ Markt. Wenn wir nun nicht annehmen wollen, dass der Markt immer schon im sozialen Gefüge anwesend war, weil die Natur des Menschen, so Adam Smith, zum Tausche neigt, so werden wir ihn als eine „soziale Erfindung“ zu betrachten haben.

ANFÄNGE DES MARKTES

Näheren Aufschluss über die „Genealogie der Märkte“ erfahren wir aus der Geschichte des Handelsrechts. Wir treten dabei aus der hypothetischen Geschichtsbetrachtung in die tatsächliche Geschichte ein, wenn der Anfang auch noch ganz nach Mengers Art konstruiert wird. Das Okkasionele des Handels mit seinen zufälligen Preisbestimmungen löst sich auf, sobald Märkte (Messen) etabliert werden, die einen kompetitiven Vergleich erlauben und damit eine Homogenisierung der Wertvorstellungen der Güter durchsetzen. Die Professionalisierung der Kaufleute, samt ihren Supplementen des Geldwechsels und des Kreditwesens, verwandelt Waren und Geld in Kapital und löst sich als Gewerbe am frühesten aus der Sphäre der hauswirtschaftlichen Subsistenzwirtschaft. Der Markt ist zunächst ein fragiler Ort, bar jeder Selbstverständlichkeit, daher mit besonderen Eigenschaften ausgestattet. Er soll ein Verhalten der Tauschpartner generieren, das die spezielle habituelle Form des Tausches sicherstellt, nämlich nur dann zu nehmen, wenn gleichzeitig gegeben wird, und damit eine rechtsförmige, d. h. ‚gewaltlose‘ Besitzübertragung dauernd gewährleistet. „Der Markt, auf welchem Händler, Produzenten und Konsumenten sich zu bestimmten Zeiten zusammen-

finden, entsteht ursprünglich meist an der Grenze der Ortschaften (Staaten) als ‚umfriedeter‘ Platz unter religiösem Schutz, indem um des erwünschten Güteraustausches willen im ursprünglichen Normalzustand gegenseitiger Befehdung – der Völker, Stämme, ja Ortschaften – mindestens für die Zeit des Umsatzes ein ‚Handelsfrieden‘ ausdrücklich oder stillschweigend vereinbart wird. Die Einrichtung des, auch mit den regelmäßigen Stammesfesten und Gerichtsversammlungen verbundenen Marktes pflegt sich an die alte Kultstätte zu knüpfen, oder ruft eine neue hervor. Handel und Kultus finden dabei gleichmäßig ihre Rechnung.“⁸

Der Markt favorisiert nicht nur eine bestimmte Geschäftsethik (kaufmännische Redlichkeit, Ehrlichkeit, Treue), sondern gibt sich auch eine innere Geschäftsordnung (Geld, Maße und Gewichte, Geschäftsformen), die sich vom Brauch bald zu Rechtsgewohnheit verdichtet. Darüber hinaus hat der Markt gewisse expansive Tendenzen, als er der kaufmännischen Infrastruktur, in der er selbst einen Knoten darstellt, Ordnung und Sicherheit zu verleihen bestrebt ist. Der Markt übt auch formende Kraft auf den urbanen Raum aus. „Ja das neue *städtische* Recht, das Recht der ‚Bürger‘, ist doch überwiegend geradezu ein Recht der von den Handwerkern noch nicht zünftig geschiedenen *Kaufleute*, das neue Marktrecht ein *ius mercatorum* oder *mercatorium*, welches *gleichsam nur durch Uebertragung auch der nicht kaufmännischen Bevölkerung zu Theil wird* – wengleich nicht schlechthin Handelsrecht im technischen Sinne. So ist das *städtische* Gericht ursprünglich wesentlich *Markt-* bzw. *Marktpolizeigericht*, die Stadt selbst ein *Markt*, eine Kaufstatt oder *Kaufmannsstadt*, der Stadtfrieden ursprünglich ein *Marktfrieden*. ... *Die neue bürgerliche (städtische) Verkehrs- und Rechtswelt trägt eine merkantile Signatur.*“⁹

Schließlich ist der Markt selbst ein Medium und hat daher auch seine speziellen medialen Techniken zu entfalten. In der Sphäre des Geldes wie in der Sphäre des Rechts wird die Schrift, in der Form der Urkunde, dominant. Was oft nach dem Trägermedium Papier benannt wird, die schriftliche Fixierung von Vereinbarungen, seien es Verträge aller Art bis hin zu Obligationen, seien es alle Formen des ‚Wertpapiers‘ (Wechsel, Banknote), Besitzansprüche etc., alles muss aufgezeichnet und beglaubigt werden, um zu gelten. Gleichzeitig aber kann sich damit der Eigentumsanspruch vom Besitz lösen und selbst handelbar werden.

Alles was über den bloß lokalen Rahmen hinausgeht, schafft sich ein Orts-Zeit-Gefüge, in dem in regelmäßigen Abständen alle Geschäftshandlungen bilanziert und ausgeglichen werden. Seit dem 12. Jahrhundert sind es insbesondere die Messen Frankreichs, wo sich Europa als Markt konzentriert. „Auf diesen Messen konzentrierten sich früh die Zahlungen, derart daß bereits im 12. Jahrh. in einem großen Theile Europa's Geldverpflichtungen aller Art, auch von gemeinen Kauf- und Darlehns-Schulden, auf eine der Champagnermessen oder doch auf deren feste Termine abgestellt wurden – gleich bequem für die Gläubiger, welche großentheils Bankiers waren, und für die Schuldner, welche auf den Messen Gelder einnahmen oder durch ihre dortigen Verbindungen zur leichteren Erfüllung ihrer Ver-

bindlichkeiten in den Stand gesetzt waren. Diese Verpflichtungsurkunden sind großentheils Mess(eigen)wechsel, die Champagner Messplätze gleichsam Europäische Wechseldomizile, wie denn auch auf den Messen, desgleichen von Messe zu Messe Wechsel ausgestellt wurden und ein Wechselkurs begegnet, ein Abrechnungsverkehr unter den Messbankiers sich nicht bezweifeln lässt. Bei den letzteren wurden auch die zur Erfüllung der Messgeschäfte erforderlichen Gelder deponirt, und von ihnen Bürgschaft für die Erfüllung der Messschulden geleistet.“¹⁰

Das Wechselgeschäft ist hinsichtlich seiner Wichtigkeit für die Ausdehnung marktförmiger Tauschakte kaum zu überschätzen. Der Wechsel selbst, als Distanzpapier, ist ein kommerzielles Medium, das über den lokalen Bezug hinausweist. Sodann lassen sich in dieser Rechtsform des Geldes weitere Operationen, vor allem solche des Kredits, verbergen, die dem Problem des weltlichen und kirchlichen Zinsverbotes und damit der Unmöglichkeit des Kreditverkehrs begegnen. Als Papier, das zwischen verschiedenen Währungen vermittelt, stellt es eine mehr oder weniger komplizierte Rechenoperation dar, womit es an die kommerzielle Wichtigkeit der Einführung des arithmetischen Rechnens (Rechnen mit der Null) erinnert. Schließlich repräsentiert der Wechsel „eine wirkliche oder auch nur gedachte (idelle) Bewegung von Geldsummen“¹¹, womit sich der Begriff des Geldes deutlich von der Geldware (Münzen aus Edelmetall) löst, denn „es genügt der lediglich juristische ‚Austausch von Geldsummen‘“¹².

Der Wechsel nistet sich also in den Zwischenraum der Währungen ein, damit in die von den lokalen Souveränitäten, die das Geld an sich gezogen hatten, freien Raum. Wenn diese Papiere faktisch einen dauernden Vergleich der unterschiedlichsten Währungen ermöglichten, schufen sie eine Transparenz des Marktes, indem sie jenseits der oft manipulierten Münzgeld-Währungen reale Preise herstellten. Wenn es nun stimmt, dass in vielen Belangen das Handelsrecht Vorläufer des bürgerlichen Rechtes war, dann heißt das hier nicht, dass der Markt die Rechtssphäre geprägt hat, sondern zunächst dies, dass der Markt ohne Rechtsform seine volle Gestalt nicht erreichen kann. Das Wechselrecht ist bekannt für seine Strenge in einer Zeit noch weitgehender Rechtsunsicherheit und existierender Partialrechte.

Auch Harold J. Berman hebt die Vielzahl handelsrechtlicher Innovationen hervor, die zwischen dem späten 11., 12. und frühen 13. Jahrhundert das westliche Handelsrecht zu einem integrierten System von Grundsätzen, Begriffen, Vorschriften und Verfahren machte. Vor allem waren es die Kreditinstrumente, die wichtig waren: Schuldscheine und Wechsel. „Als die im Westen im späten 11. und im 12. Jahrhundert üblich wurden, wurden sie nicht nur zu unabhängigen Verpflichtungen wie das Geld selber, sondern sie erhielten auch eine andere Eigenschaft des Geldes, die Übertragbarkeit.“¹³ Damit war eine rechtliche Möglichkeit eröffnet, die dem alten römischen und germanischen Recht fremd war, die Übertragbarkeit von Kreditinstrumenten, ebenso wenig war sie bei den Moslems oder anderen Händlern des Mittelmeerraumes zwischen dem 8. und 10. Jahrhundert entwickelt.¹⁴

Im Wechsel verschmelzen die rechtliche und die ökonomische Funktion miteinander. Insofern er nicht nur den Markt regional erweitert und anonymisiert, eröffnet er noch die Dimension der Zukunft. Ein künftig einzulösendes Zahlungsverprechen macht das Vertrauen auf die Dauer der Institution und der in und in Bezug auf sie Tätigen zur Institution. Somit stellt der Wechsel einen Mikrokosmos wirtschaftspolitischen Handelns dar und er ist ein Element des gouvernementalen Handelns.

ANMERKUNGEN:

- 1 Eugen von Böhm Bawerk: *Gesammelte Schriften*. Hölder-Pichler-Tempsky, Wien / Leipzig 1924, S. 295 (Aus der *Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung*, Bd. XXIII, pp. 205-271)
- 2 Carl Menger: Artikel »Geld«. In: *Handwörterbuch der Staatswissenschaften*. 3.Aufl., IV. Band, Jena 1909; Ders.: *Gesammelte Werke*. Band IV: Schriften über Geld und Währungspolitik. Herausgegeben mit einer Einleitung und einem Schriftenverzeichnis von F. A. Hayek. Mohr, Tübingen 1970, S. 12.
- 3 A. a. O., S. 16 f. Konkret richtet er seine Kritik an eine antike Adresse, nicht ohne aktuelle Anspielung: „Der nahe liegende, seit Platon und Aristoteles herrschend gewordene Irrtum, dass das Geld das Produkt einer allgemeinen Uebereinkunft oder positiver Gesetzgebung (also das Ergebnis von vornherein des Zieles und der Mittel bewusster staatlicher und gesellschaftlicher Maßregeln, und nicht vielmehr ein solches allmählichen ökonomischen Fortschrittes) sei: kann als überwunden bezeichnet werden ... Diejenigen Autoren, welche noch an der geschichtswidrigen Meinung festhalten, dass der Ur-

sprung des Geldes auf positiver Gesetzgebung oder einen sozialen Vertrag zurückweise, verwechseln zumeist das Problem der Entstehung des Geldes und dasjenige der rechtlichen Ordnung der Solution von Geldschulden. Sie übersehen, dass die Letztere allerdings vielfach das Ergebnis positiver Gesetzgebung ist, indes die Existenz und die Funktion des Geldes bereits zur Voraussetzung hat. ... Die Eigenart des Geldes, im Verhältnisse zu anderen Waren, beruht nicht auf einem speziellen, etwa nur beim Gelde, und nicht auch bei den übrigen Waren, zur Erscheinung gelangenden ‚Vertrauen‘, sondern in Wahrheit auf der relativ grossen und durch Gewohnheit, in der Folge durch staatliche Maßregeln, noch gesteigerter Marktgängigkeit der Geldware, gegen welche seine minder marktgängigen Waren zunächst auszutauschen, jeder ein Interesse hat.“ Einer der Autoren, der noch an einer geschichtswidrigen Meinungen über die Entstehung des Geldes festhielt, war Georg Friedrich Knapp, dessen vielbeachtete „Staatliche Theorie des Geldes“ (1905) eine Gegenposition zu Menger formulierte.

- 4 A. a. O., S. 19
- 5 A. a. O., S. 20
- 6 A. a. O., S. 20
- 7 A. a. O., S. 21
- 8 L. Goldschmidt: *Universalgeschichte des Handelsrechts*. Erste Lieferung. Enke, Stuttgart 1891, S. 23 f.
- 9 A. a. O., S. 127-130
- 10 A. a. O., S. 225-27
- 11 A. a. O., S. 404
- 12 A. a. O., S. 405
- 13 Harold J. Berman: *Recht und Revolution*. Suhrkamp, Frankfurt am Main 1991, S. 552
- 14 A. a. O., S. 553

DIE AUTOREN / DIE AUTORIN

ULRICH BRÖCKLING:

Soziologe, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Sonderforschungsbereich „Literatur und Anthropologie“ der Universität Konstanz. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Soziologie und Geschichte der Sozialtechnologien, Kriegs- und Militärsoziologie; Publikation u. a.: (Hg. gem. mit Susanne Krasmann / Thomas Lemke): „Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen“ (2000).

GRAHAM BURCHELL:

Autor, Übersetzer; zurzeit Forschungsstipendiat; Publikationen u. a.: (Hg. gem. mit Colin Gordon / Peter Miller): „The Foucault Effect. Studies in Governmentality“ (1991); diverse Aufsätze in der Zeitschrift „Economy and Society“.

MARTIN KORNBERGER:

Studium der Philosophie, Forschungsstipendiat der Österreichischen Akademie der Wissenschaften; arbeitet derzeit zum Thema „Die Ordnung der Organisation“.

THOMAS LEMKE:

Soziologe, Wissenschaftlicher Assistent am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Bergischen Universität Gesamthochschule Wuppertal. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Herrschafts- und Organisationssoziologie, Biopolitik, Gen- und Reproduktionstechnologien; Publikationen u. a.: (Hg. gem. mit Ulrich Bröckling / Susanne Krasmann): „Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen“ (2000).

CATHREN MÜLLER:

Soziologin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Höhere Studien (IHS), arbeitet zu aktuellen Fragestellungen der feministischen Theorie, derzeit Forschungsprojekt: „Das Subjekt der Arbeit und die Arbeit des Subjekts“.

THOMAS OSBORNE:

Professor am Department of Sociology der Universität Bristol. Forschungsschwerpunkte: Sozialtheorie, Geschichte der Sozialwissenschaften, Wissenssoziologie; Publikationen u. a.: (Hg. gem. mit Andrew Barry / Nikolas Rose): „Foucault and Political Reason: Liberalism, Neo-Liberalism and Governmentality“ (1996); „Aspects of Enlightenment: Social Theory and the Ethics of Truth“ (1998); diverse Aufsätze in der Zeitschrift „Economy and Society“.

WOLFGANG PIRCHER:

Philosoph, Studium der Philosophie und Absolvent des TGM (= Technologisches Gewerbe Museum, Höhere Abteilung für Nachrichtentechnik und angewandte Elektronik); Assistenzprofessor am Institut für Philosophie der Universität Wien. Langjährige Tätigkeit als Ausstellungskurator z. B.: „Sozialmaschine Geld. Kultur. Geschichte“ (1999), Forschungsschwerpunkte: Philosophie der Ökonomie, Technik und Politik. Letzte Publikationen u. a.: (Hg. gem. mit Martin Trembl): „Tyrannis und Verführung“ (2000); Hg. von: „Gegen den Ausnahmezustand. Zur Kritik an Carl Schmitt“ (1999).

RAMÓN REICHERT:

Studium der Philosophie; Gesamtleiter der Forschungsgruppe für Epistemologie und Diskursanalyse (FEDA), Wien; zahlreiche Forschungs- und Ausstellungsprojekte; Forschungsschwerpunkte: Erkenntnistheorie, Politische Theorie, Wissenschaftsgeschichte. Neueste Publikation: „Agonale Selbstregierung. Marktmodelle als Bedingung für Subjektivität in agonalen Demokratietheorien“, in: *Sinnhaft* 1/2001.

SEBASTIAN REINFELDT:

Lektor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien; Veröffentlichungen zu Bio-Politik, Staatstheorie, Philosophie, Semiotik der Politik und Populismus, u. a.: „Der Staat in den Köpfen“ (1994), Hg. von: „Etienne Balibar. Für Althusser“ (1994).

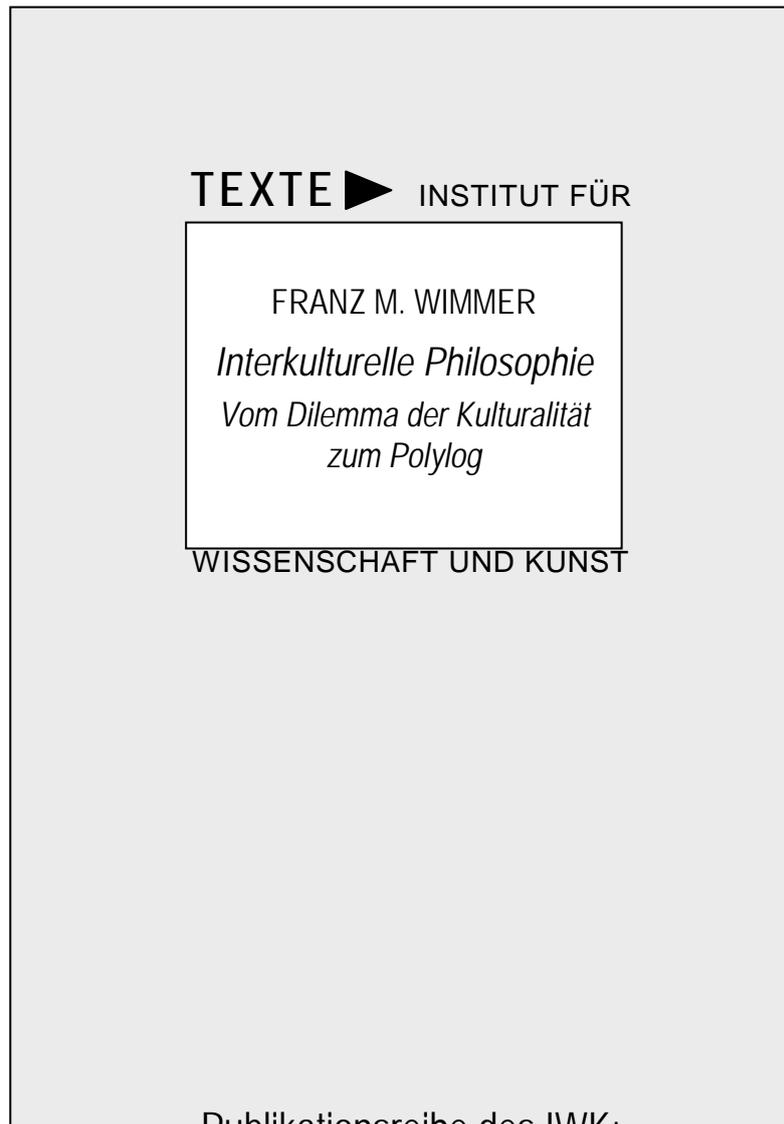
RICHARD SCHWARZ:

Studium der Sprachwissenschaft an der Universität Mainz; Forschungsschwerpunkt: Politische Sprachwissenschaft; Autor von: „Aspekte einer neuen Machttheorie. Michel Foucault“ (1991).

RICHARD WEISKOPF:

Assistenzprofessor am Institut für Organisation und Lernen der Universität Innsbruck. Forschungsschwerpunkte: Poststrukturalismus und Organisationstheorie, Problematik von Praktiken des Personalmanagements, Ästhetik und Organisation; arbeitet derzeit an einem Forschungsprojekt zur „Organisation der Leidenschaften“.

NEUERSCHEINUNG



Publikationsreihe des IWK:

Einzeltexte mit ausführlichem Literaturanhang und Anmerkungen zum Weiterlesen!

Manfred Jochum: „Irgendwann wird es Sisyphos gelingen, den verdammten Stein über den Berg zu bringen“. Wissenschaft – Journalismus – Öffentlichkeit im „Medienzeitalter“. Wien 1997 (12 Seiten, S 25,- + Versandkosten)

Eva Waniek: Sex / Gender – Bedeutungsrelevante Fragestellungen zur Natur- und Kulturdebatte in der Feministischen Theorie. Wien 1999 (12 Seiten, S 25,- + Versandkosten)

Sonja Rinofner-Kreidl: Totalität und Individualität. Über den Zusammenhang von Erkenntnismetaphysik, Gesellschaftskritik und Moralphilosophie in Adornos negativer Dialektik. Wien 2000 (20 Seiten, S 45,- + Versandkosten)

Franz M. Wimmer: Interkulturelle Philosophie. Vom Dilemma der Kulturalität zum Polylog. Wien 2001 (24 Seiten, S 55,- / Euro 4,- + Versandkosten)